

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 11/11 Jahrgang 60



Jugendmedienschutz Filter und Netzfreiheit



inhalt

titelthema jugendmedienschutz

- 6 **Filter und Netzfreiheit**
9 **Ohne Medienführerschein**
Medienwissenschaftler
Prof. Gerd Hallenberger
über das schwierige Feld der
Wirkungsforschung

aktuell

- 4 **ver.di-Fernsehpreis 2011**
4 **Verhandlungsergebnis für
Zeitschriften-Redaktionen**
4 **dju legt Fundament für
virtuelle Klagemauer**

kolumne

- 5 **Absurder Streit**
Verlegersicht:
Tagesschau-App ein Killer
für freie Presse im Netz



Foto: NDR / WDR / Annika Fußwinkel



Foto: Nimedia / Fotolia.com

medienpolitik

- 10 **Fehlstart nach der
Halbzeitpause**
Keine Handlungsempfehlung
der Internet-Enquete zur
Netzneutralität
11 **Pressefusionskontrolle
auf dem Prüfstand**
ver.di sieht keinen Anlass
Bewährtes anzutasten

journalismus

- 12 **Ein Leben zwischen
den Extremen**
Sparpaket drückt weiter auf
journalistische Beschäftigung
14 **Medienkritiker in der Kritik**
Ombudsleute auf dem Herbst-
forum der „Initiative Qualität“
15 **Mehr Gehalt für
Verlagsangestellte**
Drei Tarifabschlüsse nach
langen zähen Verhandlungen
15 **Schon entdeckt? Kontext**

print

- 16 **Anschluss gesichert**
Nach zehn Jahren Stagnation
Tarifabschluss bei der MAZ
16 **Gesprächsbereit**
Haustarifverhandlungen für
Nordwest-Zeitung in Sicht
17 **Streik für Tarifbindung**
Beschäftigte des Schwarzwälder
Boten kämpfen ungebrochen

recht

- 17 **Buchrezension:
Praxishandbuch
Medienrecht**
Neu strukturiert in fünf Bänden
18 **Geld für Online-Texte:
Das muss man tun**
18 **Informationsfreiheit:
Neue dju-Broschüre**
18 **Abschreiben verboten**
OLG Karlsruhe bestätigt
Urheberrecht von Nachrichten-
agenturmeldungen

rundfunk

- 19 **Tarifsteigerungen beim
HR, BR und RBB**
Deutsche Welle lehnt
Sockelbetrag für alle ab



Foto: DOK Leipzig 2011 / Bertram Bölkow

film

- 20 **Verhandlungen für
Filmschaffende noch ohne
Ergebnis**
20 **Weniger verlässlich**
GVL ändert Ausschüttungs-
system für Nutzung von
Künstlerwerken
21 **Gespür für guten
Dokfilm-Stoff**
Neuer Besucherrekord beim
Internationalen DOK-Festival in
Leipzig
21 **AG Animationsfilm
gegründet**

Punktsieg für taz

Von Eckhard Stengel | Die *taz* hat sich um Informationsfreiheit und Pressevielfalt verdient gemacht: Weil sie den höchsten Bremer Juristen die rote Karte gezeigt hat, wird die *taz* Bremen bei der Justiz-Pressearbeit künftig nicht mehr gegenüber dem Platzhirsch *Weser-Kurier* (*WK*) benachteiligt. Angefangen hatte der Streit mit einer aufsehenerregenden Vereinbarung: Fünf Bremer Gerichtspräsidenten, die örtliche Generalstaatsanwältin und der JVA-Chef wollten erstmals gemeinsam gegen „unverantwortliche Personalkürzungen“ des rot-grünen Senats bei der Justiz protestieren. Da hätte es nahegelegen, per Pressekonferenz oder -mitteilung alle örtlichen Redaktionen zu informieren. Doch die Juristinnen und Juristen wandten sich nur an den *WK*, der damit seine Titelstory hatte. Während andere Medien wie etwa Radio Bremen die Ungleichbehandlung offenbar klaglos hinnahmen, setzte die *taz* ihren Anwalt Johannes Eisenberg in Marsch. Der forderte die hohen Juristen dazu auf, innerhalb zweier Tage schriftlich anzuerkennen, dass ihr „Geheimtreffen“ mit dem *WK* rechtswidrig war. Die Antwort kam fristgemäß. Ilsemarie Meyer, Präsidentin des Obergerverwaltungsgerichts, entschuldigte sich auch im Namen ihrer Kollegen für den ausgelösten „Unmut“, verteidigte das Vorgehen aber mit „Zeitdruck“: In der Woche nach dem Treffen

kommentiert

mit dem *WK* wollten drei der Gerichtspräsidenten in Urlaub fahren, und danach sollten bald die Etatberatungen beginnen. Ein Pressegespräch für alle Medien „ließ sich in der Kürze der Zeit nicht organisieren“. Eisenberg fand das „albern“ – und erhob Klage: Nun sollten Verwaltungsrichter feststellen, dass ihre Kollegen rechtswidrig gehandelt hätten. Die „Herr- und Damschaften“, so der wortgewaltige *taz*-Anwalt in seiner Klage, hätten „während der Dienstzeiten zu Gunsten des *Weserkuriers* konspiriert“. Gerichtspräsidenten vor Gericht – das wäre dem Bremer Justizressort als vorgesetzter Behörde wohl doch etwas zu peinlich gewesen. Jedenfalls schaltete sich nun Justiz-Staatsrat Matthias Stauch (SPD) ein. In einer Art Versöhnungsbrief an die *taz* bestätigte er, dass der behauptete Zeitdruck „den Ausschluss anderer Pressorgane nicht sachgerecht und willkürfrei rechtfertigen konnte“. Außerdem bat er die verklagten Juristen, künftig die Medien gleich zu behandeln. Und schließlich bot er der *taz* noch an, ihre Anwaltskosten zu übernehmen – wenn sie ihre Klage zurückzieht. Das hat sie inzwischen getan. Denn auch ohne Prozess hat sie erreicht, was sie wollte. Man muss sich halt nur wehren.

internationales

- 22 Die Euphorie ist vorbei**
Der lange Weg zu unabhängigen Medien in den Balkanländern
- 22 Aktion für Eskinder Nega, Äthiopien**
- 23 Der Blick hinter die Mauer**
Der israelische Reporter



Foto: privat

Shlomi Eldar zeigt die Menschen auf der palästinensischen Seite

- 24 Die Stimme der anderen**
Honduras: Kommunale Radios als Gegengewicht zu Regierungsmedien
- 25 Störsender Parazit**
Iraner lieben Satireprogramm von The Voice of Amerika

rubriken

- 4 Briefe an M**
- 26 Service**
- 28 Impressum**
- 29 Leute / Preise**

Themenhoheit und kritische Distanz

Unter Einfluss! ist das Motto des 25. Journalistentages, den die dju und die Fachgruppe Medien in diesem Jahr am 26. November veranstaltet. Wie gelangen Themen in die Medien? Wer bestimmt den Inhalt von Zeitschriften und Rundfunkprogrammen: unabhängige Redakteure oder Journalistinnen? Ja, möchte man euphorisch ausrufen – und weiß es doch besser. Vielfältig sind die Einflüsse, verdeckt und offen, unbewusst und bewusst. Im Lokalen sind Journalisten nah am Geschehen, sehr nah an den Protagonisten in Politik und Gesellschaft. Mitunter kennt man sich persönlich, lange Zeit. Das erschwert kritische Distanz. Die Kommunalpolitik versucht, ihre Sicht der Dinge zu propagieren. Anzeigenkunden vor Ort machen Druck, steuern gegen die Trennung von Journalismus und PR. Großkonzerne und die Finanzwelt verfügen über eine gut ausgestattete Lobby- und Werbemaschinerie, die professionell läuft. So nehmen sie Einfluss auf die Politik und bedienen sich dabei nicht ungeschickt der Medien. Beispiele wie die

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, finanziert unter anderem vom Metall-Arbeitgeberverband (M berichtete mehrfach darüber) gibt es zu Hauf. Der Journalistentag wird in diesem Zusammenhang die Dosierung der Pharmaindustrie unter die Lupe nehmen. Und auch die These, dass Medienkonsumenten immer öfter auch Medien-Mitgestalter sind – durch Social Media. Wie beeinflusst das Web 2.0-Netzwerk den Journalismus? – ein interessanter Diskussionsstoff. Unter Einfluss, genauer: unter medialem Einfluss stehen Kinder und Jugendliche. Sie wachsen mit dem Internet auf, unterliegen seiner Faszination mit scheinbar unbegrenzten Kommunikations- und Unterhaltungsmöglichkeiten. „Always on“ kann süchtig machen und ist zugleich ein neuer Markt für Manipulation, Geschäftemacherei, Kriminalität ... Das muss die Verantwortlichen für Jugendschutz auf den Plan rufen: Politik, Eltern und Schule sowie die Medien selbst. Aber wie regulieren, ohne einzuengen? Was kann die

Wirkungsforschung tun? Der M-Titel beschreibt den Stand der Debatte, die noch lange nicht zu Ende ist. Unter Einfluss von parteipolitischem Gerangel steht offenbar die Internet-Enquete des Bundestages. Gedacht war und ist die Kommission bestehend aus 17 Politikern und 17 Sachverständigen (darunter auch von ver.di) als ein Gremium, das über die Regeln diskutiert, nach denen wir in der digitalen Welt leben wollen. Ziel sind Empfehlungen, sachkundige Hilfestellungen für politische Entscheidungen im Webzeitalter etwa für Urheberrecht, Datenschutz oder Netzneutralität. Bereits zum Urheberrecht fiel das Ergebnis jedoch kompromissträchtig und damit ernüchternd aus (M 8–9 / 2011). In der wichtigen Frage der Netzneutralität gab es nun eine Pattsituation. Im Schatten politischer Diskussionen über die Novelle des Telekommunikationsgesetzes im Bundestag kam man auf keinen gemeinsamen Nenner (S. 10).

*Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin*

& aufgespießt

Wille zur Aufklärung

Von Tilmann P. Gangloff | Beim Leipziger MDR herrscht Aufbruchstimmung. Dass der Rundfunkrat bei der Intendantenwahl zunächst Bernd Hilder durchfallen ließ, hat das Selbstbewusstsein der Mitarbeiter enorm gesteigert. Wo sich angesichts des von der Politik vorgegebenen Kandidaten schon Resignation breit gemacht hatte, weil offenbar alles so weitergehen würde wie bisher, ist ein regelrechter Ruck durch den Sender gegangen. „Diese Personalie wäre auch dem eigenen Lebenslauf nicht zutunbar gewesen“, heißt es aus dem Umfeld des Gremiums, das dem Favoriten der sächsischen Staatskanzlei die Mehrheit der Stimmen versagte. Umso besser kann man offenbar mit Karola Wille leben, die zur neuen Intendantin gekürt worden ist. Mit der Justiziarin wird die Hoffnung verknüpft, dass nach zwanzig Jahren voller undurchsichtiger Geschäfte, diverser Skandale und einer gewissen Selbstherrlichkeit endlich eine neue Zeitrechnung beginnt.

Allerdings gab und gibt es auch Vorbehalte. Wille ist seit 1991 beim MDR und gehört seit 15 Jahren als Juristische Direktorin zum leitenden Personal. 2003 ernannte Gründungsintendant Udo Reiter sie zu seiner Stellvertreterin. Die Juristin, die auch innerhalb der ARD großen Respekt genießt, bringt also einerseits den im Haus so dringend gewünschten Stallgeruch mit sich.

Andererseits wird sie aber auch in Sippenhaft genommen, weil die Führungsriege des Senders bei den Skandalen nicht eingeschritten ist, obwohl es schon vor Jahren die ersten Hinweise gegeben hat.

Die Betrugsaffäre beim Kika, die eigentümlichen Finanzierungsmethoden des Unterhaltungs-Chefs Udo Foht, dazu die Nachwehen dubioser Geldgeschäfte aus den Gründerjahren: Es gibt viel zu tun für Karola Wille. Unter den Mitarbeitern wird nicht daran gezweifelt, dass ihr das zuzutrauen ist, zumal sie bereits eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung der jüngsten Ereignisse gespielt hat. Als ihre männlichen Kollegen die Foht-Affäre nach gewohnter Tradition unter den Teppich kehren wollten, bestand sie auf Aufklärung. Für einen Neuanfang spricht auch der Umstand, dass es bis Ende des Jahres einen kompletten Wechsel auf Direktionsebene geben wird. Und doch ist die derzeitige Aufbruchstimmung vor allem Karola Willes Verdienst. Sie will durch einen transparenten, nachhaltigen Prozess dafür sorgen, dass alle Skandale rückhaltlos aufgeklärt werden. Außerdem wird sie sämtliche Ressourcen und Produktionsweisen auf den Prüfstand stellen. Und weil alle guten Dinge sind, sorgte es nur kurz für Irritation, dass auch Udo Reiter aus dem Urlaub sein Wohlwollen signalisierte.



Illustration: Ernst Rose

**Wir freuen uns über Briefe.
Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen.
Wir bitten dafür um Verständnis.**

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk, «M»-Redaktion
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56 23 – 26
Fax: (030) 69 56 23 – 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Digitalradio der Zukunft?

„Mut zur Lücke“ in M 8 – 9.2011

Wer sich auf der IFA 2011 umgesehen hat, war ob des Flops mit dem ursprünglichen DAB nicht wirklich überrascht, dass die Großen unter den Geräteherstellern (von Blaupunkt über Loewe, Panasonic und Pioneer bis Sony) jetzt kalte Füße haben und leicht hochnäsiger „erstmal abwarten“, DAB-plus Empfänger anzubieten. Anders insbesondere Pure aus Großbritannien, das nie flächendeckend UKW-Angebote hatte und wo somit Digitalradio längst floriert. Ist unterm Strich die in M zitierte Strategie der Langsamkeit beim Netzausbau für sich genommen schon ein Handicap für DAB-plus, so beklagen die Aussteller, die DAB-plus favorisieren, auf der IFA unisono, dass nach dem Muster des endgültigen Abschaltens von analogem terrestrischen Fernsehen anno 2012 in Deutschland ein strategischer Termin für den Radio-Umstieg von UKW auf DAB-plus fehlt. Im Gegenteil: ARD-Publikationen und – Sprecher beeilen sich, dem Publikum zu versichern, UKW werde es noch lange geben. Warum also jetzt auf DAB-plus umsteigen?

Das Mindeste, was man unter Marketing-Gesichtspunkten erwarten kann, ist der professionelle Hinweis der öffentlich-rechtlichen wie der kommerziellen Programmanbieter: Wer heute oder morgen ein Radio ersetzen oder neu anschaffen will, soll ausnahmslos in zukunftsweisende DAB-plus-Empfänger investieren, die vorerst noch auf UKW zurückgreifen können, wo immer DAB-plus schwächelt. Nur so herum wird DAB-plus Pluspunkte sammeln.

Lutz Franke, Mannheim ■



Foto: Wolfgang Maxwitat

ver.di-Fernsehpreis 2011

Mit einem Festakt in den Media Docks der Hansestadt Lübeck wurde am 22. Oktober der 47. ver.di-Fernsehpreis an Robert Thalheim (li.) und an Aelrun Goette vergeben. Die Ehrung nahm Werner Filipowski (re.), stellvertretender Vorsitzender des ver.di-Gewerkschaftsrats in Anwesenheit von Bernd Saxe, Bürgermeister der Stadt Lübeck, und ver.di-Vize Frank Werneke vor. Robert Thalheim wird für das Drehbuch zum Film „Am Ende kommen Touristen“ (SWR) und Aelrun Goette für die Regie zum Film „Keine Angst“ (WDR) geehrt. Der ver.di-Fernsehpreis für die Sparten Drehbuch und Regie ist mit jeweils 7.500 Euro dotiert.

Verhandlungsergebnis für Zeitschriften-Redaktionen

In der fünften Verhandlungsrunde für die bundesweit rund 9.000 Beschäftigten bei Zeitschriftenredaktionen haben ver.di und der DJV mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) am 4. November ein Verhandlungsergebnis erzielt. Dadurch konnten die Forderungen der Zeitschriftenverleger nach einem einschneidenden Tarifabbau bei Arbeitszeit, Jahresleistung und Altersversorgung abgewehrt werden. Darüber hinaus ist eine Gehaltserhöhung in Höhe von 1,5 Prozent zum Januar 2012 und eine Einmalzahlung von 350 Euro mit dem Februar-Gehalt 2013 vorgesehen. Der neue Gehaltstarifvertrag soll bis zum 30. September 2013 laufen.

„Das Verhandlungsergebnis wäre nur mit Blick auf die Tarifierhöhung nicht akzeptabel. Allerdings haben wir unser Hauptziel erreicht, weil die Arbeitsbedingungen im Manteltarifvertrag unverändert bis Ende 2013 weitergelten. Es ist ein klarer Erfolg, dass wir die tiefen Einschnitte, die die Verleger durchsetzen wollten, verhindert haben. Wichtig ist uns auch, dass der kommende Umbau der Altersversorgung für Neueingestellte ein gleichbleibend hohes Niveau behält“, erklärte der ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel. Erklärungsfrist bis zum 30. November. ■

dju legt Fundament für virtuelle Klagemauer

Die dju hat ihre Mitglieder zur Teilnahme am internationalen Aktionstag „Stand up for journalism“ aufgerufen, der jedes Jahr am 5. November von der Internationalen Journalisten Föderation (IJF) veranstaltet wird. In diesem Jahr steht die Arbeit der Freien im Mittelpunkt der internationalen Aktionen, denn die IJF konstatiert, dass angesichts der fortschreitenden Kostensparmaßnahmen in den Redaktionen und angesichts der sich weiter verschärfenden Finanzkrise eine weitere Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensbedingungen von Freien zu befürchten ist. Sie benötigen daher den Schutz und die Unterstützung durch ihre Gewerkschaft dringender als je zuvor.

Um die die Situation der Freien zu dokumentieren, hat die dju Freie aufgefordert, anhand von Fotos ihre Lebensumstände zu beschreiben. Am 5. November hat sie mit den ersten Aufnahmen das Fundament einer virtuellen Klagemauer errichtet, an der dann im Laufe des Jahres weiter gebaut werden wird und sich jeder beteiligen kann. Das Motto, das sich die Freien in der dju für diesen Anlass gegeben haben, lautet „Wir sind mehr wert!“.

http://dju.verdi.de/freie_journalisten/verguetungsregeln/aktionstag-2011 ■

Absurder Streit

Verlegersicht: Tagesschau-App ein Killer für freie Presse im Netz

Von Günter Herkel | Nach Finanzkrise, Staatsüberschuldung und drohenden Börsencrash schon wieder eine Hiobsbotschaft: Die Pressefreiheit in Deutschland ist in akuter Gefahr. Und wer sagt an einem der Grundpfeiler dieser Gesellschaft, am heiligen Artikel 5? Sind es Großverlage, die – selbstverständlich im Interesse des „Qualitätsjournalismus“ – gern mal so eben ganze Redaktionen entsorgen, um einen Teil der Entlassenen zu drastisch verschlechterten Konditionen in ausgelagerten Unternehmen wieder anzuheuern? Sind es Verleger, die ihren freien Mitarbeitern Geschäftsbedingungen aufdrücken, die diesen unterm Strich nach Jahren harter Zeilenschinderei kein christliches Begräbnis mehr erlauben? Sind es die vereinten Verlegerverbände, deren Lobby sich gerade aufmacht, bei der Regierung eine Aufweichung der Fusionskontrolle einzufordern, auf dass demnächst die in den siebziger Jahren gestoppte Pressekonzentrationswelle wieder über uns hereinbricht?

Nein, nein, dreimal nein. Schuld am baldigen Niedergang einer freien Presse ist – die Tagesschau-App! Eine Idee, auf die ein Normalsterblicher nicht ohne Weiteres kommen dürfte. Aber es gibt Menschen, die offenbar fest daran glauben. Zum Beispiel Christian Nienhaus, Geschäftsführer der Essener WAZ-Gruppe. Ein Herold just jenes Unternehmens, das vor zwei Jahren dreihundert von 900 Stellen strich – sozialverträglich, versteht sich! – und die Mäntel von drei ihrer vier großen Zeitungstitel im Revier seither – es lebe die Vielfalt! – von einer gemeinsamen Redaktion herstellen lässt. „Wir wehren uns gegen die textdominante Berichterstattung in der Tagesschau-App ohne Sendungsbezug“, sagt nun ebendieser Nienhaus.

■ Kölner Richter ratlos

Worum geht es? Letztes Jahr zu Weihnachten startete die ARD ihr kostenloses mobiles Internetangebot, eben die „Tagesschau“-App. Eine echte Erfolgsstory – bislang wurde diese Anwendung fast 2,5 Millionen Mal heruntergeladen. Die Verlage dagegen haben mit ihren meist kostenpflichtigen Angeboten höchstens ein paar Tausend oder Zehntausend Abrufe erzielt. Anders als die ARD wollen sie damit allerdings Geld verdienen. Das ist legitim, aber dabei ist ihnen das Gratisangebot der Öffentlich-Rechtlichen ein Dorn im Auge.

Wettbewerbsverzerrung, so schnauben die Verleger. Man könne schließlich kein Bier verkaufen, wenn es nebenan Freibier gebe. Aus Verbrauchersicht eigentlich ein schönes Bild. Aber die Verleger meinen es ernst. Und deshalb haben acht der renommiertesten aus ihren Reihen eine Klage gegen die ARD angestrengt. Darunter Dumont Schauberg, der seit einiger Zeit in den Mänteln von *Frankfurter Rundschau* und *Berliner Zeitung* einen veritablen Einheitsbrei anrührt. Oder die FAZ, der ARD besonders „freundschaftlich“ verbunden: Sie sah schon vor zwei Jahren beim Drei-Stufen-Test die „Herrschaft des Staatsjournalismus“ und das „Ende der freien Presse“ heraufdämmern. Oder Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner, der die Klage als „Warnruf einer ganzen Branche“ begreift.

Ins gleiche Horn bläst folgerichtig auch Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer des BDZV: Gebührenfinanzierte Gratis-Apps wie beispielsweise die inkriminierte „Tagesschau“-App seien „Killer für ein digitales Geschäftsmodell der Presse und ein „staatlich finanziertes Presseprodukt“. Bemerkenswert daran ist zunächst, dass der Lobbyist einer Branche, die selbst über den gern akzeptierten ermäßigten Mehrwertsteuersatz indirekt mit Staatsknete subventioniert wird, den Unterschied zwischen staatlich und öffentlich-rechtlich nicht zu kennen scheint. Aber die vermutete Gefährdung der eigenen Geschäftsinteressen durch ein Angebot wie die Tagesschau-App gleich zum Menetekel für die freie Presse zu stilisieren – das ist denn doch starker Tobak.

Wie es aussieht, wird das Publikum noch eine ganze Weile mit dem mäßig unterhaltsamen Spektakel behelligt werden. Einige Medienjuristen dürften sich goldene Nasen verdienen mit Gutachten zur Klärung tückischer Begriffe wie „presseähnliches Angebot“. Bei der ersten Konfrontation der streitenden Parteien gab sich der Vorsitzende Richter des Kölner Landgerichts jedenfalls ratlos: „Worüber genau sollen wir befinden?“ Gute Frage!

Textbeiträge müssten aus der Tagesschau-App verschwinden, darauf läuft das Verlegerbegehren wohl hinaus. Will sagen, im Netz sollen ARD und ZDF für bunte Bilder und Filme, garniert allenfalls mit ein paar rachitischen Erläuterungen, zuständig sein. Die hintergründige, ausführliche Textinformation dagegen sollen sie gefäl-

ligst den Verlegern überlassen. Ein Ansinnen, das medienrechtlich kaum abgesichert sein dürfte und medienpolitisch an Absurdität kaum zu toppen ist.

Millionen Menschen sehen täglich die „Tagesschau“. Übrigens kein Gratisangebot, sondern ermöglicht durch die monatlich erhobene Rundfunkgebühr. Was wiederum weitere Millionen Menschen nicht an der täglichen Lektüre einer Tageszeitung hindert. „Warum soll sich das fundamental ändern, nur weil in Zukunft zwischen den Angeboten kein Medienbruch mehr verläuft, sondern sie als Apps im gleichen Online-Laden angeboten werden?“ fragt zu Recht Stefan Niggemeier in der FAZ (!). Zugleich verweist er auf das außerordentlich informative reichhaltig mit Filmen, Radiobeiträgen und Korrespondentenberichten verlinkte Web-Angebot der Tagesschau: „Wollen wir als Gebührenzahler und Staatsbürger wirklich diesen Zugewinn an Informationstiefe und die Möglichkeit eines solidarisch finanzierten, für jedermann frei zugänglichen seriösen, und vergleichsweise ausgereiften Informationsangebots künstlich beschneiden? Damit Springer mehr ‚Bild‘-Apps verkaufen kann?“

■ Information hat Vorrang

Sicher nicht. Für die Informationsfreiheit der Bürger wäre eine solche Entwicklung jedenfalls ein weiterer Rückschlag. Wie schon bei der letzten Auseinandersetzung um die Online-Präsenz beim ARD-Informationsflaggschiff tagesschau.de. Bekanntlich wurden damals auf Betreiben der Verleger bis zu 80 Prozent der angebotenen Inhalte offline gestellt.

Käme es erneut so, wäre es wohl kaum ein Sieg für die Pressefreiheit. Eher für die Presseverleger, die nach jahrelangem Tief schlaf in Sachen Online-Journalismus jetzt um ein vermeintlich lukratives Geschäftsmodell fürchten. Nach wie vor gilt aber: Das Erkenntnis- und Informationsinteresse der Allgemeinheit geht vor das Gewinninteresse privater Medienbetreiber. ■

▶ Günter Herkel



Günter Herkel lebt in Berlin und arbeitet als freier Medienjournalist für Branchenmagazine in Print und Rundfunk

Foto: Christian v. Polentz / transfoto.de

Filter und Netzfreiheit

Das Medienangebot hat sich in den letzten Jahren rapide verändert. Vor allem die Jugend ist im Internet unterwegs und konsumiert auch hier einen großen Teil der klassischen Medienhalte und das zu jeder Zeit. Der althergebrachte Jugendschutz bedarf daher einer Anpassung an diese neue Medienwelt, darüber ist man sich einig. Allein welche Regelungen auch eine Wirkung im weltweiten Netz entfalten können, ohne es einzuengen, ist strittig.

Von Tilmann Gangloff

Früher war nicht alles besser, aber vieles einfacher: weil die Welt vergleichsweise überschaubar war. Während heute nicht mal Experten die verschiedenen Regelwerke zum Jugendschutz bis ins letzte Detail durchblicken, war der Vorläufer der Gesetzgebung zum Jugendmedienschutz auch für Laien verständlich: Jugendliche durften eine öffentliche Filmvorführung nur dann besuchen, wenn eine amtliche Stelle das Filmwerk zuvor begutachtet und freigegeben hatte. Befürchteten die Prüfer schädliche Folgen für „die sittliche, geistige oder gesund-

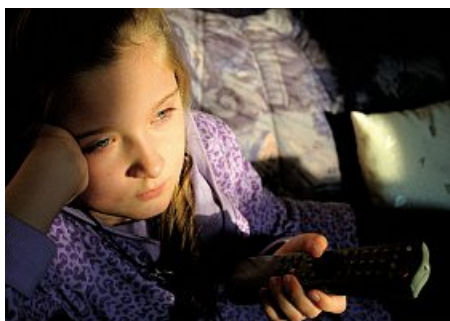


Foto: Harald07 / Fotolia.com

heitliche Entwicklung“ junger Menschen oder gar „eine Überreizung der Phantasie“, hatten Jugendliche keinen Zutritt. Der Text stammt aus dem 1920 verabschiedeten Lichtspielgesetz. Die Formulierung hat sich in ganz ähnlicher Form bis heute in den Gesetzen zum Schutz der Jugend erhalten, aber das Medienangebot hat sich auf eine Weise verändert, wie man es vor gut neunzig Jahren für utopisch ge-

halten hätte. Trotzdem wird versucht, die neue Welt nach alten Regeln zu regulieren. Dass das nicht funktionieren kann, hat spätestens das Scheitern des Entwurfs für einen neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag vor knapp einem Jahr bewiesen.

■ Kluft zwischen Mediennutzung und Rechtsprechung

Vordergründig mögen es politische Gründe gewesen sein, die das Vertragswerk auf der Zielgeraden stoppten, doch es gab und gibt auch gute inhaltliche Argumente. Kernpunkt der Novellierung war der Versuch, das Modell der „regulierten Selbstregulierung“ aus der analogen Welt ins Internet zu übertragen. Bei Kinofilmen und Fernsehproduktionen hat sich die Arbeitsweise bewährt. Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) vergibt die Altersfreigaben für Kinofilme und DVDs, die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) prüft die Eigen- und Kaufproduktionen der Privatsender vor der Ausstrahlung und gibt die Sendungen in Zweifelsfällen nur mit Schnittauflagen frei. Beide Institutionen genießen breite Anerkennung. Ähnlich funktioniert die Freigabe von Computerspielen, die der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) obliegt. FSK und USK kontrollieren auch die entsprechenden Internet-Angebote.

Tatsächliche Effizienz kann man den Regelungen allerdings nur bei Kinobesuchen attestieren. Bei DVDs und Computerspielen sehe das bereits ganz anders aus,

sagt FSF-Geschäftsführer Joachim von Gottberg, und Sendezeitregelungen im Fernsehen seien ohnehin eine Fiktion: „Wir wissen nicht genau, wer zu welcher Sendezeit zuschaut. Die alte Möglichkeit des Jugendschutzes, Kinder von Inhalten fernzuhalten, wird immer relativer. Die gegenwärtige Mediensituation führt dazu, dass die Mediengewohnheiten Jugendlicher ziemlich an dem vorbeigehen, was wir als Jugendschützer versuchen.“ Tatsächlich konsumieren Jugendliche die klassischen Medieninhalte zunehmend über das Internet. Selbst in der Altersgruppe der 6- bis 13-Jährigen schauen sich bereits knapp fünfzig Prozent Filme und Videos online an. In den Mediatheken der TV-Sender gelten zwar die gleichen Sendezeitbeschränkungen wie im Fernsehen (Filme mit FSK- oder FSF-Freigaben ab 16 nicht vor 22 Uhr, ab 18 nicht vor 23 Uhr), aber darauf nehmen illegale Filmanbieter naturgemäß keine Rücksicht.

Die massenhafte Verbreitung von Inhalten im Internet war also das Schlimmste, was dem Jugendschutz passieren konnte. Der neue Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sollte verhindern, dass die Kluft zwischen der Mediennutzung und der Rechtsprechung immer größer wird. Man habe versucht, „einerseits die Freiheit im Netz zu achten und andererseits einen wirksamen Jugendmedienschutz zustande zu bringen“, erläutert Martin Stadelmaier (SPD), Chef der federführenden Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, die Entstehung des Regelwerks. Es sei der Ver-

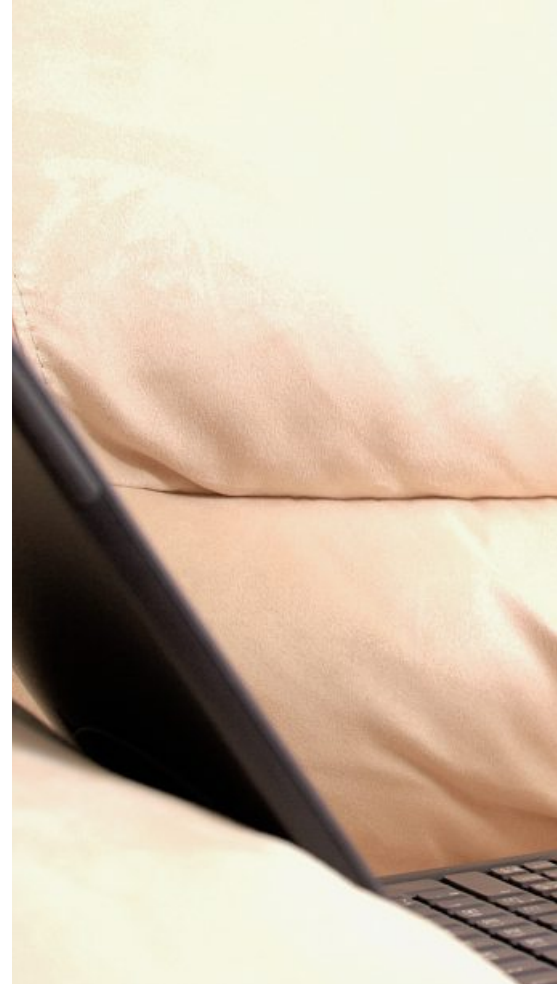




Foto: Nicole Effinger / Fotolia.com

runssystem zu nutzen. Anhand dieses in wenigen Minuten auszufüllenden Fragebogens kann sich jeder Anbieter ausrechnen, welche Freigabe für seine Inhalte in Frage kommt. Wer dabei nicht mutwillig schummelt, wird hinterher auch rechtlich nicht belangt, wenn eine Aufsichtsinstanz (in diesem Fall die Kommission für Jugendmedienschutz, KJM) zu einem anderen Ergebnis kommen sollte. Anbieter hätten darüber hinaus nach wie vor die Möglichkeit gehabt, altersbeschränkte Inhalte nur zu bestimmten Zeiten zugänglich zu machen.

■ Wenig praxistauglich

Prompt hagelte es Proteste aus dem Kollektiv der Internetnutzer, die sogleich Zensur witterten. Ein Beleg für die Unausgereiftheit des Entwurfs sei die Tatsache, dass die Filtersysteme auch jene Angebote herausiebtten, deren Inhalte durch Fragen des Jugendschutzes gar nicht berührt würden (zum Beispiel Fahrpläne). Es sei eine Zumutung, wenn sich auch Anbieter völlig harmloser oder gar jugendfördernder Inhalte der Prozedur einer Kennzeichnung unterziehen müssten. Darüber hinaus sei das Modell schon allein deshalb zum Scheitern verurteilt, weil man die Eltern schließlich nicht zwingen könne, die Filter-Software zu installieren. Konstruktive Kritiker bemängelten, der Entwurf sei „wenig praxistauglich“ und widerspreche in Teilen gar „der geltenden Rechtslogik“, wie es in einem ver.di-Papier heißt. Darin wird unter anderem darauf hingewiesen, dass die Auflage, Veranstalter von sozialen Netzwerken müssten die einzelnen Inhalte kennzeichnen, dem Telemediengesetz widerspreche: Eine solche Plattform sei „nicht denkbar, wenn

sich eines Systems gewesen, „das Nutzerautonomie ermöglicht.“ Personen über 18 Jahre sollten das Internet ohne jede Einschränkung nutzen können, aber Erziehungsberechtigte sollten die Möglichkeit haben „zu entscheiden, wie ihre Kinder mit dem Netz umgehen. Dafür sollten ihnen technische Hilfen zur Verfügung gestellt werden.“ Stadelmaier räumt ein, es sei doch nicht so einfach gewesen wie erhofft, „analoge Gewissheiten in die digitale Welt zu übertragen.“ Für Außenstehende war allerdings schon die Regelung der analogen Welt nicht immer nachvollziehbar. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Unterscheidung zwischen Trägermedien und Telemedien, die prompt auch gesetzlich unterschiedlich behandelt werden. Trägermedien sind, vereinfacht gesagt, all jene Medien, die einen Inhalt materiell verbreiten (Printmedien, DVDs, CDs etcetera). Telemedien sind dagegen Massenmedien, die elektronisch verbreitet werden. Die Zuständigkeiten sind zwischen Bund und Ländern aufgeteilt, weil Rundfunk – eine Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus – in die Hoheit der Länder fällt.

■ Zutritt verboten

Ziel des Entwurfs für einen neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag war es nun, mit Hilfe von Filterprogrammen auf dem heimischen Rechner den Zugriff nur auf solche Internet-Angebote zu ermöglichen, die die Eltern zuvor freigeben

hatten. Voraussetzung dafür wäre eine lückenlose Kennzeichnung gewesen, denn eine Website ohne entsprechende Markierung wäre wie ein Kinofilm ohne Jugendfreigabe behandelt worden: Zutritt verboten. Das hätte zwar automatisch alle ausländischen Websites blockiert, aber natürlich auch Einrichtungen getroffen, die über den Zweifel, Kinder und Jugendliche sittlich zu gefährden, erhaben sind. Auf der anderen Seite hielten es die Autoren des Entwurfs für zumutbar, ein von der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia (FSM) entwickeltes Selbstklassifizie-

▶ Gesetzliche Grundlagen des Jugendmedienschutzes

Der Jugendmedienschutz hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Er ist im Grundgesetz geregelt und genießt sogar Vorrang vor der Meinungsfreiheit. Arbeitsgrundlage ist der 2003 verabschiedete Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag).

Sein Ziel ist der einheitliche Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, die ihre Entwicklung oder Erziehung beeinträchtigen oder gefährden. Abgedeckt ist auch der Schutz vor Inhalten, die die Menschenwürde oder sonstige durch das Strafgesetzbuch geschützte Rechtsgüter verletzen. Nach dem Leitprinzip der Eigenverantwortung des Anbieters stärkt der Staatsvertrag die Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle durch das Aufsichtsmodell der regulierten Selbstregulierung: Jeder Anbieter ist selbst für die Gewährleistung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen verantwortlich.

Er muss vor der Verbreitung von Inhalten die mögliche entwicklungsbeeinträchtigende oder jugendgefährdende Wirkung des Angebots auf Kinder und Jugendliche in eigener Verantwortung prüfen und entsprechende Schutzmaßnahmen ergreifen. Dabei kann er sich an die Einrichtungen der Freiwilligen Selbstkontrolle wenden. Hält er sich an die Vorgaben der Selbstkontrolleinrichtungen und bewegen sich deren Entscheidungen im Rahmen des ihnen übertragenen Beurteilungsspielraums, ist ein aufsichtsrechtliches Einschreiten gegenüber dem Anbieter durch die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) beziehungsweise die jeweils zuständige Landesmedienanstalt ausgeschlossen. tpg ■

jeder Inhalt zuvor durch eine Jugendschutzprüfung muss.“

Entscheidender waren jedoch grundsätzliche Bedenken. Der neue Staatsvertrag würde an die Technik delegieren, was eigentlich Aufgabe der Eltern sei, hieß es aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen. Den Erziehungsberechtigten müsse klargemacht werden, dass die Installation eines Jugendschutzprogramms „sie nicht aus der Pflicht entlässt, den Medienkonsum ihres Kindes im Auge zu behalten“, sagt Tabea Rössner, Sprecherin der Bundestagsfraktion der Partei. Sie kritisiert an dem Entwurf jedoch vor allem seine Entstehung: Die Verhandlungen seien jahrelang „unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente geführt“ worden. Auf diese Weise sei der Eindruck „von Willkür und Realitätsferne“ entstanden.

■ Nichts über „Cyber-Mobbing“

Größter Kritiker in Reihen der CDU ist der Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek. Auch er hält das Vertragswerk für realitätsfern, aber aus ganz anderen Gründen: Im Unterschied zum klassischen Jugendschützer, nach dessen An-

Mitte des Jahres ihr System veröffentlicht, und die KJM hat zwei Jugendschutzprogramme positiv bewertet. Diese Wertung ist der erste Schritt zur endgültigen Anerkennung. Es handelt sich um eine Software der Deutschen Telekom sowie um das Jugendschutzprogramm des Vereins zur Förderung des Kinder- und Jugendschutzes in den Telemedien (JusProg e.V.). Zu den Mitgliedern gehören unter anderem Verlagshäuser, Telekommunikationsunternehmen und Spielehersteller.

Beide Programme erfüllen offenbar die Kriterien der KJM: bestimmte Altersstufen für den altersdifferenzierten Zugang zu Telemedienangeboten, hohe Zuverlässigkeit bei besonders beeinträchtigenden Angeboten und kontinuierliche Anpassung an den jeweiligen Stand der Technik. Frühere Programme sind an diesen Hürden gescheitert: die einen, weil sie zu streng konzipiert waren und auch unproblematische Web-Angebote blockiert haben, die anderen, weil sie zu viele jugendgefährdende Inhalte durchließen. Eine hundertprozentige Garantie bieten Filter ohnehin nie. Die Fehlerquote liegt bei 20 Prozent. Entsprechend dieser Einschätzung muss eine Software dank vorgegebener Sperrlisten und automatischer

jugendliche Nutzer längst nicht mehr auf den heimischen PC angewiesen. Ein Jugendschutzprogramm muss also auch auf den so genannten mobilen Endgeräten funktionieren und darf dort nicht ohne weiteres deinstalliert werden können. Dass sich die Software regelmäßig eigenständig aktualisiert und außerdem mit den gängigen Virenschutzprogrammen harmoniert, versteht sich von selbst. Auf der anderen Seite sollte Anbietern von harmlosen Inhalten die Prozedur der Selbstkennzeichnung erspart bleiben. Im Idealfall wäre die Software ohnehin in der Lage, die fehlende Relevanz zu erkennen. Ist das nicht der Fall, sollte ein Anruf bei der FSM genügen, um die nötige Freigabe zu erhalten. Während andere Anbieter – ähnlich wie beispielsweise Filmverleiher bei der FSK-Prüfung – einen gewissen Beitrag für ihr Freigabekennzeichen entrichten müssen, sollte der Vorgang für neutrale oder gar jugendfördernde Angebote kostenlos sein. Gleiches gilt für die Filtersoftware: Es wäre ihrer Verbreitung ohne Frage enorm zuträglich, wenn sie den Nutzer nichts kostet; von entsprechender Reklame, die ihren Einsatz propagiert, ganz zu schweigen.

Auch ohne die Ratifizierung des Staatsvertrags hat sich in den letzten zwölf Monaten eine Menge bewegt. Sobald die Filtersoftware zum Einsatz kommt, wird es begleitende Untersuchungen geben. Deren Ergebnisse dürften dann maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob es in Sachen Staatsvertrag zu einem neuen Anlauf kommt.

■ Medienkompetenz stärken

Entscheidend ist aber nicht allein, was sich hinter den Kulissen tut, denn davor passiert so viel oder wenig wie schon seit Jahren. Immerhin herrscht Einigkeit in der Forderung, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken, also die Fähigkeit, „sich selbstbewusst und eigenverantwortlich im Netz bewegen zu können“, wie es Martin Stadelmaier formuliert. Da dies in die Zuständigkeit der Schulen falle, erwartet er eine entsprechende Qualifikation des Lehrpersonals. Auch Lutz Stroppe, im CDU-geführten Familienministerium Leiter der Abteilung für Kinder und Jugend, fordert „bessere Modelle der Elternsprache und Standards in der Aus- und Fortbildung von Erziehern, Lehrern und Pädagogen.“

Nach dem Scheitern des Entwurfs haben die Bundesländer eine zwölfmonatige Sondierungsphase vereinbart. Anschließend sollen die Ergebnisse mit wissenschaftlicher Begleitung ausgewertet werden. Ende des Jahres wird beraten, ob man einen neuen Anlauf nimmt. ■



Foto: Christian v. Polentz / transifoto.de

sicht die größte Gefahr in jugendgefährdenden Inhalten lauert, sieht Jarzombek bei Phänomenen wie „Cyber-Mobbing“ oder „Cyber-Grooming“ (sexuelle Belästigung von Kindern und Jugendlichen in Internetforen) viel größeren Handlungsbedarf. Diese Aspekte aber hätten im Entwurf gar keine Rolle gespielt.

Ein weiterer Punkt kam in der Kritik eher am Rande zur Sprache: Zum Zeitpunkt einer möglichen Verabschiedung des neuen Staatsvertrags existierten weder das Klassifizierungssystem der FSM noch eine Software, die die Anerkennung der KJM gefunden hätte. In dieser Hinsicht ist man mittlerweile weiter: Die FSM hat

Klassifizierungsverfahren mindestens 80 Prozent der jugendgefährdenden Inhalte herausfiltern, um anerkannt zu werden. Auf diese Weise sollen nur solche Angebote sichtbar werden, die für die jeweils eingestellte Altersstufe geeignet sind. Darin liegt der große Unterschied zu klassischen Filtersystemen, denn bei denen entscheidet der Hersteller der Software, welche Inhalte zugelassen sind und welche nicht. Abgesehen davon müssen Eltern die Programme nach eigenen Wünschen konfigurieren können.

Mindestens ebenso bedeutsam ist die technologische Kompatibilität. Dank der Einführung des Smartphones sind auch

Ohne Medienführerschein

Medienwissenschaftler Prof. Gerd Hallenberger (Marburg), Mitglied des Kuratoriums der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen, über das schwierige Feld der Wirkungsforschung



Foto: privat

M | Macht der Konsum gewalthaltiger medialer Darstellungen jugendliche Nutzer gewalttätig?

GERD HALLENBERGER | Die Antwort ist gar nicht so einfach. Es kursieren nach wie vor verschiedene Vermutungen, wie sich Gewaltdarstellungen auswirken. Im Grunde lässt sich nur eins mit Sicherheit sagen: Leben Jugendliche in einem gewalttätigen Umfeld, haben Gewaltdarstellungen eine verstärkende Wirkung. Sie erzeugen keine Gewalt, stabilisieren aber entsprechende Haltungen. Erlebte Gewalt ist als Auslöser für eigene Gewalttätigkeit jedoch ungleich wichtiger als medial erlebte Gewalt.

M | Lange Zeit hat sich die Wirkungsforschung am „Stimulus/Response“-Modell orientiert, einem schlichten Prinzip von Ursache und Wirkung. Warum ist die Wirklichkeit komplexer?

HALLENBERGER | Medienangebote wirken nicht wie Medikamente. Man kann nicht von einem bestimmten Input auf einen konkreten Output schließen. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, beim Fernsehen lasse man sich berieseln, ist Medienkonsum in der Regel eine äußerst aktive Tätigkeit. Man muss zum Beispiel eine kognitive Leistung vollbringen, damit aus dem Flimmern und Rauschen Bilder und

Töne werden. Jeder, der ein Medium nutzt, stellt aus dem Angebot etwas her, das für ihn einen Sinn ergibt.

M | Und dieser Sinn ist von Nutzer zu Nutzer unterschiedlich?

HALLENBERGER | Genau, und deshalb kommt Wissenschaft ins Schleudern: Zwei Menschen mögen zwar den gleichen Film sehen, nehmen jedoch nicht dasselbe wahr. Kommunikationswissenschaft ist ja daran interessiert, massenhaften Medienwirkungsphänomen auf die Spur zu kommen, aber streng genommen müsste man jeden Einzelfall untersuchen: Wer schaut was in welcher Situation und mit welchem Ziel. Deshalb lässt sich Medienkonsum nur schwer aggregieren, also auf große Zahlen bringen.

M | Mit solchen Zahlen operieren aber gerade Politiker immer wieder gern; vor allem im Bereich des Jugendschutzes.

HALLENBERGER | Natürlich ist es unbefriedigend, wenn die Wissenschaft in dieser Hinsicht Antworten schuldig bleibt. Infolgedessen wird in der Öffentlichkeit vorzugsweise mit eher schlichten Erkenntnissen hantiert. Von Medienwirkung kann man ohnehin eher im metaphorischen Sinn sprechen.

M | Wundert es Sie, dass der Jugendschutz eher als Metapher wahrgenommen wird?

HALLENBERGER | Und trotzdem brauchen wir ihn. Allerdings kann er nur ein Baustein innerhalb eines Ensembles sein. Ebenso wichtig ist eine systematische Entwicklung und Förderung von Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen. Und das heißt nicht, dass sie einen Computer bedienen können und wissen, wie man sich im Internet vor Viren schützt. Viel wichtiger ist das Wissen, wie man sinnvoll mit Medienangeboten umgeht. Medienkompetenz ist vor allem kulturelle Kompetenz.

M | Welche Rolle spielen dabei die Eltern?

HALLENBERGER | Eine Schlüsselrolle. So lange es den Eltern vollkommen egal ist, welche Medienangebote ihre Kinder konsumieren, ist auch der beste Jugend-

medienschutz auf verlorenem Posten. Was nutzt zum Beispiel eine Sendezeitbeschränkung, wenn Eltern zulassen, dass ihre kleinen Kinder noch nach 23 Uhr vor dem Fernseher sitzen?

M | Sollten Eltern einen Medienführerschein machen?

HALLENBERGER | Es gibt schon genug Bereiche in unserer Gesellschaft, für die man eine Lizenz braucht. Wichtiger wäre es, dass systematischer als bisher versucht wird, Eltern klar zu machen, wie wichtig sie als Vorbild für ihre Kinder sind. Wenn das, was man vorlebt, nicht den Regeln entspricht, die man selbst aufgestellt hat, wirken diese Regeln ziemlich ungläubwürdig.

M | Spiegelt sich im Diskurs um den Jugendschutz auch die Frage, in welcher Gesellschaft wir unsere Kinder aufwachsen lassen?

HALLENBERGER | Natürlich. In öffentlichen Debatten um Medien steht zumeist die Frage im Vordergrund, wie sie den größten ökonomischen Gewinn abwerfen. Am Ende geht es immer um Arbeitsplätze und damit um Standortpolitik. Da darf man sich nicht wundern, dass inhaltliche Fragen auch im privaten Bereich keine große Rolle spielen.

M | Selbsternannte Jugendschützer empören sich immer wieder über „Baller-“ oder „Killerspiele“. Deutet die Begeisterung für solche Spiele auf ein grundsätzliches Problem hin?

HALLENBERGER | Diese Spiele werden in einem hohen Maß von Jugendlichen mit schlechter schulischer Ausbildung gespielt. Sie haben zwar offenbar ein hohes Maß an Leistungsethos verinnerlicht, sehen für sich aber keine Chance, jemals eine entsprechende Leistung zu erbringen. Die Spiele bieten ihnen die Möglichkeit, Leistung zumindest symbolisch zu erbringen, zumal es ja auch Belohnungen gibt. Natürlich weiß jeder Teilnehmer, dass es sich nur um ein Spiel handelt. Aber die Handlungen werden symbolisch ungleich stärker aufgeladen, wenn es um existenzielle Dinge wie Leben und Tod geht.

Das Gespräch führte
Tilmann P. Gangloff ■



Foto: Nmedia/ Fotolia.com

Fehlstart nach der Halbzeitpause

Keine Handlungsempfehlung der Internet-Enquete zur Netzneutralität

Der Termin war mit Spannung erwartet worden. Für den 17. Oktober 2011, der ersten Sitzung nach der Sommerpause, stand erneut die Abstimmung über den Streitpunkt Netzneutralität auf der Tagesordnung der Enquete-Kommission des Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“. Eigentlich hatte zunächst im Juni und dann im zweiten Versuch im Juli dieses Jahres das Thema verabschiedet werden sollen. Damals jedoch blockierten Vertreter der schwarz-gelben Koalition den Beschluss über eine Handlungsempfehlung zur Netzneutralität. Deshalb also ein dritter Anlauf: Würde es diesmal klappen?

Immerhin: Ein Ergebnis lag am Ende der Zusammenkunft vor. Ein Ergebnis, das allerdings nur bedingt zufrieden stellen kann. Denn auf eine gemeinsame Handlungsempfehlung haben sich die Kommissionsmitglieder in ihrem Zwischenbericht nicht geeinigt. Auch wenn alle, wie es heißt, Netzneutralität als „ein hohes Gut“ erachten, gehen die Meinungen darüber auseinander, wie sich diese gewährleisten lässt. Während die zuständige Kommissions-Projektgruppe der Auffassung ist, dass für die Absicherung der Netzneutralität keine neuen gesetzlichen Regelungen nötig sind, weil der Markt das selbst regelt, fordert ein von Oppositionsvertretern in der Enquete formulierter Alternativtext genau das Gegenteil. Anders als CDU und FDP wollen Grüne, Linke und SPD Netzneutralität per Gesetz schützen lassen. Der Bundesnetzagentur sollten zudem mehr Kompetenzen zugeteilt werden, um gesetzliche Vorgaben dann auch durchzusetzen. Beide Positionen fanden keine Mehrheit, sondern erhielten jeweils 17 Ja- und 17 Nein-Stimmen. Deshalb gingen die jeweiligen Textfassungen nur als Sonder-

voten in das Beschlusspapier ein. Annette Mühlberg, Sachverständige in der Enquete und bei ver.di zuständig für das Thema E-Government, kann diesem Ergebnis allerdings auch Positives abgewinnen. Immerhin habe es keine Mehrheit für die Koalitionsvertreter gegeben. „Die Projektgruppe als solche hat eine gute Arbeit gemacht“, sagt Mühlberg. „Auch die Vertreter der CDU sind über ihren Schatten gesprungen. Zum Beispiel bei den Netzsperrern war man sich einig, dass man das nicht will.“ Das Thema Netzneutralität müsse auf Bundesebene und international weiter diskutiert werden.

■ Zweifel an Unabhängigkeit

Den Vertretern der Regierungskoalition dürfte der verabschiedete Bericht jedoch alle mal gelegener kommen, als eine Annäherung der verschiedenen Positionen. Denn: Parallel hat der Bundestag den Kabinettsentwurf für eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes diskutiert, die Ende Oktober verabschiedet wurde und noch den Bundesrat passieren muss. Netzneutralität explizit sicherzustellen, ist darin nicht vorgesehen. Eine anderslautende Empfehlung der Enquete-Kommission hätte sicher für Unruhe in den Koalitionsreihen gesorgt während der Debatte über den Gesetzentwurf, wenn nicht gar die Verabschiedung gefährdet.

Auf die Arbeit der Internet-Enquete hingegen wirft dieses parteitaktische Gerangel einen Schatten. Zwar kann das Gremium sich zugute halten, endlich Netzthemen in den breiten öffentlichen Diskurs befördert zu haben. Irgendwann jedoch dürfte dieser Bonus aufgebraucht sein. Die Unterwerfung einer Enquete-Kommission unter die Mechanismen der

parlamentarischen Alltagspolitik steht ihrer eigentlichen Aufgabe genau entgegen und macht sie früher oder später unglaublich. Eigentlich soll darin parteiunabhängig diskutiert und abgestimmt werden. Das ist jedoch oft nicht gewährleistet. Schon seit einiger Zeit mehren sich denn auch die Stimmen, die ihre Zweifel an der Enquete äußern oder sie sogar für gescheitert halten. Hinzu kommt die Sorge, dass auch in Zukunft Debatten über besonders strittige Punkte beliebig werden könnten, da es den Vertretern der Regierungsparteien möglich ist, Abstimmungen mit ihrer Mehrheit jederzeit zu dominieren.

Auch wenn die Debatte über Netzneutralität in der Internet-Enquete (vorher) abgeschlossen ist: Das Thema bleibt weiter auf der politischen Tagesordnung. Zu essentiell ist es für die Zukunft eines demokratischen, offenen Internets. Grundsätzlich bedeutet Netzneutralität, dass alle Daten durch die Internetprovider gleichwertig behandelt, also durchgeleitet werden müssen. Damit soll eine demokratische Teilhabe am Internet für alle sichergestellt werden, unabhängig von wirtschaftlichen oder politischen Interessen sowie von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen. Zudem gilt dies als Voraussetzung für die Entstehung innovativer Geschäftsmodelle. Nur wer ungehindert Daten senden und empfangen kann, ist in der Lage, Neues auszuprobieren.

Bei genauerem Hinschauen ist Netzneutralität jedoch ein nicht genau definierter Begriff. Vertreter der Netz-Community wie etwa Markus Beckedahl verstehen darunter ein „echtes Netz“, in dem nicht nur alle Bits gleich behandelt werden, sondern die User auch frei wählen können, welche Hard- und Software sie nutzen. Jede Form von Diskriminierung wird abgelehnt.

Auch ver.di tritt für ein offenes und funktionsfähiges Internet ein, das Inhalte nicht diskriminiert und innovative Geschäftsmodelle nicht behindert. Allerdings plädiert man für eine „differenzierte Netzneutralität“, vor allem mit Blick auf die Zukunft, wenn immer mehr Dienstleistungen komplett ins Netz verlagert werden. Dies wird damit verbunden sein, große Datenmassen zu bewegen, etwa wenn es um Fernsehen oder Printangebote geht. Die Frage stellt sich, wie Gleichberechtigung von Inhalten dann konkret aussehen soll. „Hier muss man genau hinschauen, wo Versorgungs- und Zugangsunterschiede entstehen könnten und damit auch Machtstrukturen“, erklärt ver.di-Expertin Annette Mühlberg. Wie genau gesetzliche Rahmenbedingungen der Netzneutralität aussehen können, darüber muss die Diskussion jedoch auch in ver.di noch fortgesetzt werden. Vera Linß ■

Pressefusionskontrolle auf dem Prüfstand

ver.di sieht keinen Anlass Bewährtes anzutasten

Sollen Zeitungsverlage künftig weitgehend freie Hand bei Kooperationen oder gar Fusionen haben? Wenn es nach den Vorstellungen der Verlegerverbände ginge, sollen bei der demnächst geplanten 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) die bisherigen pressespezifischen Fusionsregeln erheblich gelockert werden. So sieht es zumindest ein gemeinsames „Eckpunkte“-Papier des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und des Verbands Deutscher Lokalzeitungen (VdL) vor.

Bislang unterlagen Zeitungszusammenschlüsse der Kontrolle des Bundeskartellamts bereits dann, wenn die Umsätze der beteiligten Unternehmen 25 Millionen Euro überstiegen. Nach den Vorstellungen der Verleger soll diese Schwelle auf 62,5 Millionen angehoben werden. Das entspricht in etwa einer Auflage von 100.000 bis 150.000 Exemplaren. Zudem soll die Schwelle für den Bagatellmarkt von bislang 750.000 Euro auf 1,875 Millionen Euro erhöht und eine Bagatellanschlussklausel von 1,25 Millionen Euro eingeführt werden. Das bedeutet, dass Unternehmen bis zu dieser Umsatzschwelle übernommen werden können, ohne dass das Kartellamt einschreitet.

Es handle sich eher um eine „behutsame Anpassung“ an den veränderten Medienmarkt als um radikale Veränderungen, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff. Das derzeit gültige Pressekartellrecht stamme schließlich aus dem Jahr 1976, als es weder Privatfernsehen noch Internet gegeben habe. Die Mediengewerkschaft sieht das anders. „Wir lehnen das, was uns da als Korrektur verkauft werden soll, im Grundsatz ab“, sagt Cornelia Haß, Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di. Zu befürchten sei eher eine „weitere Einschränkung der publizistischen Vielfalt durch verstärkte Monopolbildung“. Diese Entwicklung würde den Qualitätsjournalismus gefährden.

In der Vergangenheit waren es vor allem Großverlage wie Springer, Bauer und Holtzbrinck, die sich für eine Lockerung der Fusionskontrolle stark machten. Insofern kommt der plötzliche Schulterschluss mit dem im Verband der Lokalpresse organisierten Kleinverlegern zunächst etwas überraschend. Die Erklärung: Gerade Kleinverleger, die zumeist monopolistisch in ihren jeweiligen Regionen agieren, könnten von der geplanten Liberalisierung profitieren. Denn auch Kooperationen und Sanierungsfusionen sollen künftig vereinfacht werden. Mit der Neuregelung hätten Kleinverlage die Möglichkeit, im Verbund teure Investitionen zum Beispiel im Internet zu stemmen.

Für Mediengewerkschafterin Haß gibt es indes keinen Anlass, die aus ihrer Sicht bewährte Pressefusionskontrolle anzutasten. Daran ändere auch das erweiterte Medienangebot nichts. Das Kartellrecht, so argumentiert sie, betrachte aus gutem Grund die Wettbewerbsverhältnisse auf jedem einzelnen Markt, sei es Print, Rundfunk oder Online. „Entscheidend sind die Konkurrenzverhältnisse in den jeweiligen Bereichen.“

Gerade im Printbereich ist es um diese Konkurrenz nicht gut bestellt. Vor allem in der Provinz regiert die publizistische Einfalt. In fast 60 Prozent der deutschen Städte und Landkreise erscheint nur noch eine einzige regionale Tageszeitung.

Bei der Bundesregierung scheinen die Verleger Gehör zu finden. Noch im November will das Wirtschaftsministerium einen Referentenentwurf vorlegen. Das Gesetzgebungsverfahren könnte in der ersten Jahreshälfte 2012 anlaufen. *kel* ■

Dr. Georg Schreiber

Medien-2011 preis



Wettbewerb für Printmedien, Hörfunk und Fernsehen!

Zugelassen sind Beiträge junger Journalistinnen und Journalisten bis 35 Jahre zu den Themen Gesundheit und Soziales, die 2011 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung bzw. Zeitschrift veröffentlicht oder von einem Rundfunksender mit Sitz in Bayern ausgestrahlt worden sind. Beiträge aus den elektronischen Medien außerhalb Bayerns sind zulässig, wenn sie einen thematischen Bezug zum Freistaat haben.

Im Printbereich wird zudem ein bundesweiter Sonderpreis ohne Altersbeschränkung vergeben.

Der Medienpreis ist mit insgesamt 25.500 Euro dotiert.

Informationen und Anmeldung:
 Internet: www.aok-medienpreis.de
 e-mail: presse@by.aok.de
 Telefon: 089 62730-146
 AOK Bayern, Zentrale, Pressestelle
 Carl-Wery-Str. 28, 81739 München

Ausgeschrieben von der AOK Bayern in Zusammenarbeit mit den Nachwuchsjournalisten in Bayern (NJB) e. V. - unterstützt von der Deutschen Journalistenschule (DJS) e. V. München.

DJS. njb AOK Die Gesundheitskasse.

Ein Leben zwischen Extremen

Sparpaket drückt weiter auf journalistische Beschäftigung

Führungskraft oder Prekariat? Die berufliche Situation von Journalisten schwankt zwischen Extremen. Wer arbeitslos wird, kann derzeit kaum auf sozialpolitische Hilfen hoffen. Betroffene Journalisten und Experten geben Tipps fürs Überleben am Arbeitsmarkt.

Sie war ein TV-Star. Aber als alleinerziehende Mutter von drei Kindern hatte die ehemalige Sportredakteurin Gabriele Echt*, 39, auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen mehr. Das Jobcenter finanzierte ihr eine Weiterbildung zur Pressereferentin. Heute ist sie Pressesprecherin eines Industriebetriebs.

2010 räumte die Kommunikationswissenschaftlerin Mina Nickel*, 30, ab 6 Uhr früh Regale im Supermarkt ein, um zu Hartz IV hinzuzuverdienen. Heute arbeitet sie als Onlineredakteurin bei einem internationalen Medienunternehmen.

Die arbeitslose TV-Journalistin Marie Innersdorf*, 30, hatte Glück: Sie bekam 2011 sechs Monate Weiterbildung im Online-Bereich finanziert. Mithilfe des Gründungszuschusses machte sie sich mit einer Kombination aus Video- und Online-Redaktion selbstständig. „Es war nicht leicht, die Förderung zu bekommen“, berichtet Innersdorf. „Die Sachbearbeiterin kannte sich in den Vorschriften schlechter aus als ich.“ Ihre gleichaltrige Kollegin im Lehrgang Karin Konnen*, eine Zeitschriftenredakteurin, fand im Anschluss eine unbefristete Festanstellung in der Online-Redaktion eines Medienunternehmens mit dem Schwerpunkt Social-Media.

Diese Erfolgsgeschichten können so heute kaum mehr geschrieben werden. Ursula von der Leyen verfolgt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen strikten Sparkurs. Vom Grundsatz „Fördern und fordern“ ist seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr viel übrig geblieben. Jobcenter wie Arbeitsagenturen haben die Aufgabe, die Hilfesuchenden so rasch wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei müssen vor allem die Vorgaben aus dem sogenannten Sparpaket umgesetzt werden.

„Sie suchen einen Job als Journalist? Da besteht leider gar kein Bedarf am Arbeitsmarkt“ – das hört nicht selten, wer sich bei Arbeitsagentur oder Jobcenter

arbeitslos meldet. Tatsächlich meldet die Jahresstatistik der Arbeitsagenturen für 2010 insgesamt 5.200 arbeitslose Redakteure und Journalisten. Das sind zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor. In der ersten Jahreshälfte 2011 sank die Arbeitslosigkeit um sieben Prozent.

Gleichzeitig gibt es mehr Menschen als je zuvor, die hauptberuflich vom Journalismus leben. 2010 waren es schätzungsweise 160.000 Festangestellte und Freiberufler gegenüber etwa 127.000 im Jahr 2000 – auch diese Zahl nennt die aktuelle Statistik des Statistischen Bundesamts. Ihre Zahl hat in den letzten zehn Jahren um mehr als 30.000 zugenommen, das ist ein Zuwachs um 23 Prozent.

■ Schwieriger Berufseinstieg

Im Durchschnitt verdienen die in Vollzeit Festangestellten 4.605 Euro im Monat (West) bzw. 4.405 Euro (Ost). Anders die Freien, die über die Künstlersozialkasse versichert sind – das sind rund 40.000 Menschen allein im Bereich „Wort“. Sie verdienen deutlich weniger: 16.983 Euro durchschnittliches Jahreseinkommen haben sie bei der Künstlersozialversicherung angegeben. Das sind monatlich 1.415,25 Euro netto, ausschließlich für journalistische Tätigkeit im Bereich Wort, wohlgeachtet. Wer kann, bessert sein Einkommen aus freiberuflicher journalistischer Tätigkeit mit verwandten Tätigkeiten auf. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist fester Bestandteil im Einkommen vieler Freier – trotz des Verdikts von Verbänden wie dem „Netzwerk Recherche“, die das als absolutes „No-Go“ ansehen.

Unter den „Publizisten“, wie die Berufsgruppe in der Arbeitsmarktstatistik offiziell heißt, verstecken sich zum einen Ressortleiter und Chefredakteure, aber auch Fach- und Führungskräfte aus der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie verdienen nicht selten über Tarif. Darauf weist Ralf Beckmann, Arbeitsmarktexperte bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), hin. Kein Wunder, dass mehr als 20 Prozent davon sogar ein monatliches Einkommen erzielen, das über der Beitragsbemessungsgrenze 2010 von 5.500 Euro (West) bzw. 4.650 Euro (Ost) liegt.



Foto: Bernd Weikmann / Fotolia.com

Am schlechtesten geht es Berufseinsteigern in den Journalismus. Ihnen fällt der Berufseinstieg grundsätzlich nicht leicht, da ein Überangebot an Textern bestehe, sagt Beckmann. Die größte Schwierigkeit bei der Stellensuche sehen die jungen Leute darin, dass Bewerber mit Berufserfahrung gewünscht werden. Das sagen 78 Prozent der Befragten, wie die HIS-Absolventenbefragung zur Berufszufriedenheit herausgefunden hat. 56 Prozent geben an, dass es generell zu wenig ausgeschriebene Stellen im Journalismus gebe, 24 Prozent sagen, dass das angebotene Gehalt zu niedrig sei. Zum Vergleich: Über zu niedriges Gehalt klagen nur 9 Prozent der jungen Maschinenbauingenieure. Immerhin fühlen sich etwa zwei Drittel der jungen Journalisten angemessen beschäftigt, so die Befragung. Nach 1,5 Jahren sinkt der Anteil auf 27 Prozent. „Hochschulabsolventen bräuchten noch mehr realistische Einschätzung der Arbeitsbedingungen im Journalismus“, meint Statistiker Ralf Beckmann.

„Gezielte Weiterbildung mit hohem Praxisanteil kann den jungen Akademikerinnen und Akademikern beim Berufseinstieg helfen“, sagt Irene Stuiber, stellvertretende Leiterin der Münchner Journalistenakademie. Vorausgesetzt, die Weiterbildung werde weiterhin wie bisher gefördert. Trotz offizieller Verlautbarungen ist das derzeit alles andere als sicher: Die Zahl derjenigen, die eine Weiterbildung, gefördert durch den sogenannten Bildungsgutschein, beginnen konnten, ging 2011 gegenüber 2010 stark zurück. Bereits 2010 wurden 25 Prozent weniger Personen durch eine berufliche Weiterbildung neu gefördert als 2009, 2011 waren es noch einmal 45 Prozent weniger.

(*Namen im Text auf Wunsch geändert)

Tausende von Jobs sind inzwischen bedroht: 40.000 Beschäftigten seien betroffen, sagte NRW-Sozialminister Guntram Schneider (SPD). Viele Freiberufler arbeiten zusätzlich als Text-Trainer oder als Dozent an Journalistenschulen, Akademien oder Hochschulen. Fallen hier Fördermittel für die Weiterbildung weg, wird auch bei ihnen das monatliche Einkommen noch einmal prekärer.

■ Verdienen durch Online-Angebote

Mindestens 40 Prozent der festangestellten Publizisten erzielten monatlich 5.401 Euro und mehr. Auch wer sich als Freiberufler mit Programmierkenntnissen und einer piffigen Geschäftsidee für ein Online-Portal oder eine Nischenpublikation selbstständig macht, kann solche Einkünfte monatlich erzielen, im Einzelfall auch schon mal im fünfstelligen Bereich. So wie Gottfried Miehner*: „Ich bin mein eigener Chefredakteur, und Google ist mein Verlag.“ Der IT-Journalist verfügt über ausgezeichnete Kenntnisse in Suchmaschinen-Optimierung und programmiert die Software, auf der seine Website läuft, weitgehend selbst. Auch die meisten Texte verfasst er selbst. Bei der Künstlersozialkasse hat sich der freie Journalist Miehner nicht angemeldet. Er setzt auf freiwillige Vorsorge. „Freie Journalisten sind nicht unbedingt notgedrungen frei, weil sie keine Festanstellung finden, sondern deshalb, weil sie gut verdienen und die Life-Work-Balance selbst in der Hand haben“, sagt Stefan Mühleisen, Diplom-Journalist und Coach aus Münsing.

Im klassischen Zeitungs- oder Zeitschriftenjournalismus arbeiten sie selten. Häufig verbinden sie wie Miehner hohe Textaffinität mit Programmierkenntnissen zu einem onlinejournalistischen Angebot. Andere gut verdienende Freiberufler bieten als Dienstleistung ein Komplettpaket aus Konzeption und Produktion von Audio- oder Videobeiträgen an. Sie sind sozu-

sagen ihr eigener Produzent. Verdient wird vor allem rund um Online-Angebote, und auch hier weniger im klassischen Journalismus, sondern im Bereich von Unternehmens- und Verbands-Websites. Rund 32.000 Menschen arbeiten etwa in diesem Bereich, die Mehrheit davon in sozialversicherungspflichtiger Festanstellung. 2010 waren insgesamt 13,2 Prozent mehr Redakteure und Journalisten in solchen Arbeitsverhältnissen beschäftigt als im Jahr 2000, unter denjenigen mit Fach- und Hochschulabschluss waren es sogar 16,5 Prozent mehr. Im Printbereich hingegen sank die Zahl der gemeldeten Stellen für Redakteure und Journalisten 2009 auf 2010 mit 29 Prozent überdurchschnittlich stark.

Die Arbeitslosigkeit kann alle treffen. Selbst innerhalb eines Journalistenlebens sind Extreme keine Ausnahme mehr: Die Autorin Katja Kullmann („Generation Ally“) schildert in ihrem neuen Roman „Echt-leben“ ihren Weg von der Bestsellerautorin (2002) über die Hartz-IV-Empfängerin (2008) bis heute. Die Gegensätze, die sie beschreibt, könnten kaum größer sein: Sie pendelt zwischen dem Luxus, zwischen mehreren gut bezahlten Jobs wählen zu können, und Situationen, in denen Grundnahrungsmittel kaum mehr erschwinglich sind. Ihre Strategie: nach außen hin das Gesicht wahren. Ihre Beobachtungen: Es geht vielen ähnlich.

„Wenn Sie monatelang 13 Euro am Tag haben“, schreibt Kullmann, „essen Sie unter der Woche ganz, ganz wenig, um am Wochenende dabei sein zu können, um die verfluchten Kontakte zu pflegen, Kollegen zu treffen, Empfänge zu besuchen.“ Jeder, den es trifft, der denke, er sei der einzige. Katja Kullmann: „Ich hatte mich entschieden, es niemandem zu sagen. Es war ein Kraftakt. Heute weiß ich: Viele machen es genauso. Letztlich hat mich das gerettet. Mein Ruf blieb intakt.“

Arbeitslosengeld (ALG) I bekommen derzeit mehr als 3.200 Journalistinnen

und Journalisten. Arbeitslosengeld II oder „Hartz IV“ oder „Basisgeld“, wie die PR-Experten aus dem Arbeitsministerium das lieber nennen, erhalten rund 3.000 Menschen. In Ostdeutschland ist der Anteil der Hartz-IV-Empfänger unter den Journalisten deutlich höher. Und genau diese Anzahl stagniert – die Betroffenen profitieren nicht vom Wirtschaftsaufschwung.

Der Buchtitel „Reich werden durch Hartz IV“ mutet angesichts der Erfahrungen arbeitsloser Journalistinnen und Journalisten geradezu zynisch an. In diese Kerbe schlug Ursula von der Leyen und verwies auf „zu hohe Mitnahme-Effekte“ beim Gründungszuschuss. Sie spart deshalb an den sogenannten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Dieser Werkzeugkasten soll Arbeitslose wieder in den Job bringen. Dazu zählen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Ein-Euro-Jobs) ebenso wie der Gründungszuschuss zur freiberuflichen Tätigkeit oder der Bildungsgutschein, mit dem die persönliche Weiterbildung gefördert werden soll.

■ Erfolgreiches gekürzt

Das Sparpaket der Bundesregierung geht bei seinen Berechnungen davon aus, dass der Konjunkturaufschwung von Beginn des Jahres 2011 sich weiter fortsetzt. Daher soll weiter gespart werden: Die Bundesagentur für Arbeit und der Bund müssen in der Arbeitsförderung von 2011 bis 2014 insgesamt 16 Milliarden Euro einsparen.

Mit dem neuen Gesetz wird das Sparpaket umgesetzt. Es verringert die Zahl der Fördermaßnahmen. Offiziell soll eine effizientere Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt erreicht werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Existenzgründungszuschuss werden stark eingeschränkt (M 10/2011). Der Bundesrat hat das vom Kabinett verabschiedete Gesetz im Oktober 2011 zwar gestoppt und an dem Vermittlungsausschuss verwiesen. Verhindern kann er es jedoch nicht.

Kürzlich hat das Institut für Arbeitsmarktforschung (IAB) eine Studie vorgelegt, in der die Förderinstrumente evaluiert werden. Ein Ergebnis: Berufliche Weiterbildung wirkt, wenn auch oft zeitverzögert. Wenig wirksam hingegen sind die Vermittlung durch private Dritte, ABM und Beschäftigungszuschüsse. Sehr erfolgreich sind Instrumente wie die Gründungsförderung, der Eingliederungszuschuss sowie betriebliche Trainingsmaßnahmen. Experten wie Andreas Lutz von gruendungszuschuss.de wundern sich daher, dass gerade die erfolgreichen Instrumente gekürzt werden sollen.

Gabriele Hooffacker,
Journalismus-Lehrerin und Leiterin der
Journalistenakademie in München ■

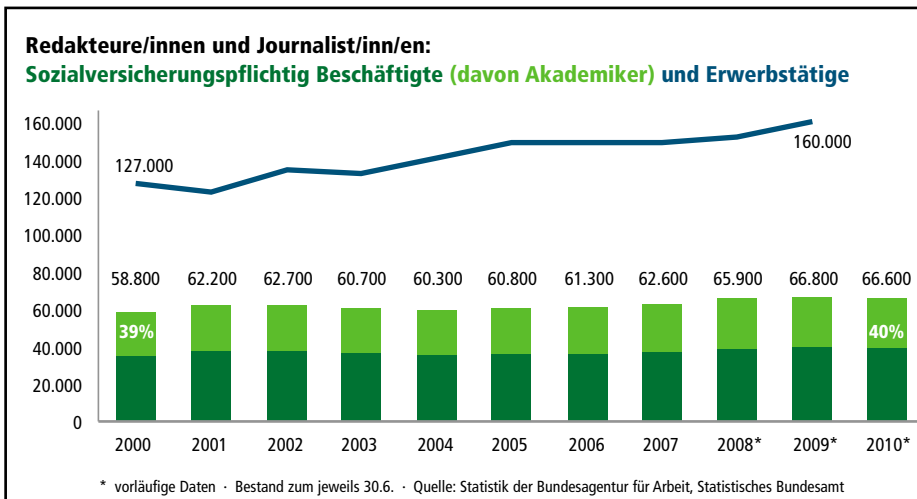




Foto: Melike Engels

Panel der Medienkritiker: Sissi Pitzer, Dieter Anschlag, Ulrike Simon, Tobias Eberwein, Diemut Roether, Daniel Fiene und Moderator Werner Lauff (v.l.n.r.)

Medienkritiker in der Kritik

Ombudsleute auf dem Herbstforum der „Initiative Qualität“

Qualität durch Kritik hatte das sechste Herbstforum der „Initiative Qualität im Journalismus“ im Funkhaus Berlin des Deutschlandradios im Blick: Medienjournalismus, Ombudsleute und sorgfältig ausgewählte Social Media können zu mehr Transparenz beitragen, wenn sie die Interessenlage der Medien selbst deutlich thematisieren.

Die technischen Mittel der jungen Journalistengeneration mögen für manche älteren Kolleginnen und Kollegen ungewohnt sein, doch die Vorstellung von gutem Journalismus unterscheidet sich nicht: Ob Flash-Animation, 360-Grad-Rundschau, Audio-Slide und O-Töne oder elektronische Tablet-Presse: „Letztlich wollen wir doch alle das Gleiche, nämlich gute Geschichten erzählen“, fasste die 22-jährige Jungredakteurin von der Reportage-Redaktion der Welt-Gruppe, Céline Lauer, ihren Ausflug in die Moderne der Multimediawelt zusammen. „Guter Journalismus wird immer gefragt sein“, zeigte sie sich überzeugt, auch wenn die großen Leitmedien durch, oft journalistische, Blogger einen Teil ihrer Deutungshoheit verloren hätten.

Als ergänzenden Quellenpool stellte Silke Mülherr, Volontärin an der Axel-Springer-Akademie, ihre Beschäftigung mit Social Media vor. Dabei betonte sie, dass der Aufbau tragfähiger Kontakte für vertrauenswürdige Berichte zum Beispiel über den Arabischen Frühling zeitintensive Beobachtung der Blogs und Chats sowie eine umfangreiche Überprüfung aller dort gemachten Behauptungen voraussetze. Dann könne die Auswertung von Facebook, Twitter, Youtube, Vimeo, Flickr und anderen Netzwerken zu schnelleren Meldungen und breiteren Themenspektren führen, den Korrespondenten aber nicht ersetzen.

Verschiedene Blickrichtungen stießen in der Diskussion „Krähen oder Nestbeschmutzer: Medienkritiker in der Kritik“ aufeinander: Während Ulrike Simon (*Berliner Zeitung / Frankfurter Rundschau*) und Sissi Pitzer vom Bayerischen Rundfunk ihre Medienberichte für den „normalen“ Leser oder Hörer konzipieren, wendet sich Daniel Fiene vom Blog „Was mit Medien“ an besonders Medieninteressierte, Dieter Anschlag von der Funkkorrespondenz und Diemut Roether von epd Medien schreiben für ein Fachpublikum aus Kolleginnen und Kollegen. „Wir haben ein sado-masochistisches Geschäftsmodell: Wir kritisieren die Leute, die uns lesen und abonnieren sollen“, erläuterte Roether die Situation der beiden kirchlich getragenen Publikationen.

Als „Erklärer und Kontrolleure“ sowie „Beitrag zur eigenen Hygiene“ schilderte Simon die Aufgaben der Medienseiten in Zeitungen – die sich allerdings am liebsten mit der wirtschaftlichen oder journalistischen Hygiene bei der Konkurrenz beschäftigen, was laut Tobias Eberwein vom Erich-Brost-Institut in der Forschung dokumentiert ist. Auch daher sei die Stellung des NDR-Medienmagazins „Zapp“ „ARD-intern sicher sehr heikel“, sagte Roether, die Berichte der Verlage über Rundfunkgebühren, angebliche Selbstbedienungsmotivität und die umstrittene Tagesschau-App als oft „aufbausend und unfair“ bezeichnete. Von der Vehemenz dieser Diskussion hatte sich auch Intendant Willi Steul in seinem Grußwort überrascht gezeigt.

Mehr Transparenz in der Berichterstattung über die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Mediums forderte der Blogger Fiene. „Mannesstolz vor Königsthronen“. Weniger Promiberichte und mehr Hintergrund wurde im Publikum gefor-

dert. Oder aber das deutliche Eingeständnis, dass es in Verlagen Tabuthemen wie Honorare, im Rundfunk wie Gebühren gebe. Stattdessen formulierte Ulrike Simon etwas diffus den Wunsch nach „Haltung, aber auch Zurückhaltung, wenn es ums eigene Haus geht, und Draufhalten, wo notwendig“ für den Medienjournalismus.

Täglich erhält Kerstin Dolde Anrufe von Lesern, berichtete die Redakteurin und Ombudsfrau der *Frankenpost* in Hof, „bei Vollmond mehr“, und gab so zum Auftakt der Diskussion um den „Qualitätsfaktor Ombudsleute“ dezent zu verstehen, dass die Arbeit der Ombudsleute keine rein rationale Aufgabe ist, sondern Diplomatie und Einfühlungsvermögen gegenüber Beschwerdeführern wie Redaktion erfordert. Auf der Internetseite der Ombudsfrau geht es anonym auch deftig zu.

Die regelmäßige Zeitungskolumne in der *Main-Post* sei nur die Spitze des Eisbergs der Arbeit des Ombudsmanns, betonte Anton Sahlender, auch stellvertretender Chefredakteur seiner Zeitung. Gespräche mit den Leserkritikern, Briefe und E-Mails, Diskussionen mit den externen Blattkritikern in Social Networks bedeuten keinen geringen Zeitaufwand. Die daraus abgeleiteten Regeln für das eigene Haus haben laut Dolde und Sahlender durchaus journalistischen Wert, denn, wie der niederländische Ombudsleute-Forscher Huub Evers bestätigte, haben Pressehäuser mit Ombudsfunktion weniger Beschwerden beim Presserat und weniger Rechtsklagen. Das verlange aber, dass Ombudsleute intern geachtet, unabhängig und langfristig wirken können, auch wenn sie angestellte Redakteure sind.

Eine sinkende Beschwerdezahl hat der externe Ombudsmann der *Braunschweiger Zeitung*, der pensionierte Generalstaatsanwalt Heinrich Kintzi, seit seinem Amtsantritt ebenfalls beobachtet. „Der Zug der Zeit fährt Richtung Ombudsmann. Der mündige Leser ist nicht nur passiver Abonnent“, fasste Kintzi zusammen. Christian Höppner vom Deutschen Musikrat, der als Vorsitzender des RTL-Programmbeirats in der Runde saß, zeigte sich beeindruckt: „Ombudsleute sollten sich zusammenschließen, sie sind unverzichtbar für die Redaktionen in der Medienflut“, woraufhin Diskussionsleiter Werner Lauff das Panel sehr effektiv zur Gründungssitzung einer Arbeitsgemeinschaft der Ombudsleute in deutschen Medien ummoderierte.

Auf eine wachsende Zahl von Ombudsleuten hoffte als Resümee die Sprecherin von IQ, Ulrike Kaiser, die einräumte, dass manchen die Diskussion um Qualität im Journalismus schon zu weit ausufere. „Es kann aber gar nicht genug darüber geredet werden, wenn es denn nicht beim Reden bleibt.“ *Susanne Stracke-Neumann* ■

Mehr Gehalt für Verlagsangestellte

Drei Tarifabschlüsse nach langen zähen Verhandlungen

Im Oktober wurden nach mitunter monatelangen Verhandlungen für die Angestellten in Zeitungsverlagen von Niedersachsen und Bremen, Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen Tarifabschlüsse erzielt.

In Niedersachsen und Bremen erfolgt mit der Gehaltsabrechnung 12/2011 eine Einmalzahlung von 200 Euro. Auszubildende erhalten 100 Euro. Teilzeitbeschäftigte bekommen die Einmalzahlung anteilig. Zum 1. Juni 2012 gibt es eine lineare Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen von 2 %. Zum 1. Juni 2013 nochmals 1,1 %. Der Gehaltstarifvertrag ist erstmals zum 30. April 2014 kündbar. Erklärungsfrist bis 15. November. Leider ist der Manteltarifvertrag weiter offen. Vereinbart wurde, zeitnah Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel den MTV bis zum 31. Okto-

ber 2012 wieder in Kraft zu setzen. Die vielfältigen Aktionen und Warnstreiks der Kolleginnen und Kollegen in den Verlagen haben dazu beigetragen, die seit 2009 bestehende Dauerverweigerungshaltung der Zeitungsverleger aufzuweichen. Die massive Forderung nach einem MTV 2 mit schlechteren Bedingungen für Neueingestellte wurde abgewehrt.

In Hamburg erhalten die Angestellten der Zeitungsverlage im Dezember 2011 eine Einmalzahlung von 200 Euro (Auszubildende 100 Euro), im September 2012 eine Gehaltserhöhung von 2 % und im Dezember 2013 eine weitere Einmalzahlung von 200 Euro (Auszubildende 100 Euro). Der Manteltarifvertrag wurde gesichert - er ist erstmals kündbar zum 30. Juni 2013. Erklärungsfrist bis 10. November.

In Düsseldorf wurde für die Verlagsangestellten in NRW der Gehaltstarifvertrag

rückwirkend zum 1. Juli 2011 wieder in Kraft gesetzt. Die Angestellten erhalten mit dem Gehalt für Dezember 2011 und für September 2013 eine Einmalzahlung in Höhe von jeweils 200 Euro. Teilzeitbeschäftigten wird die Einmalzahlung anteilig gewährt. Auszubildende bekommen mit der Ausbildungsvergütung für Dezember 2011 und für September 2013 eine Einmalzahlung in Höhe von jeweils 100 Euro. Ab 1. September 2012 werden die Gehälter bis Gehaltsgruppe 3 um 2% und die Gehälter ab Gehaltsgruppe 4 und die Ausbildungsvergütungen um 1,75% erhöht. Der Gehaltstarifvertrag gilt bis 30. Juni 2014. Der Manteltarifvertrag wird zum 1. Januar 2012 wieder in Kraft gesetzt. Erstmals zum 30. September 2014 kündbar. Erklärungsfrist bis zum 10. November.

wen ■

Mehr Infos: <http://druck.verdi.de>



Kontext

Unabhängig, kritisch und bürgernah, das sind die Ziele des Online-Portals Kontext. Kostenlos erscheinen die Artikel immer mittwochs. Auszüge aus den Web-Beiträgen sind samstags als taz-Beilage zu haben.

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

„Altmodisch in die Zukunft“, beschreibt Mitbegründerin Susanne Stiefel den Ansatz ihrer journalistischen Arbeit. Denn mit der wöchentlichen Erscheinungsweise wählen die Macher einen langsamen Auftritt im schnelllebigen Internet. Nicht schnelle Klicks will man erzielen, sondern das genaue Gegenteil: die Entschleunigung. Nur dann gelänge ein „Qualitätsjournalismus“, so die ehemalige Chefredakteurin von *Sonntag Aktuell*. Dafür steht die gesamte, sechsköpfige Redaktion, unter ihnen sind Meinrad Meck, der mit dem Theodor-Wolff- und Wächter-Preis ausgezeichnet wurde sowie *Stern*-Mitarbeiter Rainer Nübel. Mit dabei ist auch Josef-Otto Freudenreich, der bis letztes Jahr Chefredakteur der *Stuttgarter Zeitung* war. Er fasst den journalistischen Anspruch mit den Worten zusammen: „Gründlich statt schnell und hintergründig statt oberflächlich.“ Fundierte Recherche ist den Machern auch wichtig. Einen hohen Stellenwert hat zudem „der Austausch mit Bürgern“, wie Stiefel erklärt. Denn deren Sichtweisen journalistisch professionell umgesetzt, würden Diskussionen auslösen und damit ein zweites Ziel erreichen: „Anstöße geben wollen“.

Kontext ist unabhängig von Parteien und wirtschaftlichen Interessen und kommt ohne Werbung aus. Fünf Rubriken befassen sich vorrangig mit regionalen Themen. In „Pulsschlag – Wie die Region

tickt“ werden unter anderem jene Bürger vorgestellt, die mit ihrer Meinung anecken und für regen Austausch sorgen: etwa die Schriftstellerin Anna Katharina Hahn, die den Bürgerprotest Stuttgart 21 für romantisches Geplänkel hält. „Ein bisschen Woodstock“, nennt Hahn den Protest. In „Macht und Märkte“ sind politische und wirtschaftliche Themen versammelt: beispielsweise deckt ein Artikel auf, dass die Machenschaften der italienischen Mafia in Baden-Württemberg verharmlost werden. Die „S-Klasse“ stellt Sozialreportagen vor, in der *Denkbühne*“ geht es um aktuelle Themen wie soziale Netzwerke. Teilweise Kulturelles bietet die „Schaubühne“. In der sechsten Rubrik „Überm Kellerrand“ sind überregionale Themen bestimmend: Klischees über arme Haitianer entlarvt etwa ein Artikel.

Die Finanzierung wird neben Spenden durch den Verein „Kontext: Verein für ganzheitlichen Journalismus“ gewährleistet. Geldgeber sind unter anderem Schauspieler Walter Sittler, Fernsehkoch Vincent Klink und Olympiasieger Dieter Baumann. Und die Papierfassung wird von der *taz* unterstützt. Genauer, die *taz*-West, die unter anderem in Hessen sowie Nordrhein-Westfalen verteilt wird und in einer Auflage von 35.000 Exemplaren erscheint. Layout und Druckkosten übernimmt hier die *taz*.

Birgit Vey ■

Anschluss gesichert

Nach zehn Jahren Stagnation Tarifabschluss bei der MAZ

Nach einem einstündigen Warnstreik am 18. Oktober wurde in der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft mbH Potsdam am Folgetag ein Tarifabschluss erreicht. Er gilt für alle Beschäftigten des Verlags- und Druckhauses, in dem die *Märkische Allgemeine (MAZ)* gedruckt wird. Vereinbart wurden 500 Euro Einmalzahlungen für Dezember 2011 und 2prozentige Tabellensteigerungen ab März 2012.

„Das ist ein gutes Ergebnis, auch wenn nicht alle Blütenräume reiften“, freut sich ver.di-Verhandlungsführer Andreas Köhn. Er verweist darauf, dass mit dem Haustarifabschluss seit zehn Jahren erstmals Tarifsteigerungen für die Beschäftigten der MAZ erreicht wurden und sich damit der Abstand zu den Flächentarifverträgen verringert.

Noch zu Verhandlungsbeginn Anfang August sah es gar nicht nach einem schnellen Abschluss aus. Die Geschäftsleitung der 100-prozentigen FAZ-Tochter hatte sich auf die Formel „Dieses Geschäftsmodell verträgt keine Entgelterhöhungen“ versteift. Trotz guten Geschäftsergebnisses 2010 seien keinerlei Steigerungen möglich bzw. würden Arbeitsplatzabbau bedeuten, hieß es. Die Beschäftigten ließen sich so nicht abspesen und organisierten bereits im August einen Warnstreik, dem nun ein zweiter folgte. „Diesmal beteiligten sich drei komplette Lokalredaktionen, eine weitere rührte für eine Stunde keinen Rechner an. Neben unseren Druckern standen auch Verlagsangestellte, Redakteure und Volontäre aus der Hauptredaktion mit vorm Tor“, freut sich Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner: „Der Tarifabschluss ist ein echtes Gemeinschaftswerk. Unsere Beschäftigten wollen im Tarifgeschehen wieder mitmischen und sind auch bereit, etwas dafür zu tun.“

■ Aufholen zum Flächentarif

Die Abschlüsse vom 19. Oktober liegen sowohl im Druckbereich als auch in der Redaktion über den bundesweiten Tarifabschlüssen 2011, wo Einmalzahlungen für die Drucker von 280 und für Redakteure von 200 Euro vereinbart wurden. Die prozentualen Erhöhungen treten bei der MVD eher in Kraft und fallen bei den Redakteuren um 0,5 Prozent höher aus als im bundesweiten Tarif. Das bedeutet ein Aufholen zum Flächentarifniveau.

Im Unternehmen hatte es seit Jahren Spar-Debatten gegeben, speziell im Zu-

sammenhang mit dem Kauf einer neuen Druckmaschine. Inzwischen gibt es Medienberichte um einen möglichen kurzfristigen Verkauf der MVD. Der Betriebsrat hat die Aufsichtsratsmitglieder angeschrieben und fordert Aufklärung. Pläne und Perspektiven sollen auf einer Betriebsversammlung offen gelegt werden, so die Forderung. Die momentane Unternehmensstrategie sei „ausgesprochen widersprüchlich“, so Karin Wagner. Gerüchten zufolge soll die MVD-Tochter Havelcom Telemarketing Services GmbH in Potsdam mit bisher etwa 70 Beschäftigten, die auch Telefon- und Online-Betreuung von Abonnenten und Anzeigenkunden für die Mutter in Frankfurt mit erledigt, aktuell um 15 Stellen für die FAZ-Bearbeitung aufgestockt werden. „Im Service-Center sind gerade Betriebsratswahlen im Gange“, so Wagner, „der Wahlvorstand arbeitet bereits.“

Indes vermeldete der Branchendienst Kontakter Ende Oktober, dass der Verkauf der MAZ kurz bevor stehe. Um die Zeitung bieten laut Kontakter der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (SHZ) sowie die Mediengruppe Madsack aus Hannover. Als Kaufpreis für die MAZ, die rund 600 Mitarbeiter, darunter 85 Redakteure beschäftigt, werde ein Betrag zwischen 50 und 100 Millionen Euro erwartet. Sollte der SHZ (u.a. *Flensburger Tageblatt*) den Zuschlag erhalten, würden sich die Nordeutschen in Ostdeutschland weiter ausbreiten. 2005 übernahm der SHZ die *Schweriner Volkszeitung* vom Medienkonzern Burda. Auch Madsack (*Hannoversche Allgemeine, Neue Presse*) hatte 2005 von Axel Springer 50 Prozent von der *Leipziger Volkszeitung* übernommen und war damit zum Alleineigentümer geworden. Außerdem ist Madsack an der *Ostsee-Zeitung* beteiligt. *neh* ■

Gesprächsbereit

Haustarifverhandlungen für Nordwest-Zeitung in Sicht

Die Geschäftsführung der *Nordwest-Zeitung (NWZ)* in Oldenburg hat sich nunmehr bereit erklärt, am 17. November mit ver.di und dem DJV über einen Haustarifvertrag zu sprechen.

Ende Juli war die NWZ mit Verlag und Servicegesellschaft aus der Tarifbindung in den OT-Status ausgeschert und hatte Haustarifverhandlungen mit den Gewerkschaften trotz mehrmaliger Aufforderung abgelehnt. Die NWZ verlangt schlechtere Konditionen für Neueinsteiger einschließlich der bisher als Leiharbeiter beschäftigten Kollegen. Sie will damit im Betrieb durchsetzen, was die Gewerkschaften in der jüngsten Flächentarifrunde der Zeitungsredakteurinnen und -Redakteure abgewehrt hatten. Auch die niedersächsischen Verleger hatten einen Abschluss ohne Tarifvertrag 2 letztlich akzeptiert.

Die Geschäftsführung der NWZ hat bisher ausschließlich auf Verhandlungen mit dem Betriebsrat über eine Betriebsvereinbarung zur Vergütungsstruktur gesetzt, wie sie als Ersatzregelung in tariflosen Betrieben rechtlich möglich ist. Darüber gab es aber keine Einigung mit dem Betriebsrat.

Das Verlangen nach einem Haustarif hatte sich im Oktober in der von einer deutlichen Mehrheit aller Beschäftigten getragenen Unterschriftenaktion gezeigt. Nach einer Betriebsversammlung am 2. November, in der viele Beschäftigte aus Verlag und Redaktion in engagierten Redebeiträgen die Aufnahme von Tarifverhandlungen über faire Tarifbedingungen auch für Neueingestellte forderten, lenkte die Geschäftsführung ein. *wen* ■

Drucker, Verlagsangestellte, Redakteure und Volontäre der MAZ protestieren gemeinsam





Solidaritätsstreik vor dem Stuttgarter Pressehaus

Streik für Tarifbindung

Beschäftigte des Schwarzwälder Boten kämpfen ungebrochen

Anfang November befanden sich die Beschäftigten des *Schwarzwälder Boten* bereits seit rund 70 Tagen im Streik, davon rund 50 in Folge. Sie kämpfen für die Tarifbindung.

Verleger des *Schwarzwälder Boten* ist Richard Rebmann, der außerdem stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist und Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH), einem verschachtelten Medienunternehmen, zu dem auch das Blatt gehört. Erst als die Beschäftigten der Druckerei der *Süddeutschen Zeitung*, die ebenfalls zur SWMH gehört,

am 20. Oktober in einen Solidaritätsstreik traten, regte sich die Konzernspitze. Das Blatt erschien am nächsten Tag ohne den Münchenteil und etliche Regionalausgaben, lediglich online konnten die Leser sie sich als PDF herunterladen. Richard Rebmann reagierte und ließ konzernweit einen Brief veröffentlichen, in dem er sein Unverständnis kund tat.

Hintergrund des Konflikts ist die Tarifflucht des Verlags. Zentrale Bereiche wurden zum 1. März 2011 tariflos in neue Gesellschaften überführt: Die Redaktion in die *Schwarzwälder Bote* Redaktionsgesellschaft und die Anzeigenabteilung in die Medien-

vermarktung Südwest. Davon sind insgesamt rund 270 Beschäftigte betroffen. Der *Grafik-Bote* mit 65 Beschäftigten wurde bereits 2008 tariflos aus dem Verlag ausgegliedert. ver.di fordert für alle drei Gesellschaften Tarifverhandlungen. „Es gab zwei Sondierungsgespräche, vermittelt vom Konzernbetriebsrat“, sagt Uwe Kreft, zuständiger ver.di-Gewerkschaftssekretär. Weitere Termine wurden nicht vereinbart, da der Arbeitgeber den *Grafik-Boten* davon ausnehmen will. Rebmann argumentierte in seinem Brief, der *Grafik-Bote* würde sich in einem völlig anderen Marktumfeld als die beiden anderen Firmen bewegen und sei schließlich schon vor drei Jahren ausgegliedert worden. „Bei den anderen beiden Gesellschaften geht es den Geschäftsführungen darum, in Zeiten tiefgreifender struktureller Veränderungen Neueinstellungen vornehmen zu können, die nicht dem starren Tarifwerk unterliegen.“ Damit spricht der Vize-Vorsitzende des BDZV, der als Arbeitgeberverband mit den Gewerkschaften die Tarifverträge aushandelt, ein klares Bekenntnis zur Tarifflucht aus. **sil** ■

Das Schreiben von Richard Rebmann und Berichte über die aktuelle Streiksituation unter: www.streikbote.de

► Buchrezension: Praxishandbuch Medienrecht



Neu strukturiert in fünf Bänden

Wie anlässlich der 2008 erschienenen 1. Auflage des Praxishandbuchs Medienrecht vorausgesagt (M 05/2009), hat es sich – wie die Resonanz zeigt – bei der Gestaltung der rechtlichen Beziehungen in der Medienpraxis hervorragend bewährt und als Bereicherung der medienrechtlichen Literatur erwiesen. Herausgeber und Verlag sind zu danken, dass sie, die rasante Entwicklung der Medien und den sich

araus ergebenden praktischen Regelungs- und theoretischen Diskussionsbedarf berücksichtigend, nicht bloß eine zweite Auflage veranstaltet, sondern die Publikation wesentlich erweitert und in neuer Gestalt herausgegeben haben. Wandtke, nunmehr emeritierter Professor für Urheberrecht der Berliner Humboldt-Universität hat mit dem bewährten, etwas erweiterten Bearbeiterkollektiv aus Hochschullehrern und Rechtsanwälten die erste Auflage nicht nur – insbesondere die Rechtsprechung und die literarischen Quellen betreffend – auf den neuesten Stand gebracht, sondern auch strukturelle und inhaltliche Umstellungen vorgenommen, die praktische Bedürfnisse und theoretische Erfordernisse berücksichtigen. Das bisherige, ziemlich dicke (1932 Seiten) und in der täglichen Praxis unhandliche Handbuch, erscheint nun in fünf Bänden, die auch einzeln zu erwerben sind. Das entspricht den Bedürfnissen der Praktiker, von denen sich kaum einer mit der Gesamtheit der medienrechtlichen Probleme beschäftigt. Der erste Band behandelt neben der grundlegenden Einordnung der medienrechtlichen Prozesse in die ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Zusammenhänge Probleme des nationalen und europäischen Medienrechts sowie die Be-

gründung und Durchsetzung von Ansprüchen. Der zweite Band befasst sich neben einer grundlegenden medienrelevanten Darstellung des Urheberrechts mit dem Schutz von Medienprodukten (Filme, Musik, Foto, Computerspiele, Bücher, Design etc.). Der dritte Band beinhaltet Fragen der Vermarktung von Medienprodukten unter wettbewerbs- und werberechtlicher Hinsicht. Dazu gehören nicht nur das Medienkartellrecht und das Rundfunkwerberecht, sondern insbesondere auch das Marken- und Kennzeichenrechts sowie rechtliche Fragen des Schutzes von Werktiteln, Signets und Logos sowie Domains. Band 4 erörtert das Rundfunk- und Presserecht, das Veranstaltungsrecht und den Schutz von Persönlichkeitsrechten. Ein hervorzuhebender Schwerpunkt ist der Bildnis- und Jugendschutz. Dem bisherigen Ansatz folgend, dass es weniger auf die Beantwortung der Frage ankommt, ob das Medienrecht ein eigenständiger Rechtszweig ist, als vielmehr darauf, die Bereiche der Wirklichkeit, in denen Medien, Medienprozesse und Medienprodukte eine Rolle spielen, unter dem Aspekt ihrer rechtlichen Gestaltungs- und Regelungserfordernisse zu betrachten, sind im Teil 2 des vierten Bandes („Veranstaltungsrecht“) völlig neue Probleme des Sport- und Theaterrechts aufgenommen worden. Der abschließende fünfte Band behandelt in bewährter Weise das IT-Recht und das Medienstrafrecht. Wie der Herausgeber betont, wendet sich die Publikation in erster Linie an Rechtsanwälte, Richter, Staatsanwälte und Juristen in Unternehmen. Sie wird aber auch als Orientierung für Medienpraktiker und deren Interessenvertreter von erheblicher Bedeutung sein und gehört notwendig in jede Fachbibliothek.

Rechtsanwalt Prof. Dr. Jürgen Marten, Berlin ■

Artur-Axel Wandtke
(Hrsg.)

Medienrecht-
Praxishandbuch

2., neu bearbeitete
Auflage

De Gruyter Recht –
Berlin, 2011; geb.,

5 Bände,
Euro 399,-

ISBN 978-3-11-
025344-3

Geld für Online-Texte: Das muss man tun

Immer mehr Zeitungs- und Zeitschriftenverlage beteiligen sich am Meldeverfahren für Texte im Internet (METIS), denn diese Online-Texte können zusätzlich über die VG Wort vergütet werden. Voraussetzung: Sie haben eine Mindestlänge von 1.800 Zeichen und werden 1.500mal oder öfter abgerufen. Dazu werden in jedem Online-Text mit mindestens 1.800 Zeichen „Zählmarken“ im Redaktionssystem eingefügt, über die die Zugriffszahlen für den einzelnen Text erfasst werden.

Das müssen Redakteurinnen und freie Journalisten machen, um an das Geld für ihre Online-Artikel zu kommen:

1. Für die Teilnahme am Online-meldeverfahren ist eine einmalige Registrierung unter <https://tom.vgwort.de> erforderlich. Diese muss am Ende der Registrierung ausgedruckt und das Formular unterschrieben per Post an die VG Wort geschickt werden.

2. Die VG Wort teilt dann eine Karteinummer mit oder man hat ohnehin schon eine, wenn man einen Wahrnehmungsvertrag bei der VG Wort abgeschlossen hat (was ja sinnvoll ist). Diese VG-Wort-Karteinummer muss dem Verlag gemeldet werden.

3. Wenn das METIS-Verfahren beim Verlag läuft, erhält man eine automatische Benachrichtigung der VG-Wort, wenn ein Text öfter als 1.500mal abgerufen wird. Diese Meldungen müssen im persönlichen Bereich des T.O.M.-Portals bestätigt werden.

4. Die Ausschüttung der VG Wort erfolgt dann einmal im Jahr automatisch. Für einen Online-Text, der 2010 mindestens 1.500mal abgerufen wurde, erhält der Autor beispielsweise in diesem Herbst eine Ausschüttung in Höhe von 8,82 Euro. lü ■

Informationsfreiheit: Neue dju-Broschüre

In einer aktualisierten und erweiterten Auflage liegt die zwölfseitige dju-Broschüre „Informationsfreiheit – IFG, Auskunftsrechte und Recherche“ vor. Neu aufgenommen wurden die Erfahrungen nach fünf Jahren Informationsfreiheitsgesetz, relevante Gerichtsurteile sowie Links zu den verschiedenen gesetzlichen Regelungen. Gedruckt gibt es die Info-schrift in den dju-Geschäftsstellen, im Download als pdf-Datei – wie die anderen Hefte der Reihe „journalismus konkret“ – unter: <http://dju.verdi.de/service/publikationen/konkret> ■

Abschreiben verboten

OLG Karlsruhe bestätigt Urheberrecht von Nachrichtenagenturmeldungen

Mit seiner Entscheidung vom 18. August 2011 erteilte das Oberlandesgericht Karlsruhe dem Betreiber eines werbefinanzierten Online-Nachrichtenportals eine klare Absage für das Abschreiben von Nachrichten. Das Urteil galt zugleich all Denjenigen, die die Auffassung vertreten, dass journalistische Nachrichtentexte als All-gemeingut zur kommerziellen Auswertung in die eigene Website eingebunden werden dürfen. Gegen diese Form der Übernahme geht die Nachrichtenagentur AFP seit einiger Zeit gerichtlich vor. Mit Erfolg, wie das Urteil aus Karlsruhe zeigt.

Anders hatte dies noch die Vorinstanz bewertet: Im Ergebnis versagte das Landgericht Mannheim den streitgegenständlichen Texten den urheberrechtlichen Schutz, da diese auf Grund ihres Tatsachengehalts nur in Ausnahmefällen als persönliche geistige Schöpfung des Autors anzuerkennen seien.

Damit ging das Landgericht Mannheim jedoch von einem zu eng gefassten urheberrechtlichen Werkbegriff aus. Denn es sei in Rechtsprechung und Literatur, so betonte das Oberlandesgericht Karlsruhe, zu Recht anerkannt, dass auch Nachrichtentexte, die in Presse und sonstigen Medien verbreitet werden, in der Regel urheberrechtlich schutzfähig sind. Die vielfältigen Möglichkeiten, ein Thema darzustellen, führten nahezu unvermeidlich zur individuellen Prägung eines Artikels.

Dies gelte zudem nicht nur für solche Artikel, in die die eigene Meinung des Autors einfließt, sondern auch für die reine Berichterstattung. Auch dort sei die Darstellung regelmäßig durch individuelle Gedankenformung und -führung des Verfassers geprägt. Vor allem aber, führte das Gericht weiter aus, ergebe sich eine individuelle Prägung typischerweise aus der Auswahl der berichteten Tatsachen, aus der Entscheidung über eine Detaillierung, mit der der Sachverhalt berichtet werde und aus der Einordnung des Berichtsgegenstands in einen größeren Kontext. Diesen Maßstab zu Grunde gelegt genießen diejenigen Artikel, über die das Oberlandesgericht Karlsruhe zu entscheiden hatte, den Schutz des Urheberrechtsgesetzes. Art und Weise der Tatsachenaufbereitung, die Einbindung von Hintergrundinformationen, aber auch die individuelle sprachliche Gestaltung, ließen nach Ansicht der Richter deutlich die persönliche Handschrift der Autoren



Foto: Oleg Golovnev / Fotolia.com

erkennen.

Damit bestätigte der Senat vollständig die Auffassung von AFP.

Auch könne sich der Beklagte nicht auf die Ausnahmeregelung des § 49 Abs. 2 UrhG berufen, nachdem die Nutzung bestimmter Presseerzeugnisse unbeschränkt zulässig ist. Die in dieser Norm statuierte Ausnahme vom Urheberschutz gelte nämlich, wie dem genauen Wortlaut zu entnehmen sei, nur für „vermischte Nachrichten tatsächlichen Inhalts“ sowie für „Tagesneuigkeiten“.

■ Ähnliches Urteil in München

Da die dem Rechtsstreit zugrunde gelegten Texte durchweg Hintergrundinformationen enthielten, die dem Leser ermöglichen sollen, die eigentliche Nachricht [Information] in einen Kontext einzuordnen und damit zu verstehen, komme die eng auszulegende Ausnahmeregelung nach Auffassung der Richter nicht zum Tragen. Damit widersprach das Gericht der Ansicht des Beklagten. Dieser vertrat die Auffassung, dass Nachrichtenagenturmeldungen – hier von AFP – auf Grund ihres Tatsachengehalts stets auch rechtlich als „Nachrichten tatsächlichen Inhalts“ zu bewerten seien. Zu diesem Punkt hatten die Richter bereits in der mündlichen Verhandlung ausgeführt, dass eine solche Auslegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Auswirkungen auf das gesamte Pressewesen und der damit einhergehenden Konsequenzen und Gefahren auch für die Pressefreiheit nicht in Betracht komme.

Nunmehr hat auch das Landgericht München I mit Urteil vom 19. Oktober 2011 in einem ähnlich gelagerten Fall festgestellt, dass es sich bei den dort maßgeblichen AFP-Texten um urheberrechtlich geschützte Sprachwerke i.S.d. § 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG handelt.

*Rechtsanwälte Nico Arfmann und
Jörg Dombrowski, LL.M.
(Nümann + Lang Rechtsanwälte, Karlsruhe),
Prozessbevollmächtigte von AFP ■*

Tarifsteigerungen beim HR, BR und RBB

Deutsche Welle lehnt Sockelbetrag für alle ab

Im Hessischen Rundfunk (HR) wurde am 11. Oktober ein Tarifabschluss erzielt. Danach steigen die Gehälter ab 1. Januar nächsten Jahres um 2% sowie um weitere 2,3% ab 1. Januar 2013. Der Familienzuschlag erhöht sich auf 117 Euro. Die ebenfalls ausgehandelte Einmalzahlung (350 Euro) wird gesplittet: 150 Euro gibt es mit dem Dezembergehalt, die restlichen 200 Euro werden aufgeteilt auf ein noch abzuschließendes Zeitwertkonto für alle, die unter den Versorgungstarifvertrag (VTV) fallen. Den Freien wurde ein wertgleiches Volumen zugesagt. Die 24-monatige Gesamtlaufzeit des Vertrages endet am 30. September 2013.

Aufreger am Rande: HR-Intendant Helmut Reitze hatte seine Zustimmung zum ausgehandelten Tarifvertrag zunächst verweigert und eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 bis 42 Stunden gefordert. Noch während ver.di im HR die Weichen auf Streik stellte, lenkte der Intendant schließlich ein.

Auch im Bayerischen Rundfunk (BR) einigten sich die Tarifparteien. Vorbehaltlich eines Abschlusses auch für die Gagempfeänger erhalten die Festangestellten eine lineare Erhöhung rückwirkend zum 1. April 2011 in Höhe von 1,9%. Der 1. Februar 2012 bringt eine Sockelerhöhung von 30 € und weitere 1,6%.

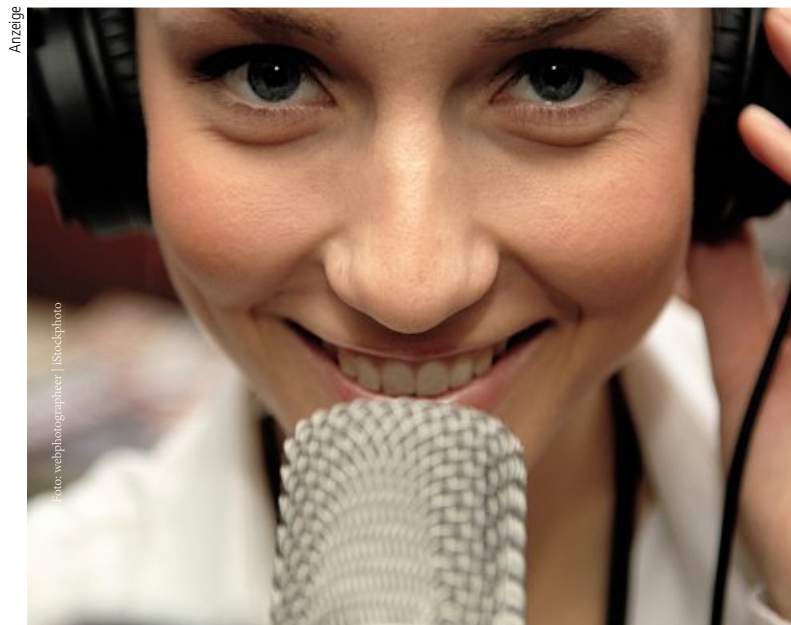
Sollte es nicht zum Abschluss eines Gagentarifvertrages bis Ende 2012 kommen, werden die Gehälter zusätzlich rückwirkend zum 1. Februar 2012 um weitere 0,2% erhöht. Die Gagen wird der BR einseitig entsprechend der Erhöhung der Gehälter anheben.

Bei den Freien wurde eine bloße Einmalzahlung zugestanden – allerdings nur, weil der BR sich bereit erklärt hat, in Tarifverhandlungen über ein Honorarraster einzutreten. Die Höhe der Einmalzahlung ist allerdings noch umstritten – die Verhandlung darüber vertagt auf den 16. November.

Auch der RBB hat am 3. November einen neuen Gehalts- und Honorartarifvertrag abgeschlossen. Vereinbart wurde für die Festangestellten eine rückwirkende Erhöhung der Gehälter zum 1. Oktober 2011 um 2,2%, am 1. Oktober 2012 steigen sie um weitere 2,1%. Der Familienzuschlag und die Vergütung der Auszubildenden steigen entsprechend. Dazu kommt eine soziale Komponente in den Vergütungsgruppen E bis L und für die Auszubildenden in Form einer Einmalzahlung von jeweils 130 Euro zum 1. Oktober 2011 und zum 1. Oktober 2012 – unabhängig von der vereinbarten Arbeitszeit. Bei den Freien werden die typischerweise gezahlten Honorare rückwirkend zum 1. Oktober 2011 um 2,2% und zum 1. Oktober 2012 um 2,1% erhöht. Die Kappungsgrenze und die Grenzen für die soziale Schutzbedürftigkeit werden entsprechend angepasst. Durch eine Protokollnotiz soll sichergestellt werden, dass die Honorarerhöhung keine Auftragskürzungen für die Freien nach sich zieht.

Bei der Deutschen Welle (DW) fand der erste Verhandlungstag um Gehalt und Honorar ein unbefriedigendes Ende: Das Angebot der Geschäftsleitung liegt noch weit unter den bisherigen Abschlüssen der anderen Rundfunkanstalten. Außerdem lehnt die DW eine soziale Komponente etwa in Form eines Sockelbetrages ab.

Radio Bremen will nicht über ein realistisches Gehaltsangebot auf ARD-Niveau sprechen. In einer „aktiven Mittagspause“ forderten die Beschäftigten die Geschäftsleitung nun zur Rückkehr an den Verhandlungstisch auf. *wen* ■



Anzeige

foto: wehphotographer | Stockphoto

Job: Freien Status genießen.

Ruhestand:
Sicherheit genießen.

Die Altersversorgung für Freie.

Kommen Sie in den Genuss:
www.pk-rundfunk.de/3mmm1111

Verhandlungen für Filmschaffende noch ohne Ergebnis

Die Tarifverhandlung für Film- und Fernseherschaffende ist am 25. Oktober in die zweite Runde gegangen. Auf die Tarifforderungen von ver.di, nach denen die Wochengagen um einen Sockelbetrag von 50 Euro und 3,5 % für auf Produktionsdauer beschäftigte Filmschaffende möglichst bald steigen sollen, gab es keine befriedigenden Angebote seitens der Produzentenallianz.

Die Produzenten beharren darauf, dass eine erste Tarifierhöhung frühestens ab Juli 2012 wirksam werden dürfe. Auch nach dem Entgegenkommen von ver.di, über eine Gesamtlaufzeit von 24 Monaten für den Gagen- und Manteltarifvertrag zu verhandeln, wenn bereits ab Beginn des Jahres 2013 in sogenannten Tarifpflege-Gesprächen über nötige Änderungen am Tarifwerk gesprochen werden wird, hat die Arbeitgeber-Seite kein Angebot zu einer Gesamterhöhung der Gagen über diese Laufzeit genannt. Daraufhin wurde unterbrochen und als dritter Verhandlungstermin der 21. November festgehalten.

„Noch lässt sich nicht bewerten, ob die Produzenten zu einer für die Filmschaffenden befriedigenden Tarifierhöhung bereit sind. Mit unseren Tarifforderungen schauen wir auf die Bedürfnisse der Filmschaffenden, die als absolute Spezialisten, kurzfristig und hochflexibel eingesetzt werden. Die Kolleginnen und Kollegen am Filmset und in der Postproduktion stehen aber immer auch mit einem Bein in der Prekarität und damit vor der Überlegung, der Filmbranche den Rücken kehren zu müssen. Wir können bisher nicht erkennen, ob die Produzenten das verstanden haben“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Im Anschluss an die Verhandlung hat der ver.di-Tarifausschuss für Filmschaffende die Situation beraten. Kritisiert wurde dabei, dass sich die Produzenten noch nicht einmal zu einem ersten bezifferten Angebot bereit zeigen. Von der Produzentenallianz wird eine intensivere Bemühung um einen zügigen Gagenabschluss erwartet. Gleichzeitig bereitet sich der Tarifausschuss nun aber auch auf eine umfangreichere und damit wohl längere Tarifrunde vor. In der müsste dann auch über weitere materielle Verbesserungen in den allgemeinen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen verhandelt werden. **PM ■**

Weniger verlässlich

GVL ändert Ausschüttungssystem für Nutzung von Künstlerwerken

Seit 2010 hat die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten GVL, deren Gründer und Träger die Deutsche Orchestervereinigung e.V. (DOV) und der Bundesverband Musikindustrie e.V. sind, von der anteiligen auf eine nutzungsbezogene Ausschüttung umgestellt – und es ist nichts mehr so, wie es war.

Früher war es ganz einfach: Ein Musiker spielte einen Song ein, erbrachte einen Nachweis über sein Mitwirken und die Höhe des dafür erhaltenen Honorars und legte diesen bei der GVL vor. Die GVL überwies daraufhin am Ende eines darauffolgenden Jahres eine anteilige Ausschüttung, und zwar unabhängig davon, wie oft das Werk z.B. im Radio, im TV oder in Diskotheken lief. Einige festangestellte Orchestermusiker beispielsweise konnten die jährlichen erwarteten Zahlungen durch die GVL im Voraus abschätzen, wenn auch nur ungefähr, was dennoch für diese Musiker zu einer verlässlichen Einnahmequelle führte. Nun gibt es bei der GVL, die auch die Zweitnutzungsrechte von Tänzern, Schauspielern und sonstigen Werkinterpreten vertritt, die nutzungsbezogene Ausschüttung.

■ Weltweit nicht mehr kompatibel

„Bei den Musikern wirkt sich die Umstellung des Verteilungssystems besonders hart aus. Viele von ihnen werden Ende des Jahres nahezu völlig ohne finanzielle Beteiligung an ihren Werken dastehen“, sagt Wille Bartz, Geschäftsführer von connexx.av und Vorsitzender des Verteilungsausschusses der GVL, der den drohenden Veränderungen machtlos gegenüberstand. Sie wurden jedoch notwendig, da das System der GVL international einzigartig und daher weltweit nicht mehr kompatibel war. In den meisten Ländern richtet sich die Höhe der Ausschüttung eben nicht nach dem einmaligen Honorar für die Einspielung, sondern nach der jährlichen Nutzung. Die Abrechnung der Zweitnutzungsrechte musste angeglichen werden, da ausländische Verwertungsgesellschaften bei der europäischen Kommission bereits Beschwerde eingelegt hatten. Die amerikanische Musikindustrie, der auffiel, dass ihren Künstlern hier permanent Gelder entgingen, war bereits kurz davor zu klagen.

„Eine Honorierung ausschließlich nach Nutzungsentgelt führt aber zu solch absurden Situationen, dass quasi nur noch die Top 40 der Hitparaden, die sich in der

Heavy Rotation befinden, an den Zweitverwertungsrechten verdienen werden“, sagt Bartz. „Diejenigen, deren Werke im Vergleich viel seltener zur Aufführung kommen, werden nur geringfügig partizipieren. Vor allem für Musiker, die längerfristig mit dem Geld geplant haben, ist das ein finanzieller Einschnitt.“

Um diese Einbußen halbwegs aufzufangen, wurde in der Beiratssitzung der GVL vom 1. November eine neue Verteilungsstruktur festgelegt. Die Absicht der GVL ist, der kulturellen Vielfalt durch einen sog. Kulturfaktor und durch eine Vielzahl von zusätzlichen Maßnahmen, die jährlich nachjustiert und neu bestimmt werden können, gerecht zu werden. Unter anderem wird eine dreistufige wertende Gewichtung der Referenzsender (Hörfunk) eingeführt. Dies bedeutet, dass zum Beispiel Radiosender, die überwiegend klassische Musik und/oder Jazz usw. senden, also sogenannte Kultursender, mit dem Faktor 6 belegt werden. Sender, die mindestens 10.000 Titel im Jahr spielen oder nicht mehr als eine Wiederholung eines Titel pro Jahr senden, werden mit dem Faktor 3 belegt. In der Konsequenz bedeutet dies, dass in einem normalen Mainstream-Sender eine reale Sendeminute Klassik mit sechs multipliziert wird.

Ein Ausgleich für entgangene Zahlungen nach dem bisherigen System entsteht aber auch dadurch, dass Leistungsberechtigte nicht mehr nur einmalige Zahlungen erhalten, sondern jährlich für jede Ausstrahlung ihres Werkes auch im Ausland honoriert werden. Diejenigen Künstler, deren Werke vor 2010 entstanden sind und die schon Zahlungen nach dem alten System bekommen haben, werden nun auch nach dem neuen System ausbezahlt.

Schauspieler können von der Umstellung ebenfalls profitieren. Entscheidend für das neue System ist nämlich die Anzahl der Drehtage, die der jeweilige Schauspieler für die Produktion vor der Kamera stand. Nach dieser Anzahl wird ein Schlüssel errechnet, der die Höhe der Ausschüttung bestimmt und der bei Ausstrahlung eines Filmes zur Anwendung kommt – auch wenn der Film im Ausland läuft. Außerdem muss ein Schauspieler selbst keinen schriftlichen Nachweis mehr über seine Beteiligung erbringen. Sobald er sich nämlich auf www.artsys.gvl.de registriert hat, findet das System seinen Namen in Produktionen, die bis 1998 zurückgehen. **Christoph Brandl ■**



Foto: DOK Leipzig 2011 / Bertram Bölkow

Gespür für guten Dokfilm-Stoff

Neuer Besucherrekord beim Internationalen DOK-Festival in Leipzig

Die Bilanz des 54. Internationalen Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm (DOK) kann sich sehen lassen: 37.000 Besucher strömten vom 17. bis 23. Oktober in die Festivalkinos – das ist ein erneuter Rekord bei den seit sieben Jahren kontinuierlich ansteigenden Zuschauerzahlen. Hohe Programmqualität, produktive Branchenangebote, innovative Veranstaltungsformate, die erfolgreiche Einführung einer Training-Plattform und über 1.400 akkreditierte Fachbesucher machten die 54. Auflage zum bisher erfolgreichsten Jahrgang des ältesten Dokumentarfilm-Festivals der Welt.

Am Puls der Zeit, politisch und kritisch zu sein, ist der Anspruch des Festivals. Dies spiegelt sich in allen Programmen wider. So wurden z.B. im Rahmen des Arabischen Fokus im Internationalen Programm gerade fertig gestellte Filme aus Ägypten und Tunesien gezeigt. Im Internationalen Wettbewerb wurden u.a. die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in China, der Krieg in Gaza oder der Alltag in einem Abschiebegefängnis in Genf thematisiert. Hochbrisant auch der deutsche Wettbewerbsbeitrag „Work hard – play hard“, der später u.a. mit dem „Healthy Workplaces Award“ ausgezeichnet wurde: Carmen Lossmann zeigt in eskalart arrangierten Kameraeinstellungen, wie alles Menschliche aus heutigen Arbeitswelten verbannt und das Leistungsvermögen der „Human Resources“ per Architektur, Management und Manipulation „optimiert“ wird, wie aus „Talent-einschätzungen“ und persönlichsten Infor-

mationen „Beschäftigtenprofile“ in den Computern von Firmen entstehen und gespeichert werden. Ein entlarvender, wichtiger Film, der sicher in den nächsten Monaten in deutschen Kinos zu sehen sein wird.

■ ver.di-Preisträger doppelt gekrönt

Dennoch war sich die ver.di-Jury bei der Wahl ihres Preisträgerfilms aus den 12 Beiträgen des Internationalen Wettbewerbs in diesem Jahr schnell einig: Der Debütfilm der mexikanisch-salvadorianischen Regisseurin Tatiana Huezo „El lugar más pequeño/the tiniest place“ („Der winzigste Ort“) war für sie der eindrücklichste. Der Film porträtiert Einwohner von Cinquera in El Salvador. Das kleine Dorf war während des Bürgerkrieges von 1979 bis 1992 dem Erdboden gleich gemacht worden, weil es als Guerilla-Hochburg im Kampf gegen das Militärregime galt. Der Film zeigt, wie die zurückgekehrten Überlebenden versuchen, aus dem Nichts ein neues Leben aufzubauen. Parallel zu atemberaubenden Kamerabildern, die vor allem die idyllische Natur und den Alltag der Dorfbewohner zeigen, läuft eine separate Tonspur mit Interviews, in denen die Protagonisten sich an die schrecklichen Ereignisse erinnern. Eine Technik, die im ersten Drittel des Films für Irritation sorgt, um dann den Zuschauer umso stärker zu treffen. Die kurze Begründung der Jury bei der Verleihung des mit 2.500 Euro dotierten ver.di-Preises: „Dieser Film entwickelt sich behutsam, aber mit emotionaler Wucht.

Er entfaltet sich zu einem leisen Requiem, in dem sich die Helden des Filmes mit Trauer, aber ohne jede Aggression, erinnern – und leidenschaftliche Freude am Leben ausstrahlen. Unbeschreibliches wird durch kluges Verweben von Bild und Ton erfahrbar gemacht.“

Der Beweis für das untrügliche Gespür der ver.di-Jury für guten DOK-Stoff: Tatiana Huezos Film wurde auch mit dem Hauptpreis der DOK Leipzig, der Goldenen Taube, ausgezeichnet.

Die 55. Ausgabe von DOK Leipzig findet vom 29. Oktober bis 4. November 2012 statt. Der Länderschwerpunkt wird sich mit Filmen aus Lateinamerika beschäftigen; in der Retrospektive sollen 23 Dokumentar- und 13 Animationsfilme des deutsch-russischen Filmstudios „Meschrabpom“, die zwischen 1922 und 1936 entstanden sind, präsentiert werden. *Bela* ■

AG Animationsfilm gegründet

Im Rahmen der DOK Leipzig gründete sich am 20. Oktober die Arbeitsgemeinschaft Animationsfilm. Mit der Gründung der AG reagiert die Branche auf die sich immer schwieriger gestaltenden Produktionsbedingungen für Animationsfilme. Obwohl in Deutschland exzellente Animationsfilmprofis ausgebildet werden und Jahr für Jahr hochklassige Filme entstehen, finden diese oft preisgekrönten Werke selten den Weg ins Fernsehen und in die Kinos. Die deutschen Fernsehsender haben sich aus der Finanzierung und Koproduktion des beim Publikum beliebten Genres weitgehend zurückgezogen und kaufen ausländische Serien an. „Jetzt hat die Animationsfilmbranche endlich eine Stimme und kann sich in der filmpolitischen Diskussion Gehör verschaffen“, so Annegret Richter, Gründungsmitglied und Leiterin des Animationsfilmprogramms von DOK Leipzig. „Unser Ziel ist, Strukturen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu verändern, auf die Förderpolitik einzuwirken und die öffentliche Wahrnehmung des Animationsfilms zu verbessern.“ *Bela* ■

Die wichtigsten Preisträger

Goldene Taube der Internationalen Jury: „El lugar más pequeño“ (The Tiniest Place) von Tatiana Huezo (Mexiko); Silberne Taube der Internationalen Jury: „Argentynska lekcja“ (Argentinean Lesson) von Wojciech Staron (Polen); Goldene Taube der Deutschen Jury: „Louisa“ von Katharina Pethke (Deutschland); Talent-Taube der Internationalen Jury: „Hatzalmania“ (Life in Stills) von Tamar Tal (Israel); Goldene Taube der Internationalen Jury für Animationsfilm: „The Making of Longbird“ von Will Anderson (Großbritannien); Silberne Taube der Internationalen Jury für Animationsfilm: „Blue Red“ von Daniela Krajcová (Slowakei); Preis Leipziger Ring der Stiftung Friedliche Revolution: „Fragments of a Revolution“ von anonymus (Frankreich); Healthy Workplaces Film Award: „Work Hard – Play Hard“ von Carmen Lossmann (Deutschland); Stipendium der DEFA-Stiftung: „Generation Kunduz – Der Krieg der Anderen“ von Martin Gerner (Deutschland); Filmpreis des MDR für den besten osteuropäischen Film: „Ja zabudu etot den“ (I Will Forget This Day) von Alina Rudnickaja (Russische Föderation).



Die Euphorie ist vorbei

Der lange Weg zu unabhängigen Medien in den Balkanländern

Zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall Jugoslawiens stehen nicht nur Journalisten-Gewerkschaften in den kleinen Balkan-Republiken vor wachsenden Problemen. „Die Situation der Medien ist grauenhaft“, waren sich die Teilnehmer des „Regional Trade Union Round-Table“ einig, den die Europäische Journalisten-Föderation (EJF) im Oktober in Skopje durchführte. JournalistInnen und GewerkschafterInnen aus Serbien, Kroatien, Bulgarien und Mazedonien sowie deutsche Vertreter der dju und des DJV diskutierten in der Hauptstadt Mazedoniens, der ehemaligen jugoslawischen Republik, die brennenden Probleme in ihren Ländern.

Die Euphorie der frühen Jahre ist vorbei. West-Verleger haben den Traum vom blühenden Wachstumsmarkt in Südosteuropa nicht erst seit der Weltwirtschaftskrise begraben, auch Journalisten in den jungen Demokratien der ehemaligen Republik Jugoslawien lernen mühsam, dass mit dem Wegfall staatlicher Lenkung und Zensur nicht automatisch eine demokratische Medienlandschaft und seriöser, glaubwürdiger Journalismus da sind.

Todesdrohungen und Erpressungsversuche, zerstörte Autos, demolierte Redaktionen, die ständige Furcht vor dem Rauswurf: So kann journalistischer Alltag auf

dem Balkan aussehen. Freiheit der Presse? Schutz vor Willkür und politischem Druck? Ein Rechtsanspruch auf Information? Das Recht, auch Politiker oder Spitzenmanager öffentlich zu kritisieren? Die presserechtliche Verantwortung der Chefredaktion? Von Standards wie diesen können Redakteure dort nur träumen. So wie von Tarifverträgen, funktionierenden Betriebsräten, Arbeitsschutzgesetzen oder Arbeitsrichtern, die im Ernstfall auch mächtige Oligarchen zur Ordnung rufen.

Doch auch die Medienkonzerne aus dem Westen kämpfen mit wachsenden Problemen. Seit 2008 sind die Werbemärkte in den Balkanstaaten eingebrochen. Intransparente, teils mafiöse Strukturen in einer wild wuchernden, politisch oft undurchsichtigen Medienbranche bereiten selbst den Großen massive Probleme. „Südosteuropa ist für uns kein Zukunftsmarkt“, hatte WAZ-Geschäftsführer Bodo Hombach im August 2010 erklärt. 2009 war der Konzern aus dem Ruhrgebiet in Südosteuropa noch an 37 Tages- und Wochenzeitungen und 59 Zeitschriften beteiligt. Bis Mitte 2011 hatte sich die WAZ-Gruppe aus Bulgarien und Rumänien verabschiedet, der Rückzug aus Serbien, Kroatien und Mazedonien ist beschlossene Sache. Die Verhandlungen laufen.

Der Exodus der großen „Wessis“ bedeutet für Mini-Staaten wie Mazedonien – mit zwei Millionen Einwohnern, 380 Euro Durchschnittseinkommen und 25 Prozent Arbeitslosigkeit – mehr als den Verlust wirtschaftlich potenter Investoren. Bei allen Problemen der Balkan-Gewerkschaften mit den West-Konzernen – sie hatten auch „ihr Gutes“, sagt ein Gewerkschafter aus Bulgarien. „Die WAZ ist weg nach 15 Jahren, jetzt fehlt uns das Gegenüber für Verhandlungen.“ Alle Beratungen der letzten Jahre über Tarifregelungen, Presserecht oder Kündigungsschutz sind verloren. „Wir wissen nicht, wer die neuen Eigner sind.“

Wie können die Gewerkschaften der Balkan-Länder – oftmals klein und zersplittert – auf diese neue Situation reagieren? EJF-Präsident Arne König sucht vor Ort weiter den Dialog mit den West-Managern, solange es sie gibt, versucht im Konfliktfall zu vermitteln und wirbt darum, gemeinsam neue Regeln für den Journalismus oder für den Schutz der Arbeitnehmer zu entwickeln. Und er versucht, Politiker der Regierungsparteien zu gewinnen für eine Debatte über Mediengesetze, Presserecht und Markt-Transparenz. Zugleich müssen sich auch die Gewerkschaften neu sortieren, auch über die Grenzen hinweg. Denn die Journalisten und ihre Gewerkschaften, so König, müssten professionelle Standards setzen für den Journalismus der Zukunft. Die öffentliche Debatte um den Wert einer unabhängigen Presse für die Demokratie beginnt gerade.

Sigrid Krause ■

Aktion für Eskinder Nega, Äthiopien

AMNESTY
INTERNATIONAL



amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228/98 37 30
www.amnesty.de



ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-
Ufer 10
10179 Berlin
karin.wenk@
verdi.de

Journalist angeblich Terrorist

Jetzt soll Eskinder Nega plötzlich ein Terrorist sein. Das entschieden die äthiopischen Behörden und ließen den regierungskritischen Journalisten festnehmen. Es war der 14. September: An diesem Tag ergriffen die Sicherheitskräfte des ostafrikanischen Landes in der Hauptstadt Addis Abeba neben dem Journalisten auch gleich mehrere Oppositionspolitiker. Ihnen allen wird offenbar vorgeworfen, sich an Aktivitäten der verbotenen Partei „Ginbot 7“ beteiligt zu haben.

Eskinder Nega wurde in das Gefängnis von Maikelawi gebracht. Bei einer Anhörung vor Gericht durften weder Angehörige noch Medienvertreter anwesend sein. Für Amnesty International ist

das ein Hinweis darauf, dass Nega in der Haft gefoltert worden sein könnte. Auch in den Wochen seitdem hatte der Journalist weder Kontakt zu seiner Familie noch Zugang zu einem Rechtsbeistand.

Seit März sind in Äthiopien mindestens 100 Regierungskritiker sowie sechs Journalisten inhaftiert worden. Die Festnahmen folgen alle dem gleichen Muster: Wer die Regierung kritisiert, muss mit dem Gefängnis rechnen. Es gibt bisher keine Hinweise darauf, dass die Festgenommenen, darunter Eskinder Nega, anderes gemacht haben als friedlich ihre Meinung zu äußern.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den äthiopischen Ministerpräsidenten und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Journalisten Eskinder Nega, sofern dieser nicht einer erkennbaren Straftat beschuldigt werden sollte.

Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf deutsch an:

Meles Zenawi
Prime Minister
PO Box 1031
Addis Abeba – ÄTHIOPIEN
Fax: 00 251 / 11 552 030

Senden Sie eine Kopie an:

BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN
BUNDESREPUBLIK ÄTHIOPIEN
S.E. Herrn Kassahun Ayele Tesemma
Boothstraße 20 a – 12207 Berlin
Fax: (030) 772 06 24
E-Mail: Emb.ethiopia@t-online.de



Shlomi Eldar im Interview mit Yassir Arafat, vier Monate vor dessen Tod.



Im Gefängnis von Gaza mit einem der ehemaligen Hamasführer Ibrahim Makdama.



Eldar berichtet über die Beerdigung eines Aktivisten des Jihad 2004 im Gazastreifen.

Der Blick hinter die Mauer

Der israelische Reporter Shlomi Eldar zeigt die Menschen auf der palästinensischen Seite

Israelische Journalisten sind immer selbst betroffen. Zumindest wenn es um den Konflikt mit den Palästinensern geht. Das weiß Shlomi Eldar schon lange. Seit Anfang der 1990er Jahre berichtet er schwerpunktmäßig über die Menschen im Gazastreifen und der Westbank.

So involviert in die Geschichte seines Landes wie im Januar 2009 war er aber wohl nie zuvor. An diesem Tag, dem 21. der sogenannten „Operation Gegossenes Blei“ gegen die Hamas im Gaza-Streifen, war ein Interview mit Dr. Ezzeldeen Abu al-Aish vorgesehen. Der Arzt, der in Israel praktizierte und forschte, wurde seit Beginn des Krieges schon aufgrund seines fließenden Hebräisch immer wieder interviewt. Kurz vor dem vereinbarten Termin rief er nun aber verzweifelt auf dem Handy von Shlomi Eldar an. Dieser war live auf Sendung im privaten TV-Kanal 10. „Meine Töchter, oh Allah, oh Allah ... Ich wollte sie retten, sie retten, aber sie sind tot ... In den Kopf geschossen ... Was haben wir ihnen getan?“, rief Abu al-Aish ins Telefon. Ein sichtlich geschockter Eldar hielt das Handy an sein Mikrofon. Der Angriff auf das Haus eines Zivilisten in Gaza, drei von acht Kindern des langjährigen Bekannten tot und die anderen verwundet, das erschütterte den erfahrenen Reporter zutiefst. Und sein Bild erschütterte das Land.

„Ich habe viele Bilder gezeigt“, erzählt der Journalist in der Rückschau. „Viele Opfer, Verwundete, getötete Männer, Frauen und Kinder. Ich hatte das Gefühl, dass die Israelis das nicht interessierte. Sie waren davon nicht berührt.“ Aber die Stimme von Abu al-Aish, das war die Stimme der Verzweiflung, die Stimme des Krieges. Das hatte offenbar eine andere Wirkung. „Wenige Stunden später hat Israel den Waffenstillstand verkündet“, sagt Eldar.

Allein dieses Ereignis zeigt, wie sehr sich ein israelischer Reporter mitten im Konflikt befindet, selbst wenn er nicht am Ort des Geschehens sein kann. Shlomi Eldar war, bis 2006 die israelische Regierung den Gazastreifen abriegelte, lange Jahre immer wieder vor Ort. Fast täglich versuchte er, seinen Landsleuten das Leben der einfachen Menschen auf der anderen

Seite zu zeigen. Sein in diesem Jahr auch auf Deutsch erschienenes Buch („Gaza. Bis zum bitteren Ende“, Melzer Verlag) zeugt von seiner Arbeit und auch seiner Zerrissenheit. Denn für Eldar ist es klar, dass der Beschuss Israels mit Kassam-Raketen gestoppt werden muss. Kein Land könne das akzeptieren. Aber die Reaktion seiner Regierung hält er nicht für angemessen.

■ Schwer zu überwindender Hass

Dass die Berichterstattung ihn selbst auch immer wieder in schwere Gewissensnöte bringt, zeigte ihm zuletzt die Freilassung des lange Jahre gefangenen Soldaten Gilad Shalit und die im Gegenzug freigelassenen palästinensischen Gefangenen. Sein Sender zeigte die Feiern auf beiden Seiten in einem Split-Screen. Nach Gaza allerdings kehrten auch einige Terroristen zurück, die teilweise mehr als 50 israelische Zivilisten umgebracht hatten und offenbar keine Reue zeigen. Wenn auch Eldar selbst einige Freunde in Gaza hat, die früher als Terroristen einsaßen, dem Terror aber abgeschworen haben und heute wichtige Positionen in der zivilen Verwaltung einnehmen, solch eine Haltung könne er nicht akzeptieren, erklärt er. Der Hass auf beiden Seiten, gegen den er arbeitet, ist schwer zu überwinden.

Beispielhafte Handlungen hingegen helfen. Wie die des Vaters eines von Palästinensern getöteten israelischen Soldaten. Dieser hörte von einem kleinen Baby aus dem Gazastreifen, das ohne Immunsystem geboren wurde und bezahlte die teure Operation in einem israelischen Krankenhaus. Als der Journalist Eldar davon hörte, wusste er gleich um das Potenzial dieser Geschichte. Es war so groß, dass der Dokumentarfilm über die Rettung des kleinen Jungen, „Precious Life“, auf der Vorschlagsliste für den diesjährigen Oscar stand. Dass er am Ende nicht zu den fünf nominierten Filmen gehörte, ändert nichts an der Tatsache, dass er bereits einiges bewegt hat. So bei einem einfachen Israeli aus Ashkelon. Auch diese Stadt an der Mittelmeerküste wird von Raketen bedroht. „Ich habe von diesem Mann einen Brief bekommen“, berichtet Eldar. Dieser Mann wollte alle Menschen im Gazastreifen töten. „Als ich den Film gesehen habe, habe ich mich geschämt“, schrieb er danach an Eldar. Und weiter: „Ich habe das erste Mal wahrgenommen, dass in Gaza Menschen wie Du und ich leben.“ Diese Aussage sei der Kern des Films und seiner ganzen Arbeit, sagt Eldar. „Ich will die andere Seite der Mauer zeigen.“ Der Film „Precious Life“, der bereits auf vielen Festivals auch in Deutschland gelaufen ist, soll nach Angaben des hiesigen Vertriebs im Fernsehen gezeigt werden. Man arbeite daran, heißt es von Telepool in München.

Shlomi Eldar selbst kann nicht allen persönlich helfen wie Abu al-Aish. Die Livesendung verließ der erschütterte Journalist im Januar 2009 mit der Bemerkung, dieses Telefonat nicht beenden zu können. Hinter den Kulissen regelte er mit dem israelischen Militär, dass der Palästinenser seine verwundeten Kinder zu einem Krankenwagen bringen konnte. Über den Grenzübergang Erez kamen diese in ein israelisches Krankenhaus. Auch dies eine beispielhafte Handlung, die auch knapp drei Jahre nach dem Ereignis die Grausamkeit des Krieges und die Notwendigkeit des Friedens drängend vor Augen führt. Shlomi Eldars Arbeit macht dies den Israelis jeden Tag greifbar. Helge Buttkereit ■



Die Stimme der anderen

Honduras: Kommunale Radios als Gegengewicht zu Regierungsmedien



Foto: Knut Henkel

Seit dem Militärputsch vom Sommer 2009 geht ein tiefer Riss durch die Medienlandschaft von Honduras. Die großen Blätter und Sender stehen auf der Seite der Regierung. Das einzige Gegengewicht bilden die kommunalen Radios wie „Radio Uno“. Der kleine Sender aus San Pedro Sula ist eine Stimme des Widerstands und kann immerhin von fast zwei Millionen Honduranern gehört werden. Redaktionsleiter

Eduardo Coto Barnica (Foto, 61 Jahre) gehört zu den auch international bekannten Journalisten des Landes. Wie andere auch wurde er in den letzten zwei Jahren mehrfach verhaftet, wiederholt verfolgt und konnte mehrfach fliehen.

M | Wie beurteilen Sie die Mediensituation in Honduras. Gibt es eine objektive Berichterstattung?

EDUARDO COTO BARNICA | Nein, die gibt es nicht und die freie Meinungsäußerung wird systematisch behindert. Es gibt Redakteure, die sehr gut für ihre Berichterstattung bezahlt werden. Da wurden und werden Meinungen gekauft. Das mag unglaublich klingen, aber es ist die Wahrheit. Journalisten, die ihre Berichterstattung nicht den Wünschen der großen Medienkonzerne anpassen, finden sich schnell außerhalb des Mediensystems von Honduras wieder.

M | Wann haben Sie begonnen zu realisieren, dass es in den großen Redaktionen nicht mehr allein um eine objektive Berichterstattung geht?

BARNICA | Das war ein schleichender Prozess. Ich bin der Meinung, dass die Qualität der Berichterstattung bereits seit zwanzig Jahren rückläufig ist. Im Juni 2008 war allerdings eine stärkere Einflussnahme der Eigentümer auf die Berichterstattung feststellbar und wenige Tage vor dem Putsch wurden zahlreiche Redakteure in den Medien des Landes aussortiert.

M | Wo haben Sie damals gearbeitet?

BARNICA | Ich war Pressechef in einem der großen Kanäle des Landes, Televisión Hondureña. 15 Tage vor dem Putsch gegen die legitimierte Regierung wurde ich entlassen. Darüber hinaus habe ich bei „Radio Norte“ eine Sendung am frühen Morgen geleitet. Dort wurde der Redaktionsleiter einen Monat vor dem 28. Juni 2009, dem Tag des Putsches, entlassen.

M | Das klingt als ob man die Medien von unbequemen Kollegen gesäubert hätte ...

BARNICA | Das war Teil der Medienkampagne, die man damals vorbereitet hat, um einen Staatsstreich zu einer verfassungskonformen Ablösung der Regierung zu deklarieren.

M | Welche Bedeutung hat ein Sender wie „Radio Uno“ in diesem Kontext?

BARNICA | „Radio Uno“ hat eine beachtliche Reichweite, weil im Umfeld von San Pedro Sula rund zwei Millionen Menschen leben. Das sind etwa 25 Prozent der Bevölkerung. Zusammen mit den Kollegen von „Radio Progreso“, in der gleichnamigen Nachbarstadt, versuchen wir die Hörer darüber zu informieren, was im Land passiert. Dazu gehören eben auch die Informationen über die „Frente Nacional de Resistencia Popular“, die Protestbewegung gegen den Putsch vom 28. Juni 2009.

M | Gibt es weitere Sender und wie sind sie strukturiert?

BARNICA | „Radio Globo“ in Tegucigalpa, „Radio Gualcho“, dessen Direktor vor ein paar Monaten verstarb, „La Voz de Occidente“ in San Rosa de Copán oder „Radio Coco Dulce“ an der Atlantikküste, ein Sender der Graifuna- Minderheit. Das sind die wichtigsten alternativen Sender des Landes, die dafür sorgen, dass die Berichterstattung nicht vollkommen einseitig wird. Sie entgiften das Informationsangebot, das von den Fernsehsendern und den drei landesweit verbreiteten Zeitungen *El Heraldo*, *La Tribuna* und *La Prensa* dominiert wird. Diese Medien befinden sich in den Händen von einigen wenigen wirtschaftlich starken Familien. Die Wahrheit und damit die Berichterstattung werden von ihnen festgelegt. Was legal ist, wird ebenfalls von ihnen definiert.

M | Wie bekommt man in Honduras unabhängige Informationen?

BARNICA | Es sind die alternativen Radios, die über die andere Seite der Medaille, über Widerstände, die Verfolgung der Opposition, die Ermordung von Bauern im Süden des Landes wegen der Landkonflikte berichten. Sie liefern Informationen, die in den regierungstreuen Medien nicht auftauchen. Und zumeist arbeiten die Kollegen hier ehrenamtlich. Ich zum Beispiel unterrichte an der Schule Journalismus und betreue parallel den Sender, der eigentlich ein Ausbildungsinstrument ist. Wir nutzen ihn gemeinsam mit den Schülern. Das ist nicht ungefährlich. Das Gebäude von „Radio Uno“ wurde schon einmal vom Militär gestürmt, das eine oder andere Auto wurde angezündet, unsere Antenne, die außerhalb der Stadt steht, sabotiert und es hat Versuche gegeben, Mitglieder der Redaktion zu entführen. Letztlich sind wir glimpflich davongekommen, denn seit dem Staatsstreich sind mehr als ein Dutzend Kollegen ermordet worden. Ich selbst konnte mehrfach entkommen.

M | Es scheint nur wenige Kollegen zu geben, die sich für den medialen Widerstand entschieden haben?

BARNICA | Ja. Das stimmt und manchmal geht der Schnitt mitten durch die Familie. Mein Sohn arbeitet in einer der Putsch-Redaktionen und verdient gutes Geld. Ich habe ihm das journalistische Handwerk beigebracht, nicht beigebracht habe ich ihm allerdings wie die latente Korruption hier funktioniert. So fährt er Geländewagen und ich Bus. Für einen Vater ist das hart und wir haben keinen Kontakt mehr.

M | Haben Sie die Hoffnung, dass sich etwas ändern könnte?

BARNICA | Ja, die habe ich, aber dafür brauchen wir eine verfassungsgebende Versammlung, einen echten Neuanfang, der nicht von den regierenden Familien manipuliert wird. Außerdem müssen wir aus der Geschichte lernen und den Nachwuchs besser ausbilden. Hier funktioniert das ganz gut, denn die Schüler von 17, 18 Jahren sorgen dafür, dass bei „Radio Uno“ alternative Beiträge über den Äther gehen.

Das Gespräch führte Knut Henkel ■

www.radiouno830.es.tl/INICIO.htm

Störsender Parazit

Iraner lieben Satireprogramm von The Voice of Amerika

Im Lande der „Rosen und der Nachtigallen“ – eine literarische Beschreibung Irans – sind die Nachtigallen zum Schweigen gebracht worden und die Rosen verwelkt. Fröhlichkeit und Spaß sind Tabu. Nach einer Studie der University of Leicester (UK) gehört der Iran zu den Ländern, in denen die Melancholie das Verhältnis der Menschen untereinander bestimmt. Es ist bemerkenswert, dass der Iran dabei vor dem Irak und Afghanistan steht. Nun versorgt The Voice of Amerika (VoA) aus Washington die Iraner und Iranerinnen jeden Freitag mit kabarettistischen Fernsehsendungen und einer politischen Satireshow, die Zuschauer und Politik polarisiert.

„Parazit“ – neben Parasit auch mit „Störsender“ übersetzt – ist die beliebteste Fernsehsendung, die im Iran seit der Islamischen Revolution zu empfangen ist. Schätzungsweise schauen 15 Millionen Iraner und Iranerinnen wöchentlich dieses Programm. Es gilt gleichfalls als eines der größten Experimente in der Geschichte eines persisch-sprachigen Senders. Während die Regierenden in der Islamischen Republik mit Repressionen und harter Hand gegen Meinungs- und Pressefreiheit vorgehen und das iranische Staatsfernsehen stark unter Kontrolle des erzkonservativen religiösen Zensors steht, arbeitet „Parazit“ mit viel schwarzem Humor und Satire. Moderator Kambiz Hosseini versucht, provokant und unparteilich auf die Missstände im Iran aufmerksam zu machen. Der Hauptteil der Sendung besteht aus Videoausschnitten von Reden oder Dialogen amtierender iranischer Politiker und Freitagsprediger sowie aus iranischen TV-Sendungen. Ein Beispiel: In einer Sendung des iranischen Fernsehens zeigten sie einen Mann, der von einer Moderatorin nach seinen drei Ehefrauen gefragt wird. Der Mann erzählt, dass er gleichzeitig drei Frauen geheiratet hat, weil er dazu Lust hatte und das geschah mit dem Ein-

verständnis von allen drei Frauen. Die Moderatorin lächelt nur, stellt aber keine kritischen Fragen.

Auch das häufige Auftreten der Mullahs im Fernsehen bietet für „Parazit“ gute Vorlagen. Kein Wunder also, dass dieses Programm den Mullahs ein Dorn im Auge ist, weil sie die Beeinflussung vor allem junger Menschen fürchten. Jedesmal am Anfang der Sendung stellt sich Kambiz vor und erzählt, dass diese Sendung von US-amerikanischem Imperialismus finanziert werde und, dass er ein Angestellter des „Feindes“ sei. Das ist eine Persiflage auf den iranischen Geheimdienst, der dies im Grunde jedem andersdenkenden Iraner unterstellt. Für die Hardliner, die den Iran regieren, sind die USA traditionell der „Große Satan“. Regelmäßig werden im Fernsehen Archivbilder von Iranern gezeigt, die während des Freitagsgebets „Tod Amerika!“ skandieren. In Wirklichkeit ist die Mehrheit der Iraner amerikafreundlich.

■ Zuschauer bestimmen mit

Der Spott von „Parazit“ traf auch die Sendung „Regenbogen“ auf persisch „Ranginkaman“ im iranischen TV. Sie ist für Kinder gedacht und ist an die deutsche „Sesamstraße“ angelehnt. Die Moderatorin mit dem Spitznamen „Tante Nargis“ fragt einen Fünfjährigen in der Sendung, was er schon allein fertig machen könne, ohne Hilfe seiner Eltern. Der Junge gibt an, dass er seinen „Schuschul“ (Penis in Kindersprache) bereits allein waschen könne. Daraufhin fragt ihn „Tante Nargis“ schnell, um die Situation zu entschärfen, ob er schon allein an die Waschmaschine rangehen dürfe. Neben „Parazit“ trägt inzwischen auch eine extra gegründete Facebook-Seite zur Belustigung der Iraner



über die Sendung „Ranginkaman“ auf der ganzen Welt bei.

Allein 10 Millionen Iraner haben Zugang zum Internet. 245.416 mal wurde bisher auf der Facebook-Seite von Kambiz Hosseini „gefällt mir“ angeklickt. Vor der Ausstrahlung von „Parazit“ werden die Zuschauer zur nächsten Sendung befragt: Wer ist diese Woche mit seinem Charakter lobenswert? Oder: Wer soll wegen seines schlechten Charakters Schelte erhalten? Per E-Mail oder per Telefon kommen die Vorschläge. Der Staatspräsident Ahmadineschad und Ayatollah Janati, Chef des islamischen Wächterrats, hatten bisher von den Zuschauern die meisten schlechten Noten mit Buhrufen erhalten. Aber es werden auch gute Aktionen für Demokratie oder für die Umwelt im Lande gelobt. So zum Beispiel die Menschen, die in der Stadt Tabriz gegen Untätigkeit des Staates wegen der Versalzung des Urmiya-Sees protestiert haben. (Die ehemals 5.700 Quadratkilometer große Wasserfläche ist inzwischen um 2.700 Quadratkilometer geschrumpft).

In Iran dürfen die Medienmacher auch keine Witze über Schiiten machen. Zugleich darf man den Unterschied zwischen dem Aberglauben und dem „Wahren Islam“ nicht in Frage stellen. Vor allem, wer sich erlaubt die Populisten, Hofgläubigen und Gelegenheitsmoslems zu kritisieren, spielt mit dem Feuer. Iranische TV-Sender sind jedoch voll von diesen Schwindlern. „Parazit“ nimmt sie aufs Korn. Und hat nunmehr einen Verbündeten. Der Rundfunksender Radio Fard aus Prag, ehemaliges Radio Freies Europa, bringt die Menschen im Iran von Samstag bis Mittwoch eine Stunde täglich zum Lachen. Dabei beteiligen sie die Zuhörer. Sie erzählen Witze über das Regime, verlesen satirische Gedichte und singen sogar. Bemerkenswert an beiden Sendern ist, dass die Moderatoren professionelle Mitarbeiter des iranischen Rundfunks und Fernsehen gewesen sind und wie unzählige Journalisten das Land verlassen haben. Farshide Manafi von Radio Fard war vor seiner Flucht einer der beliebtesten Radiomoderatoren im Iran gewesen. Seine Stimme ist immer noch sehr vertraut unter den Jugendlichen im Land.

Kambiz Behbahani ■

Trailer (oben) und Kambiz Hosseini auf www.voanews.com/persian/news/video-collection/



Screenshots: www.voanews.com

Journalismus aktuell

AFP, Hamburg. 3. Dezember: Aus Kinder-sicht – Literarisches Schreiben.
ANM, Kulmbach. 12./13. Dezember: Presserecht / Medienethik
APB, Tutzing. 9. bis 11. Dezember: Tutzing Mediendialog.
BJS, Berlin. 8./9. Dezember: Ein Sachbuch schreiben. 12./13. Dezember: Guter Stil – Was ist das? 12./13. Dezember: Investigative Recherche und Sicherheit im Internet. 14./15. Dezember: Lebendig und wirkungsvoll schreiben. 16. Dezember: Kreative Themenfindung. 11./12. Januar: Moderieren vor Publikum.
MAZ, Luzern. 5. bis 9. Dezember: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags. 12./13. Januar: Medienrecht Grundlagen – Im Zweifel für ...
MH, Hamburg. 14./15. Januar: Social Media.
NA, Hamburg. 5./6. Dezember: Schreib- und Redigierwerkstatt. 5./6. Dezember in München: Reden schreiben.
TA, Augsburg. 6./7. Dezember in München: 100-Ideen-Seminar I + II.

Journalistische Themen

ABP, München. 5. bis 9. Dezember: Theater-, Fernseh- und Filmkritik.
BJS, Berlin. 7./8. Dezember: Schreiben für Kinder.
EAB, Bad Boll. 5./6. Dezember: Verkehrssicherheit und Medien. 8. bis 10. Dezember: Die Bedeutung des Opferschutzes in Justiz und Politik.
MH, Hamburg. 16. bis 18. Dezember: Grundkurs Reisejournalismus. 6. bis 8. Januar: Grundkurs Reisejournalismus.
TOL, Prag. 3. bis 11. Januar: Foreign Correspondent Training Course – Introduction to international reporting.

Journalistische Formen

ABP, München. 9. bis 11. Januar: Journalistische Textsorten. 9. bis 13. Januar: Interview. 9. bis 13. Januar in Kulmbach: Lokaljournalismus.
ABZV, Bonn. 5./6. Dezember in Stuttgart: Das Porträt. 7./8. Dezember in Stuttgart: Interviewtechnik.
AFP, Hamburg. 7. bis 10. Dezember: Die Kunst des Mischens – Das Feature.
BJS, Berlin. 10./11. Januar: Überschrift und Bildunterschrift – Informativ und verlockend.
JHB, Hagen. 5. bis 7. Dezember: Intensivtraining Porträt.

JSR, Essen. 6./7. Dezember: Workshop Interviewtraining.
MAZ, Luzern. 12. Dezember: Titel setzen – Sachzwänge, Fallstricke, Versuchungen, Rezepte. 13. Dezember: Titel setzen – Sachzwänge, Fallstricke, Versuchungen, Rezepte. 10./11.1: Boulevardjournalismus wääh? – Boulevardjournalismus yeah!

Journalismus online

BJS, Berlin. 9./10. Januar: Texten im Internet. 12. Januar: Suchmaschinenoptimierung. 13./14. Januar: Online-PR – Pressearbeit im Internet.
DGB, Hattingen. 11. bis 16. Dezember: Das Internet als Adventskalender – 24 neue Ideen für die (politische) Nutzung des Internets.
MR, Köln. 13. Dezember: OpenCms-Aufbauworkshop für AnwenderInnen. 15. Dezember: Webseiten gestalten in OpenCms.
NA, Hamburg. 7. Dezember in München: Social Media Basics – Twitter, Social Networks und Blogs als Instrumente in der Kommunikation.

Layout / Infografik

AR, Remscheid. 5. bis 9. Dezember: Printmedien gestalten – Grundlagen der Konzeption und Gestaltung von Druckmedien für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.
BJS, Berlin. 9./10. Januar: Layout mit QuarkXpress.
MAC, München. An den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin werden laufend zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).

Volontäre

ABP, München. 9. bis 13. Januar: Grundkurs I – Public Relations.
ABZV, Bonn. 9. bis 20. Januar: Volontärskurs – Aufbaukurs.
AFP, Hamburg. 9. Januar bis 2. Februar: Volontärskurs Print / Online.
IFP, München. 8. bis 20. Januar: Grundkurs I.
JHB, Hagen. 9. Januar bis 3. Februar: Volontärseminar.

Fotografie

FV, München / Köln. Fotogrundkurse für Frauen in München und Köln, Fotoworkshops für Frauen in Andalusien. Termine: www.fotovisuelle.de.
IFFMA, München. 17. Dezember: DSLR Praxisworkshop Canon Eos 1D/5D/7D.
NA, Hamburg. 8./9. Dezember: Digitalfotografie.

Hörfunk

ANM, Kulmbach. 5. bis 9. Dezember: Crossmedia: Journalistisch erfolgreich vor Kamera und Mikrofon – Hilfe zu Moderation, Rhetorik und Präsentation.
ARD.ZDF, Nürnberg. 13./14. Dezember: Informationsseminar DigaSystem.
BJS, Berlin. 9. Dezember: Radiobeiträge professionell zu Hause produzieren. 10. Dezember: Audioschnitt mit DIGAS. 16./17. Dezember: Einführung in den Radio-Journalismus. 19./20. Dezember: Live-Reportage und Studio-Gespräch im Radio.
FFH, Bad Vilbel. 12./13. Januar: Mit Herz und Verstand – Fußball live kommentieren in Radio und TV.
HFS, Frankfurt. 17. Dezember: Moderation im Radio II. 17. Dezember: Facebook, Twitter & Co – Warum das Radio ohne Internet nicht leben kann. 14. Januar: Nachrichten im Radio für Fortgeschrittene. 14. Januar: Der gebaute Beitrag.
JWV, Eichwalde (bei Berlin). 8./9. Dezember: Podcasting – Den Spieß umdrehen und selbst auf Sendung gehen.
MAZ, Luzern. 5./6. Dezember: Der Kurzbericht – Die Welt zwischen 38 und 71 Sekunden. 9. bis 11. Januar: Beitrag am Radio – Kreativ im Äther, attraktiv im Web.
MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio-, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medienkonkret.de.
MH, Hamburg. 13. bis 15. Januar: Hörspiel.
MQ, Köln. 8. Dezember: Sprechtraining intensiv.
PFA, Frankfurt. 10. Dezember: Das Kollegengespräch – Trainings-Workshop.

Film & TV

AGI, Marl. 15./16. Dezember: Kamera, Licht, Ton -Seminar für den Fernseh-nachwuchs. 13./14. Januar: HD-Produktion – Seminar für Lokal-TV-Mitarbeiter in Brandenburg.
ARD, ZDF, Wiesbaden. 6. bis 9. Dezember: Grundlagen der digitalen Fernseh-technik. 7. bis 9. Dezember: Die Film-

abnahme im Aktuellen. 12. bis 14. Dezember: Dokumentarische Dramaturgie – Magazine. 12./13. Januar: HD Gestaltung – Fernsehgewohnheiten im Umbruch.
BET, Hamburg. 14. Dezember: File-Technologie.
BFH, Potsdam-Babelsberg. 10. Dezember: Urheber- und Medienrecht im Filmbereich: Aktuelle und akute Fragen. 11. Dezember: Musik im Film – Rechte, Quellen, Kosten. 10./11. Dezember: Die deutsche Serie lebt – Aber wer kann sie schreiben? 10./11. Dezember: Creative Producing – Die Aufgaben des Produzenten. 13. bis 15. Januar: Licht-Masterclass – Digital versus analog. 14./15. Januar: Filmgeschäftsführung.
BJS, Berlin. 5. Dezember: Videoschnitt mit AVID. 6. bis 8. Dezember: Einführung in den Videojournalismus. 13./14. Januar: TV-Interview-Training für Journalisten.
FHB, Hamburg. 10./11. Dezember: Praxisworkshop Regieassistent. 7./8. Januar: Praxisworkshop Regieassistent.
FHF, Frankfurt. 3./4. Dezember: Drehbuchseminar Traumwelten und Seelenleid. 10. Dezember: Produktionsvorbereitung II.
FM, Münster. 5. bis 7. Dezember: Video-Postproduktion – Digitaler Videoschnitt mit Final Cut Pro. 8./9. Dezember: DVD Authoring mit DVD Studio Pro. 10./11. Dezember: Videoanimation mit Adobe After Effects. 16. bis 18. Dezember: Licht II – Gestaltung und Synergie. 8. bis 14. Januar: Masterschool Dokumentarfilm – Modul III.
IFFMA, München. 12. bis 14. Dezember: Red One / Red Epic Workshop. 13./14. Dezember: Filmfinanzierung. 13./14. Dezember: Stereo-3D (3DS) – Workshop für Kameraleute. 13. bis 15. Dezember: Location Lighting. 15./16. Dezember: Alexa Workshop. 17./18. Dezember: Unternehmensfilm. 17./18. Dezember: Praxis Kamera-workshop PS CAM X-35.
IFP, München. 5. bis 9. Dezember: Fernsehen im Alleingang – Videojournalismus.
KFH, Köln. 3./4. Dezember: Creative Producing. 3./4. Dezember: Data Wrangler – DIT. 3./4. Dezember: Dialog. 5. bis 9. Dezember: EP – Produktion Studio. 9. bis 11. Dezember: Final Cut Pro X – Advanced. 7./8. Januar: Workflow der digitalen Postproduktion. 14./15. Januar: Es muss wehtun – Dramaturgie.
MC, Hannover. 10./11. Dezember: Grundlagen des Dialog. 15./16. Dezember: Pitch it! Die Kunst zu pitchen.
MFW, München. 3. Dezember: Crashkurs Data Wrangler. 3. Dezember: Stoffentwicklung erfolgreich organisieren.

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040 / 41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AGI Fon 023 65 / 91 89 – 0, www.grimme-akademie.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
ANM Fon 092 21 / 13 16, www.bayerische-medienakademien.de
APB Fon 081 58 / 256 – 0, www.apb-tutzing.de
ARD.ZDF Fon 09 11 / 96 19 – 0, www.ard-zdf-medienakademie.de
AR Fon 021 91 / 794 – 0, www.akademieremscheid.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, <http://bet.de>
BFH Fon 03 31 / 58 56 58 – 90, www.filmhausbabelsberg.de
BJS Fon 030 23 27 60 02, www.berliner-journalisten-schule.de
DGB Fon 023 24 / 50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de
EAB Fon 071 64 / 790, www.ev-akademie-boll.de
FCP Fon 089 / 34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de
FES/MUP Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes-mup.de
FFH Fon 061 01 / 988 – 140, www.ffhacademy.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FM Fon 02 51 / 230 36 21, www.muenster.org/filmwerkstatt
FV Fon: 089 / 74 89 99 21, www.fotovisuelle.de
HFS Fon 069 / 92 10 74 05, www.hoerfunkschule-frankfurt.de
IFFMA Fon 089 / 89 39 89 60, www.iffma.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
JWV Fon 0 30 / 51 65 38 72, www.journalistenzentrum-jwv.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MC Fon 05 11 / 44 05 00 5 11, www.mediocampus.info
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MFW Fon 089 / 20 333 712, www.muenchner-filmwerkstatt.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
MQ Fon 02 21 / 29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de
MR Fon 02 21 / 16 42 – 36 38, www.erzbistum-koeln.de/medien
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
RTL Fon 02 21 / 456 76 400, www.rtl-journalistenschule.de
TA Fon 08 21 / 41 90 36 – 0, www.textakademie.de
TOL Fon 00420 / 2 / 22 780 805, www.tol.org
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

ARD.ZDF, Nürnberg. 7. bis 9. Dezember: Räumlich verteilte Teams führen – Führen über Distanz. 11. bis 13. Januar: Vom Kollegen zum Vorgesetzten.

BJS, Berlin. 12./13. Dezember: Professionelle PR-Konzeption. 14. Dezember: Image-Management für Unternehmen. 14./15. Dezember: Texten von Pressemitteilungen. 15./16. Corporate Publishing – Klassische Unternehmenspublikationen. 17. Dezember: Corporate Publishing – Konzeption. 19./20. Dezember: Erfolgreich frei – Selbstmarketing für Journalisten. 19./20. Dezember: Eventmanagement – Veranstaltungen professionell konzipieren.

FCP, München. 5./6. Dezember: Projektmanagement für Corporate Publisher. 8./9. Dezember in Berlin: Corporate Media Tagung.

FES/MUP, Bonn. 7. bis 9. Dezember in Würzburg: Strategische Kommunikation im Internet – Neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit durch Web 2.0.

JWV, Eichwalde (bei Berlin). 8./9. Dezember: Wege aus der Treitmühle – Interne Positionierung von Pressestellen. 14. Dezember: Die eigene Website im Handumdrehen – Praxisseminar.

15./16. Dezember: Im Dialog mit Presse, Funk und Fernsehen – Medientraining.

KLARA, Berlin. 12. bis 14. Dezember: Die interessante Mitarbeiterzeitschrift. 15./16. Dezember: Unternehmenskommunikation – überzeugend und richtig.

MAZ, Luzern. 12./13. Dezember: Kommunizieren statt manipulieren – Gewaltfreie Kommunikation.

NA, Hamburg. 8./9. Dezember in Berlin: Pressearbeit für Einsteiger.

Journalistenpreis Bahnhof

KÖLN. Der Preis würdigt journalistische Leistungen zum Thema Bahnhof in den deutschsprachigen Printmedien. Preiswürdige Beiträge sollen insbesondere die Funktionen und die Entwicklung des Bahnhofs als Schnittpunkt zwischen Mobilität, Stadtentwicklung und Servicezentrum behandeln. Zugelassen sind Beiträge, die 2011 erschienen sind. Dotierung: 5.000 €. Bewerbungsfrist: 31. Dezember. Kontakt: Unternehmensgruppe Dr. Eckert, Silva Tegethof, Trankgasse 11, 50667 Köln, www.ugde.com.

Karl-Buchrucker-Preis

MÜNCHEN. Die Innere Mission München schreibt den Karl-Buchrucker-Preis aus, um den Stellenwert sozialer Arbeit in der Öffentlichkeit zu fördern. Themen können etwa Altersarmut oder die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland sein. Erwünscht sind Beiträge, die diese Schattenseiten nicht nur beleuchten, sondern auch davon berichten, wie diese schwierigen Situationen zu überwinden sind. Zugelassen sind Beiträge mit München-Bezug aus den Bereichen Print, Hörfunk, Bildende Kunst, dokumentarische Fotografie sowie Fernsehen. Dotierung: Insgesamt 11.000 €. Einsendeschluss: 10. Januar. Kontakt: Innere Mission München, Klaus Honigschnabel, Fon: 089 / 12 69 91 – 121, E-Mail: khonigschnabel@im-muenchen.de, www.karl-buchrucker-preis.de.

Publizistik-Preis

Medizin-Journalismus
HAMBURG. Die Stiftung Gesundheit schreibt den Publizistik-Preis für Medizin-Journalismus aus für Veröffentlichungen für Publikum und Patienten anschaulich vermitteln und Zusammenhänge transparent darstellen. Eingereicht werden können Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Radio- und TV-Beiträge, Multimedia- und Internet-Angebote und Bücher aus dem Jahr 2011 sowie das Gesamtwerk eines Publizisten. Dotierung: 2.500 €. Einsendeschluss: 13. Januar. Kontakt: Stiftung Gesundheit, Fon: 040 / 80 90 87 – 0, E-Mail: info@stiftung-gesundheit.de, Internet: www.stiftung-gesundheit.de.

proDente Journalistenpreis

KÖLN. Die Initiative proDente e.V. schreibt den Journalistenpreis „Abdruck“ für besonderes Engagement in den Themen Zahnmedizin bzw. Zahntechnik aus. Gewürdigt werden journalistische Arbeiten, die 2011 zahnmedizinische und zahntechnische Themen einer breiten Öffentlichkeit allgemein ver-

10. Dezember: Grundlagen der Bildgestaltung. 10. Dezember: Visual Effects (VFX). 7. Dezember: Filmhochschul-Bewerbungstraining. 17. Dezember: Persönlichkeitsstörungen im Film. 14. Januar: Das Geheimnis mitreißender Drehbücher. 14. Januar: Der Gute Ton. **MH, Hamburg.** 3./4. Dezember: Sprechen für Radio und Fernsehen. **RTL, Köln.** 5. bis 9. Dezember: Kompaktkurs Video-Journalismus. 12. bis 14. Dezember: Dokumentarisch erzählen und produzieren. **VSM, München.** 10. Dezember: ARABESK 5 (Blu-ray + DVD) in Casa-blanca-Systemen – Perfekt gestaltete DVDs/BDs selbst programmieren und produzieren.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 5. bis 7. Dezember: Interview – PR und Unternehmenskommunikation. 12. bis 14. Dezember: Kreatives Schreiben – PR II. 15. Dezember: Freie Journalisten – Selbstmarketing II. **ADB, München.** 8./9. Dezember: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. **AKAD, Berlin.** 12. Januar: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Profitable Preise kalkulieren und durchsetzen“. **AM, Düsseldorf.** 6./7. Dezember: Podiumsdiskussionen spannend moderieren – Praxistraining für Moderatoren.

termine

Journalismus

Hugo-Junkers-Preis

EGELSBACH. Der Hugo-Junkers-Preis wird vom Luftfahrt-Presse-Club e.V. (LPC) ausgeschrieben und würdigt herausragende journalistische Arbeiten über die Luft- und Raumfahrt. Der Preis wird getragen von der Hugo-Junkers-Stiftung, dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. (BDLI) und dem LPC. Teilnehmen können Journalisten aller Mediensparten mit Beiträgen zur Luft- und Raumfahrt, die 2011 publiziert worden sind. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einsendeschluss: 31. Dezember. Kontakt: Luftfahrt-Presse-Club e.V., Fon: 061 03 / 40 47 20, E-Mail: office@luftfahrt-presseclub.de, Internet: www.luftfahrt-presse-club.de.

ständig zugänglich gemacht haben. Der Preis wird in den Kategorien Print, Online, Hörfunk und TV vergeben. Dotierung: Insgesamt 10.000 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Informationen: Initiative proDente, Fon: 02 21 / 170 99 740, E-Mail: info@prodente.de, Internet: www.prodente.de.

Film

Gesucht: Repertoirefilm-Ideen
MÜNCHEN/BERLIN. Die DEFA-Stiftung in Berlin sucht in Kooperation mit der „TOP: Talente – Akademie für Film- und Fernseh-dramaturgie“ eine Filmidee zum Thema „Zwischen Kult und Vergessen – der deutsche Repertoirefilm“. Prämiert werden Ideen zu einem Spiel-, Dokumentar- oder Kurzfilm, die die Bedeutung des Repertoirefilms für die deutsche Film-landschaft zeigen. Thema und Schwerpunkt können frei gewählt werden. Dotierung: Insgesamt 4.000 €. Einsendeschluss: 1. Dezember. Kontakt: TOP: Talente e.V., E-Mail: mail@toptalente.org, Internet: www.toptalente.org.

Internationales Frauenfilmfestival
DORTMUND/KÖLN. Das Internationale Frauenfilmfestival (IFFF) findet vom 17. bis 22. April 2012 in Köln statt. Für die Sektion „begehrt! – filmlust queer“ können aktuelle Lesben- und Transgender-Filme eingereicht werden, fertig gestellt nach April 2010. Einreichfrist: 30. November. Um den „Internationalen Debütspiel-filmwettbewerb“, dotiert mit 10.000 €, können sich Regisseurinnen mit ihrem Abschlussfilm oder dem ersten frei produzierten Spielfilm bewerben. Die Filme müssen nach April 2010 fertig gestellt worden sein. Einreichfrist: 9. Januar 2012. Zum „Panorama“ können Regisseurinnen Filme aller Genres und Längen einreichen, die nach April 2010 fertig gestellt wurden. Einreichfrist: 30. November 2011. Um den „Nationalen Wettbewerb für Bildgestalterinnen“, dotiert mit 5.000 Euro, können Abschlussfilme aller Genres und Längen und Filme aus den ersten beiden Jahren nach Abschluss eines Studiums eingereicht werden. Einreichfrist: 30. Januar 2012. Kontakt: IFFF, Fon: 02 31 / 502 51 62, E-Mail: info@frauenfilmfestival.eu, Internet: www.frauenfilmfestival.eu.

Video der Generationen
REMSCHIED. Der allgemeine Wettbewerb ist frei in Themenwahl und Umsetzungsformen: Zugelassen sind Dokumentationen, Zeitzeugen-Porträts, Spielfilme, Trickfilme, Experimentalvideos bis

zu 60 Minuten – Filme, die berühren und Filme, die locker und humorvoll daherkommen. Zum Sonderthema „Unterwegs“ sind Filme mit einer Länge von max. 15 Minuten zugelassen. Angesprochen sind drei Gruppen von FilmemacherInnen: Menschen ab 50 Jahren, die Video/Film nicht bzw. nicht mehr beruflich ausüben; Mehr-Generationen-Teams, deren Protagonisten bis zu 25 Jahren und ab 50 Jahren alt sind; junge FilmemacherInnen bis zu 25 Jahren, die sich mit dem Themenbereich „Alter“ und dem Leben alter Menschen beschäftigen. Dotierung: Insgesamt 10.500 €. Einsendeschluss: 15. Januar. Kontakt: Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland (KJF), Fon: 021 91 / 79 42 38, E-Mail: vdg@kjf.de, Internet: www.kjf.de/de/bundeswettbewerb/video-der-generationen.html.

Rundfunk

Frankfurter Hörfunkgespräche 2011
FRANKFURT/M. Die Frankfurter Hörfunkgespräche sind ein Branchentreff für Hörfunkfachleute und Journalisten. Sie

befassen sich mit dem Programm, den Entwicklungsmöglichkeiten und den Strukturveränderungen des Hörfunks. Am 6. Dezember werden Beiträge und Diskussionen zum Thema „Hörer binden, User fesseln – Radio in Zeiten von Social Media“ geboten. Veranstaltungsort: Frankfurter Presseclub. Anmeldung: Sabine Rudolph, Fon: 069 / 580 98 – 233, E-Mail: Sabine.Rudolph@ekd.de, Internet: http://rundfunk.evangelisch.de/veranstaltungen/frankfurter-hoerfunk-gespraechе.

LFK-Medienpreis
STUTT GART. Die Landesanstalt für Kommunikation (LFK) prämiiert Hörfunk- und Fernsehbeiträge, die sich durch journalistische Qualität, Kreativität und Originalität sowie zielgruppengerechte Ansprache auszeichnen. Teilnehmen können Veranstalter, Mitarbeiter und Produzenten privater Rundfunkprogramme in Baden-Württemberg. Der Preis für den Hörfunk wird in den Kategorien „Information“, „Unterhaltung“, „Volontäre“, „Werbung, Promotion, Crossmedia“ und „Nichtkommerzielle Veranstalter,

Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen“ vergeben; der Preis für das Fernsehen in den Kategorien „Aktueller lokal- oder regional-politischer Beitrag“, „Hintergrundberichterstattung“, „Reportage“, „Werbung, Promotion, Crossmedia“ und „Volontäre, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen“. Dotierung: insgesamt 30.000 €. Einreichschluss: 5. Dezember. Ansprechpartnerin: Sarah Kurz, Fon: 07 11 / 669 91 34, E-Mail: s.kurz@lfk.de, Internet: www.lfk-medienpreis.de.

Fotografie

katapult drei
BENSHEIM. Das Nachwuchs-Förderprogramm richtet sich an deutsche Fotografen bis zu 35 Jahren, die bereits professionell arbeiten bzw. eine Ausbildung oder einen entsprechenden Studiengang absolvieren. Ziel ist es, die hochwertige Berufsfotografie nachhaltig zu fördern und jungen Talenten den Berufsstart zu erleichtern. TeilnehmerInnen können bis zu fünfzehn Bilder einreichen. Dotierung: Insgesamt 3.500 €. Einsendeschluss: 6. Dezember. Kontakt: katapult GbR, Fon: 062 51 / 79 04 05, E-Mail: info@katapult.co, www.katapult.co.

C/O Talents
BERLIN. Fotografen unter 35 Jahre können sich mit repräsentativen Arbeitserien um eine Ausstellung in der Reihe „Talents“ bewerben. Talents ist kreativer Campus für junge internationale Gegenwartsfotografie und Kunstkritik. Das diesjährige Thema lautet „Cinematic Thinking“ (filmische Produktionsabläufe, Experimentieren mit narrativen Strukturen sowie Zitieren filmischer Ästhetiken und Mythen). Die vier Gewinner erhalten eine Einzelausstellung sowie eine Publikation, in der Bild und Text einen Dialog eingehen. Einreichschluss: 16. Dezember. Informationen: C/O Talents, www.co-berlin.info/programm/talents/bewerbung.html.

Sony World Photography Awards
LONDON. Professionelle Fotografen sind eingeladen, am Profi-Wettbewerb in 15 Kategorien teilzunehmen: Die Kategorien verteilen sich auf die drei Genres „Kommerzielle Fotografie“ (Kategorien: Kampagne, Mode, Lifestyle, Reise), „Künstlerische Fotografie“ (Kategorien: Architektur, Konzept, Landschaft, Porträt, Stilleben) sowie „Fotojournalismus und Dokumentarfotografie“ (Kategorien: Kunst & Kultur, Zeitgenössisches, Aktuelles, Natur, Leute, Sport). Dotierung: Insgesamt 25.000 \$. Einreichschluss: 4. Januar. Informationen und Anmeldung: www.worldphoto.org.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift,
erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien,
Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank
Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich),
Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung /
Karin Wenk, Redaktion M,
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und
Bilder übernimmt die Redaktion keine
Verantwortung. Gezeichnete Beiträge
stimmen nicht immer mit der Meinung
der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 16 gültig ab 1.1.2011
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich,
Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt,
Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen
ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag
enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen
Fachgruppen zahlen 18 € – eine geson-
derte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur“
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier“ verantwortlich:
Henrik Müller Tel. 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 11.2011: 25.10.2011
M 12.2011: 21.11.2011
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

17. bis 19. Februar 2012 im Haus Clara Sahlberg in Berlin Wannsee

Seminar Video-App

Das Seminar wendet sich sowohl an journalistische Fotografen, die zusätzlich zu ihrem Fotoauftrag eine Video-App herstellen müssen, als auch an solche, die „nur“ lernen wollen, wie ein kurzer, in sich stimmiger Kurzfilm (App) gemacht wird. Die Teilnehmer werden in Theorie und Praxis lernen, wie der Gesamtprozess eines Videorechs funktioniert: Von der Idee über das Konzept, die Aufnahme und den Schnitt bis zum fertigen, sendefähigen Film.

Seminarleiter ist Ben Behnke, Fotojournalist aus Hamburg, unter anderem für den Spiegel tätig. Dozent: „Spiegel-TV“-Redakteur **Sven Christian Kasten**: 350 Euro für Mitglieder und 400 Euro für Nichtmitglieder. Videofähige Kameras (Lumix GH 2) werden kostenlos zur Verfügung gestellt. **Verbindliche Anmeldung bis 27. Januar 2012** an E-Mail: Andje.Raudszus@verdi.de, Fax: (030) 69 56 36 57 oder Telefon: (030) 69 56 23 37

Ausstellung

Deutscher Jugendfotopreis

BERLIN. Das Deutsche Historische Museum stellt in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendfilmzentrum in Deutschland anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Deutschen Jugendfotopreises aus: Bis 5. Februar 2012 wird auf 1000 Quadratmetern eine Auswahl von über 500 Fotografien gezeigt, ergänzt durch Bilder aus den „Leistungsvergleichen der Kinder- und Jugendfotogruppen der DDR“. Die ausgewählten Fotografien junger Menschen zeigen visuelle Reaktionen auf soziale, kulturelle und ökologische Bedingungen der Gesellschaft seit den 1960er Jahren bis heute. Ort: Deutsches Historisches Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin. Täglich geöffnet von 10.00 bis 18.00 Uhr.

SUSTAIN / ABILITY – BRIDGES

Fotoprojekt Emscher Zukunft

ESSEN. Bilder aus der neuen Emscherregion als Reflektion der vielfältigen Reaktionen auf den Umbruch sind unter dem Titel Sustain / Ability – Ideal und Plan“ Thema für den neuen Aufruf zum BRIDGES Fotoprojekt Emscher Zukunft. Der Fotopreis der Emscherregion bietet Fotografen zwei Möglichkeiten der Teilnahme: Sie können „Bildserien“ zum Thema erarbeiten und vorlegen oder Bildkonzepte für eine geplante fotografische Arbeit einreichen. Preisgeld für Bildserien: 15.000 €; für Bildkonzepte: 5.000 €. Einreichschluss: 11. Januar. Informationen und Anmeldung: www.bridges-projects.com.

Varia

Rückblende

BERLIN. Berufsfotografen und -Kartunisten können sich um den deutschen Preis für politische Fotografie und Karikatur „Rückblende“ bewerben. Die Bewerbung erfolgt ausschließlich online. Anmeldeschluss: 7. Dezember. Unter www.rueckblende.rlp.de sind alle De-

tails und technischen Informationen zur Teilnahme zu finden.

Crashkurs Fernsehjournalismus

MÜNCHEN. Im Kompaktkurs Fernsehen des „Instituts zur Förderung des publizistischen Nachwuchses e.V.“ (ifp) lernen Teilnehmer in vier Wochenblöcken von Februar bis Juni 2012 selbstständig TV-Magazinbeiträge zu realisieren. Der Kurs findet im institutseigenen TV-Studio mit einem Kamerateam statt. Als Abschlussübung entsteht unter Livebedingungen eine komplette Magazinsendung. Voraussetzung ist eine journalistische Berufsausbildung oder eine mehrjährige journalistische Berufspraxis. Die Plätze werden in einem Auswahlverfahren vergeben. Kosten pro Woche: 510 €. Bewerbungsschluss: 9. Dezember. Kontakt: ifp, Carl Marciniak, Fon: 089 / 54 91 03 – 19, E-Mail: marciniak@ifp-kma.de, Internet: www.ifp-kma.de/Weiterbildung/Kompaktkurs-Fernsehen.html.

leute

Reinhard Baumgarten vom SWR, Islamwissenschaftler und von 2001 bis 2006 für die ARD Korrespondent in Kairo, berichtet künftig aus dem neu eröffneten Hörfunk-Korrespondentenbüro der ARD in Teheran.

Matthias Fornoff, Moderator der ZDF-„heute“-Nachrichten um 19 Uhr, löst zusätzlich Anfang nächsten Jahres als Leiter der „heute“-Redaktion **Luc Walpot** ab, der Leiter des ZDF-Studios in Istanbul wird. Er folgt dort auf **Halim Hosny**, der in die Hauptredaktion Politik und Zeitgeschehen nach Mainz wechselt.

Udo Grätz, bisher Abteilungsleiter der WDR-Programmgruppe Zeitgeschehen aktuell, folgt als stellv. Chefredakteur

Fernsehen und zugleich stellv. Leiter des Programmbereichs Politik und Zeitgeschehen Fernsehen auf **Jürgen Thebrath**, der in den Ruhestand ging. Von Thebrath übernahm **Sonia Seymour Mikich**, Leiterin und Moderatorin des ARD-Politikmagazins Monitor, die Leitung der WDR-Programmgruppe Inland Fernsehen. Ihre Aufgaben in der Monitor-Redaktion wird sie, bis eine Nachfolgeregelung gefunden ist, weiterhin wahrnehmen.

Konstantin von Hammerstein, derzeit beim Spiegel Leiter des Ressorts Deutschland II, löst Anfang 2012 als Leiter des Hauptstadtbüros **Dirk Kurbjuweit** ab, der als politischer Korrespondent für das Magazin schreiben wird.

Thomas Kurella, als Autor und Regisseur, u. a. von Wirtschaftsfilmern, für die ARD tätig, berichtet als neuer Regionalkorrespondent des HR in Bensheim aus dem Landkreis Bergstraße.

Christian Longardt, derzeit stellvertretender Chefredakteur bei den Lübecker Nachrichten, und **Klaus Kramer**, bei den Kieler Nachrichten Ressortleiter Politik, Wirtschaft, Soziales und Online, stellvertretender Chefredakteur sowie Leiter des Newsrooms, folgen zum 1. Januar 2012 als gleichberechtigte Chefredakteure der Kieler Nachrichten auf **Jürgen Heinemann**, der nach 21 Jahren das Amt abgab und sich auf seine Aufgabe als Geschäftsführer der Kieler Zeitung Verlags- und Druckerei KG GmbH & Co konzentrieren will.

Ulrich Manitz, bislang in der Hörfunkdirektion des MDR für Programmentwicklung zuständig, folgte als Programmchef der MDR-Jugendwelle Jump auf **Michael Schiewack**, der im März ausgeschieden war; inzwischen hatte Hörfunkdirektor **Johann Michael Möller** die Welle geleitet.

Martina Ollech, bisher Leiterin des Ressorts Familie und Partnerschaft bei der Zeitschrift Frau von Heute (Axel Springer Verlag), wurde Redaktionsleiterin des Blatts.

Sabine Rossbach, Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg, löst zum 1. Januar 2012 zusätzlich als Programmchefin des Radiosenders NDR 90,3 **Juliane Eisenführ** ab, die als Koordinatorin von Großprojekten in die Intendantz wechselt.

Ute Schaeffer ist von Intendant Erik Bettermann zur neuen Chefredakteurin

in der Programmdirektion der Deutschen Welle berufen worden. Sie folgt am 1. November 2011 **Marc Koch**, der das neue Studio des deutschen Auslandsrundfunks in Buenos Aires, Argentinien, aufbaut. Chefredakteurin in der Fernsehredaktion bleibt **Dagmar Engel**. **Jörg Schimmelpfennig** folgte als Moderator der Sendung „Sportland“ (Radio NDR 1 Niedersachsen) auf **Peter Berg**, der in den Ruhestand trat. **Bülent Ürük**, Gründer und bisher Eigentümer des Internetportals JournalistenPreise.de, übernahm nach dem Verkauf des Portals an den Medienfachverlag Oberauer die neu geschaffene Position Chefredakteur Online in dem Salzburger Verlag. Ürük war zuletzt als verantwortlicher Redakteur der deutschsprachigen St. Petersburgischen Zeitung (Russland) tätig und entwickelte ein neues Printmagazin für einen deutschen Medienkonzern.

Michael Werner, bisher in einer Doppelspitze mit **Jürgen Müller** Chefredakteur der Fachzeitschrift TextilWirtschaft, führt die Redaktion nach dem Ausscheiden Müllers aus dem Deutschen Fachverlag zunächst allein.

Florian Willershausen, bisher Osteuropa-Korrespondent für die Wirtschaftswoche und das Handelsblatt in Moskau, wird im Februar 2012 bei der Wirtschaftswoche die neu eingerichtete Position des Internationalen Chefreporters übernehmen.

preise

Deutscher Comedypreis 2011 – Komikerin: **Cindy aus Marzahn**; Komiker: **Bülent Ceylan**; Schauspieler: **Bastian Pastewka**; Schauspielerin: **Martina Hill**; Comedyshow: „heute-show“ mit **Oliver Welke** (ZDF); Comedyserie: „Danni Lowinski“ mit **Annette Frier** (SAT.1); Sketchcomedy: „Ladykracher“ mit **Anke Engelke** (SAT.1); Comedyevent: „Hapes zauberhafte Weihnachten“ mit **Hape Kerkeling** (RTL); Late-Night-Show: „Pelzig hält sich“ mit **Frank-Markus Barwasser** (ZDF); TV-Soloprogramm: „Atze Schröder live! Revolution“ (RTL); TV-Komödie: „Neue Vahr Süd“ von **Hermine Huntgeburth** nach dem Roman von Sven Regener (ARD/WDR); Live Act: **Mario Barth**; Kinokomödie: „Kokowäh“ von **Til Schweiger**; Newcomer: **Sascha Grammel**; Ehrenpreis: **Hella von Sinnen**.

13. Deutscher Fernsehpreis – eine Auswahl der Preisträger. Fernsehfilm: „Homevideo“ von **Kilian Riedhof** (ARD / NDR / BR / ARTE); Mehrteiler: „Hindenburg“ von **Philipp Kadelbach** (RTL); Serie: „Weissensee“ von **Friedemann Fromm** (ARD / MDR); Schauspieler: **Jörg Hartmann** für „Weissensee“; Schauspielerin: **Nina Kunzendorf** für „In aller Stille“ von Rainer Kaufmann (ARD / BR); Dokumentation: „Wärs Du lieber tot?“ von **Christina Seeland** (ZDF); Reportage: „Adel vernichtet – Der bemerkenswerte Niedergang des Bankhauses Oppenheim“ von **Ingolf Gritschneider** und **Georg Wellmann** („die story“, WDR); Information: **Ranga Yogeshwar** als Experte in der Fukushima-Berichterstattung (ARD); Sportsendung: „RTL Boxen: Klitschko vs. Haye – Der Kampf“; Unterhaltung Show: „Eurovision Song Contest 2011“ (ARD / NDR); Unterhaltung Doku: „Stellungswechsel – Job bekannt, fremdes Land“ (kabel eins); Comedy: „Ladykracher“ mit **Anke Engelke** (SAT.1). Besondere Leistungen – Fiktion: **Christian Petzold**, **Dominik Graf** und **Christoph Hochhäusler** für Konzept und Regie der Trilogie „Drei-leben“ (ARD / BR / WDR); Information: **Denis Scheck** und **Andreas Ammer** für Moderation und Konzept von „Druckfrisch – Neue Bücher mit Denis Scheck“ (ARD / NDR / BR / HR / WDR); Unterhaltung: **Rolf Seelmann-Eggebert** als Adelsexperte der ARD-Royalty-Berichterstattung. Förderpreis: **Jonas Nay** in „Homevideo“. Publikumspreis „Beste Entertainer“: **Stefan Raab** (ProSieben). Lobende Erwähnungen: Korrespondent **Frederik Pleitgen** (CNN) und Produzentin **Rola Bauer** („Die Säulen der Erde“). Ehrenpreis der Stifter: **Jochim Fuchsberger**.

Der Deutsche Journalistenpreis Wirtschaft | Börse | Finanzen (djp) wird von „The Early Editors Club“ veranstaltet, einem „Netzwerk für Journalisten und Wirtschaftsvertreter zum Informationsaustausch und zur Förderung des Qualitätsjournalismus“. Die Preise wurden jeweils in den Kategorien tagesaktuelle und periodische Medien vergeben. Vermögensverwaltung: **Anna Slegers** für „Mit den eigenen Waffen geschlagen“ (FR) sowie **Niklas Hoyer** und **Günter Heismann** für „Im Bann der Maschinen“ (Wirtschaftswoche). Bank und Versicherung: **Sönke Iwersen** für „Herr Kaiser auf Lustreise“ (Handelsblatt) sowie **Mark Schieritz** und **Arne Storn** für „Wenn sich Retten rechnet“ (Die Zeit). Private Equity und M&A: **Krischan Förster** für „Der Untergang einer Reederei“ (Weser-Kurier) sowie **Hanna**

Grabbe für „Der Unterschätzte“ (impulse). Mobilität und Logistik: **Matthias Oden** für „Eine Trasse für sich“ (Financial Times Deutschland) sowie **Birger Nicolai** für „Millionen verdienen mit Piraten“ (Welt am Sonntag). Innovation und Nachhaltigkeit: **Steven Geyer** für „Energie-Reise ins Jahr 2050“ (Berliner Zeitung / FR) sowie **Jan Oliver Löffen** für „Afrika entdeckt die Sonne“ (Technology Review). Bildung und Arbeit: **Waltraud Schwab** für „Die Extraklasse“ (taz) sowie **Kerstin Greiner** für „Die Ausputzerin“ (SZ-Magazin). Die Preise waren mit je 4.000 € dotiert, wovon 1.000 € einer vom jeweiligen Preisträger ausgesuchten gemeinnützigen Organisation gespendet wurden.

Florian Festl erhält für seinen Beitrag „Schillernde Schönheiten“ (Magazin natur+kosmos) den mit 5.000 € dotierten Deutschen Preis für Naturjournalismus, der von der Deutschen Wildtier-Stiftung und der Zeitschrift Geo verliehen wird. Der mit 1.000 € dotierte Sonderpreis „Der wilde Rabe“, der für Veröffentlichungen vergeben wird, die Kinder und Jugendliche ansprechen, geht an **Maria Rossbauer** für den Artikel „Rettung für die Rehkitze“ (Geolino).

Filmfest Hamburg 2011 – eine Auswahl der Preisträger. Douglas-Sirk-Preis (undotiert): Filmregisseur **Andreas Dresen** und sein Produzent **Peter Rommel**; Preis der Hamburger Filmkritik: „Take Shelter“ von **Jeff Nichols** (USA); Foreign Press Award: „The Art of Love“ von **Emmanuel Mouret** (Frankreich); TV-Produzentenpreis (30.000 €): d.i.e. film GmbH (Produzent: **Ulrich Aselmann**) für den ZDF-Thriller „Tödlicher Rausch“ (Regie: **Johannes Fabrick**; Buch: Claudia Kaufmann); Montblanc Drehbuchpreis (10.000 €): **Marnie Blok** für das Drehbuch zu dem Film „Simon“ (Schweden / Deutschland); Art Cinema Award des Internationalen Verbands der Filmkunsttheater (5.000 €): „Monsieur Lazhar“ von **Philippe Falardeau** (Kanada); Nachwuchspreis „Die Elfe“ (5.000 €): „Avé“ von **Konstantin Bojanov** (Bulgarien); Publikumspreis: „King of Devil's Island“ von **Marius Holst** (Norwegen); Michel Award – Preis für Kinder- und Jugendfilm (5.000 €): „Ewiges Leben“ von **Gustavo Ron** (Großbritannien / Spanien).

14. Filmfestival Münster – eine Auswahl der Preisträger. Regiepreis im Europäischen Spielfilmwettbewerb zum Thema „Was das Leben zusammenhält“ (7.500 €): **Seren Yüce** für „Majority“ (Türkei). Deutschsprachiger Kurzfilmwettbewerb

– Großer Preis der Filmwerkstatt (5.000 €): **Rainer Ludwigs** und **Tetyana Chernyavska** für „Leonidis Geschichte“ sowie **Daniel Karl Krause** für „Vatermutterkind“; Förderpreis des WDR-Studios Münster (3.000 €): **Mariejosephin Schneider** für „Jessi“; Publikumspreis und Preis der Münsterschen Filmtheater-Betriebe (1.000 €): **Till Nowak** für „The Centrifuge Brain Project“. Schulprogramm – Preis „OmU“ der Schülerjury: **Boris Kunz** für „Daniels Asche“; Preis des Schülerpublikums: „Listenhunde“ von **Steffen Cornelius Tralles**. Drehbuchförderpreis „Geschichten für die Provinz“: **Marianne Wendt** und **Christian Schöller** sowie **Alexander Rogge**.

Mit dem Preis GIGA-Maus zeichnet die Zeitschrift Eltern family Software- und Online-Angebote für Kinder aus. Eine Auswahl der diesjährigen Preise – Sonderpreise / Goldene GIGA-Maus 2011 für das beste Programm des Jahres: TING Hörstift (Himmer AG); Kinderpreis GIGA-Maus 2011: „The Legend of Zelta(tm)“: Ocarina of Time 3D (Nintendo of Europe GmbH). Kategorie Kinder 4 bis 6 Jahre / Bestes Programm zum mobilen Spielen und Gesamtsieger: „Kurz der Kicker“ (App für iPad, Terzio – Möllers & Bellinghausen Verlag GmbH). Kategorie Kinder 6 bis 10 Jahre / Bestes Spiel für die Konsole und Gesamtsieger: „LittleBigPlanet 2“ (Sony). Kategorie Kinder ab 10 Jahre / Bestes Lernprogramm Geschichte & Politik und Gesamtsieger: „Zwangsarbeit 1939 – 1945: Erinnerungen und Geschichte“ (Bundeszentrale für politische Bildung, FU Berlin). Kategorie Familie / Bestes Online-Angebot zum Lernen und Gesamtsieger: SCOLARIS-Online Lerncenter (inmedia-ONE GmbH). Weitere Preise: www.gigamaus.de.

Johannes Hano, Leiter des ZDF-Studios Peking und verantwortlich für das ZDF-Büro Tokio, wurde für seine Berichterstattung über die Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan der mit 5.000 € dotierte Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis 2011 für Fernsehjournalismus verliehen. Den mit 2.500 € dotierten Förderpreis erhielt **Ariane Reimers**, ARD-Korrespondentin in Peking, für ihre Reportagen aus dem Norden Japans. Ein ebenfalls mit 2.500 € dotierter Sonderpreis ging an den libyschen Staatsbürger **Nasser Haddar**, Mitarbeiter des Fernsehsenders Al-Dschasira, dem es gelungen war, die Informationssperre Gaddafis zu durchbrechen und Handy- bzw. Kameraaufnahmen aus Libyen zu veröffentlichen.

Die Schauspielerin **Hannelore Hoger** erhielt im Rahmen des Deutschen Vorlesepreises 2011 den „Lesewerkpreis“; der Medienpreis wurde dem Kölner Stadt-Anzeiger zuerkannt, u. a. für die Aktion „Ein Buch für die Stadt“.

Der schwedisch-eritreische Journalist **Dawit Isaak** wurde mit dem Preis „Goldene Feder der Freiheit“, ausgezeichnet, den der Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA) verleiht. Isaak, der nach fast 20 Jahren Schweden verlassen hatte, um im unabhängig gewordenen Eritrea am Aufbau einer freien Presse mitzuwirken, ist dort seit zehn Jahren ohne Anklage und Gerichtsverfahren inhaftiert; weder sein Verbleib noch die Frage, ob er überhaupt noch lebt, sind geklärt.

Der Kindersoftwarepreis „Tommi“ wird von der Familienzeitschrift spielen und lernen (Family Media Verlag) gemeinsam mit dem Büro für Kindermedien Feibel.de vergeben. PC-Spiele: „Cars 2“ (Disney Interactive Studios); Konsolenspiele: „Kirby und das magische Garn“ (Nintendo); Sonderpreis Kindergarten und Vorschule: Lernprogramm „Prinzesin Lillifee – Lernfolg Vorschule“ (Tivola Verlag).

Dirk Kurbjuweit, Leiter des Spiegel-Hauptstadtbüros, wird für seinen Artikel „Ackermans Herrschaft“ der mit 5.000 € dotierte Roman-Herzog-Medienpreis 2010 / 2011 verliehen, der vom „Konvent für Deutschland“ zum Thema „Die Demokratie in der Verschuldungsfalle: Der Zwang zur Veränderung trifft auf die Angst vor Reformen“ ausgeschrieben worden war.

Der Journalist **Vlad Lavrov** (Ukraine) wurde für seine Mitwirkung an dem länderübergreifenden Ermittlungsprojekt „Offshore Crime Inc.“ mit dem Daniel-Pearl-Preis für Enthüllungsjournalismus ausgezeichnet, den des International Consortium of Investigative Journalists alle zwei Jahre vergibt. Eine internationale Gruppe von Reportern hatte bei den Recherchen, die ein halbes Jahr dauerten, die kriminellen finanziellen Aktivitäten von Gruppen des organisierten Verbrechens in verschiedenen Steueroasen aufgedeckt.

Der LfM-Hörfunkpreis für herausragende journalistische Leistungen im privaten Hörfunk wird von der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) vergeben. Eine Auswahl der Preisträger 2011 – Information / Bildung / Beratung: **Norbort**

Jeub (Radio Euskirchen). Projekte / Serie: **Ole Wackermann** und **Frank Walte** (Radio Köln); Anerkennungspreis (1.250 €): **Jenny Heimann** und **Katrin Plachky** (Radio WAF). Kommunale Berichterstattung: **Katsiaryna Artsiomenka** (Radio Essen). Unterhaltung / Comedy / Satire: **Timo Fratz** (Radio Bielefeld). Service: **Catrin Altschneider** (Radio Duisburg). Die Preise sind mit je 2.500 € dotiert.

Ludwig-Demling-Medienpreis 2011 der Gastro-Liga – Print: **Steffen Klameth** für den Beitrag „Diagnose Gallensteine“ (Sächsische Zeitung); Elektronische Medien: **Jutta Rosbach** und **Friederike Krumme** als Vertreterinnen der Redaktion des Gesundheitsmagazins „Visite“ (NDR) für den Beitrag „Krebserkennung per Endoskop – Speiseröhrenkrebs“. Der Preis ist mit insgesamt 5.000 € dotiert.

Der Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus wird von der Otto Brenner Stiftung (OBS) vergeben und steht unter dem Motto „Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten“.

Die Preisträger 2011 – 1. Preis (10.000 €): **Volker ter Haseborg** und **Lars-Marten Nagel** für eine Artikelserie über die Wohnungsbaugesellschaft Gagfah (Hamburger Abendblatt); 2. Preis (5.000 €): **Jürgen Dahlkamp**, **Gunther Latsch** und **Jörg Schmitt** für eine Serie von Artikeln zu den Machenschaften bei der HSH Nordbank (Der Spiegel); 3. Preis (3.000 €): **Ursel Sieber** für ihr Buch „Gesunder Zweifel“ über die Lobby-Macht im deutschen Gesundheitswesen; Spezial-Preis (10.000 €): **Katja Thimm** für den Beitrag „Vaters Zeit“ über die Pflege ihres Vaters und die Traumatisierungen der Generation der Kriegskinder (Der Spiegel); Newcomerpreis (2.000 €): **Jonathan Stock** für „Peters Traum“, das Porträt eines deutschen Dschihadisten (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung); Medienprojektpreis (2.000 €): **Sebastian Pantel** für seine Artikelserie über „Jugend und Kriminalität“ (Südkurier).

In Zusammenarbeit mit der Journalistenorganisation Netzwerk Recherche vergab die OBS vier mit je 5.000 € dotierte Recherche-Stipendien. Zwei der Empfänger und ihre Themen werden erst nach Abschluss der Arbeiten öffentlich gemacht. Die anderen beiden Stipendien gingen an **Urs Spindler** (Eulex-Mission im Kosovo) und **Matthias Dell** (Tea-Party-Bewegung in den USA und die Rückwirkung auf Deutschland).

Heribert Prantl, Leiter des Ressorts Innenpolitik und Mitglied der SZ-Chef-

redaktion, wurde mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis 2011 ausgezeichnet, den die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag für den „besonderen Einsatz für Freiheits- und Bürgerrechte“ vergibt.

Der 7. PSD Journalistenpreis war vom Verband der PSD Banken zum Thema „Bankenregulierung: vom Aufsichtsrecht bis zum Verbraucherschutz“ ausgeschrieben worden. Die Preisträger – Print: 1. **Ulric Papendick** und **Thomas Katzensteiner** für „Casino Fatal“ (manager magazin); 2. **Reinhard Hönighaus** für „Ignoriert die Signale!“ (Financial Times Deutschland); 3. **Tina Kaiser** für „Die Bilanzenverstehler“ (Welt am Sonntag). In der Kategorie TV / Radio / Online wurde mangels auszeichnungswürdiger Beiträge kein Preis vergeben.

Die SZ gehört zu den diesjährigen Preisträgern des US-amerikanischen Journalistenpreises „Missouri Honor Medal for Distinguished Service in Journalism“, der von der renommierten Missouri School of Journalism vergeben wird.

Der ungarische Filmregisseur **Béla Tarr** („Das Turiner Pferd“) erhielt den mit 5.000 € dotierten Konrad-Wolf-Preis 2011, den die Berliner Akademie der Künste vergibt.

Autor und Regisseur **Robert Thalheim** erhielt für das Drehbuch zu seinem Film „Am Ende kommen Touristen“ (Koproduktion ZDF) den mit 7.500 € dotierten ver.di-Fernsehpreis 2011. Prämiert wird ein Fernsehspiel, das „unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte einen zeit- und gesellschaftspolitischen Stoff behandelt und geeignet ist, die politische Bildung zu vertiefen. Der Film erhöht die Urteilsfähigkeit der Zuschauer in gesellschaftspolitischen Fragen und regt sie zu vermehrtem politischen Engagement für Freiheit und Demokratie an.“

Der Verbraucherjournalistenpreis 2011 des Markenverbands stand unter dem Thema: „Dschungel Gesundheitssystem – Wie behält der Verbraucher den Überblick, mit den Schwerpunkten: Was leistet meine Krankenkasse, wann lohnt sich der Wechsel, wann lohnen sich Zusatzversicherungen?“ 1. Preis: **Ilona Hermann** für „7 Rezepte zum Sparen“ (Zeitschrift Guter Rat); 2. Preis: **Thomas Schickling** für „In guten Händen“ (Focus Money); 3. Preis: **Alina Fichter** für „Raus aus der Teuerungsfalle“ (SZ). Der Preis ist mit insgesamt 17.500 € dotiert.

Steffen Wurzel (SWR), Hörfunk-Korrespondent der ARD in Istanbul, und **Mehmet Uksul**, Producer im ARD-Studio Istanbul, erhalten für die Reportage „Flüchtlinge, Schlepper und Zäune“ in der Kategorie Hörfunk den mit 5.000 € dotierten Europäischen Journalistenpreis, der vom EU-Parlament vergeben wird.

Die XMA Cross Media Awards, Medienpreise für crossmediales Publizieren, werden vom Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA) ausgeschrieben. 2011 ging es um Bezahl-Content-Apps für Smartphones und Tablets. Zu den Preisträgern gehören: „Die Schwäbische“ (Schwäbische Zeitung Online), „Welt HD“ (Axel Springer Verlag) und „RP Plus“ (RP Online).

25. internationales Medienfestival Prix Europa: Fünf von insgesamt 14 Auszeichnungen gehen in diesem Jahr an deutsche Beiträge. So wurden die Berliner Journalisten **Jo Goll** und **Matthias Deiß** für ihre TV-Reportage „Verlorene Ehre – der Irrweg der Familie Sürücü“ (RBB) mit dem Preis in der Kategorie Current Affairs geehrt. Beste TV-Dokumentation: „Feindberührung“ von **Heike Bacheliers** (ZDF). In der Drehbuchkategorie Prix Genève Europe siegte der Absolvent der Potsdamer Filmhochschule, **David F. Wnendt** mit seinem Abschlussfilm „Die Kriegerin“. Zwei Preise gingen an den WDR-Hörfunk. Im Hörspiel konnte Tacet (Silence 2) überzeugen, in der neuen Kategorie Radio Music siegte die Sendung „WDR 3 Lieblingsstücke“. Die BBC Erfolgsserie Sherlock erhielt

den mit 6.000 Euro dotierten Preis für den besten TV-Mehrteiler. Österreich konnte sich mit der Radio-Dokumentation vom ORF „Die Herrinnen. Szenen einer Zweckgemeinschaft“ einen der begehrten Preise sichern. In der Online-Kategorie siegte entgegen dem üblichen digitalen Tempo eine sehr intensive und genaue Milieustudie über Obdachlose in Frankreich. Erstmals gab es in diesem Jahr einen Prix Europa Lifetime Award. So wurde die Hörfunk-Direktorin der Europäischen Rundfunkunion (EBU), **Raina Konstantinova** für ihr Lebenswerk geehrt.

Gewinner des Fernsehpreises METROPOLITAN 2011, der für die besten Programme des privaten Regional-Fernsehens in Deutschland vergeben wird: Bestes regelmäßiges Magazin: **Franken Fernsehen**: „Thomas Sabo Ice Tigers“; **rheinmaintv**: „Rund um den Air-port“; **Hamburg 1**: „Hafen TV“ Beste Talksendung: **tv.berlin**: „Udo Waltz – der talk im andel’s“; **münchen.tv**: „Sport Arena“; **center.tv Aachen**: „Talk im Tivoli“ Beste Nachrichtensendung: **tv.berlin**: „tv.berlin aktuell“; **münchen.tv**: „münchen heute“; **Hamburg 1**: „Hamburg 1 Aktuell“ Beste Sonderproduktion: **center.tv Aachen**: „6. NetAachen-Domspringen“; **center.tv Ruhr**: „Eurovision Song Contest Spezial“; **center.tv Düsseldorf**: „Sondersendung auf Japanisch“ Beste Moderation: **rheinmaintv**: Meike Rathsmann; **Citi.TV**: Vincent Dehler; **center.tv Düsseldorf**: Kristina Vogt. www.metropolitan2011.de

Anzeigen

Pressestellenanzeigen erhalten einen **Rabatt von 30 %** auf den Grundpreis. Bei Fragen steht Ihnen Frau Claudia Härtig unter der Telefonnummer (030)255 94 160 gern zur Verfügung.

SOZIALVERBAND
VdK
BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Michael Pausder, Pressesprecher
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 21 17-217
Fax 089 / 21 17-280 • pausder@vdk.de • www.vdk-bayern.de

UNTER EINFLUSS!

I. POLITIK

10:30 Uhr **Gefährliche Nähe: Der Einfluss im Lokalen / Regionalen**

Nur noch Terminjournalismus?

Einflussversuche von Kommunalpolitik und / oder lokaler Wirtschaft

Kurt-Peter Christophersen, ehemaliger Lokalchef Stader Tageblatt

11:15 Uhr **Politik im Blatt – und der Widerstand auch?**

Jede Menge Einfluss – am Beispiel Stuttgart 21 – pro und contra

Josef Otto Freudenreich, Stuttgart

II. WIRTSCHAFT

13:00 Uhr **Forschung als Instrument der Manipulation**

Wie PR und Lobbyismus Medien und Öffentlichkeit beeinflussen

Günter Bartsch, Journalist, Berlin

13:30 Uhr **In jeder Dosierung: Der Einfluss der Pharmaindustrie**

Ursel Sieber, Medizinjournalistin, Berlin

III. ÖFFENTLICHKEIT

14:15 Uhr **Social Media Kommunikation – wie die Sozialen Medien die Kommunikation von NGOs verändert** – mit Filmbeispielen

Volker Gaßner, Greenpeace

15:15 Uhr **Neue Quellen – neue Chancen?**

Über die Demokratisierung der Kommunikation als Herausforderung für den Journalismus

Dirk von Gehlen, „jetzt“, Süddeutsche Zeitung, München

IV. ARBEITSBEDINGUNGEN

16:00 Uhr **Wirkung auf Qualität und Inhalte unserer Arbeit – Forschungsergebnisse und Parameter**

Prof. Vinzenz Wyss, ZHAW, Winterthur

Diskussion

16.45 Uhr **Schlusswort:**

Ulrich Janßen, dju-Vorsitzender

Agenda-Setting in den Medien – Machen wir das? Oder wer?

Für Kurzentschlossene:

Schnell anmelden

Fax: 030 / 69 56 36 57 oder

E-Mail: andje.raudszus@verdi.de

ver.di-Haus in Berlin

Samstag, 26. November 2011

25. JOURNALISTENTAG

dju.

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Fachgruppe Medien
in ver.di

ver.di